PAL I Spezial ~

COMPACT Spezial C

MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT Sonder-Ausgabe Nr. 12 | 8,80 EUR (D) - spezial.compact-online.de





Rothfront marschiert: Wahljahr 2017 – Die Grünen auf dem Weg zur Macht Abendland wird abgebrannt: Die Ideologie von Multikulti und Volkszerstörung Nie wieder Krieg ohne uns: Make Love and War – vom Kosovo bis Syrien Partei der Päderasten: Die sexuelle Revolution frisst unsere Kinder



ournalismus in Zeiten der Lüge

Die schweigende Mehrheit kann die Verhältnisse zum Tanzen bringen, wenn sie ihre Stimme wiederfindet. COMPACT ist ihr Lautsprecher, weil wir drucken und verbreiten, was andere nicht zu schreiben wagen. Unterstützen Sie uns jetzt mit einem Abo! Als Dankeschön genießen Sie exklusive Vorteile:

COMPACT-Abonnenten

- erhalten jetzt neben der regulären Abo-Prämie unser Bekenner-Shirt »Freiheit für Deutschland« als Zusatzprämie!
- bekommen das Magazin, bevor es am Kiosk erhältlich ist, jeden Monat in einer Versandtasche bequem nach Haus!
- zahlen kein Porto!
- sparen bei COMPACT-Konferenzen am Eintrittspreis!
- haben freien Eintritt zu der monatl. Veranstaltungsreihe COMPACT-Live!



Grüne verbieten?!

Muss die NPD verboten werden? Oder der Hasenzüchterverein in Entenhausen? Wen kümmert's? Die eine Vereinigung ist so unwichtig wie die andere. Selbst wenn alle Vorwürfe, die die Verbotsbefürworter zusammengestellt haben, zutreffen sollten, blieben die Rechtsausleger doch eine Mini-Partei, die bundesweit bei einem Prozent Wählerzustimmung herumdümpelt. Und davon soll eine Gefahr für die Demokratie ausgehen?

Wenden wir uns lieber der Partei zu, die alles verbieten will: das Rauchen, das Trinken, die Glühbirnen, die schnellen Autos, das Gymnasium, die Nationalhymne, die Bismarck-Straße und den Negerkuss. Ich muss den Namen nicht nennen, jeder kennt sie. Wo ihre Miesepeter auftauchen, verstummen die lustigen Lieder, und die Raumtemperatur sinkt. Man vermeidet Worte, die die Gesinnungswächter zur Anzeige bringen könnten. Seit sie an der Regierung waren, müssen wir umständlich den Müll trennen, der doch am Ende wieder zusammengeschmissen wird. Seit die Kanzlerin ihre Parolen übernommen hat, steigt der Strompreis rasant, und in Politik und Wirtschaft drängeln sich aufgeplusterte Hosenanzüge in die erste Reihe. Aber reden wir nicht nur darüber, wie diese Partei unser Privatleben beeinträchtigt - reden wir über die Bedrohung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die Grünen sind es, die am offensten und radikalsten für die Schaffung eines EU-Superstaates eintreten. Schon jetzt hat der Bundestag das Königsrecht eines jeden Parlaments, nämlich das Haushaltsrecht, weitgehend eingebüßt. Mehr als das Doppelte der jährlichen Steuereinnahmen des Bundes stehen für die Euro-Rettung im Feuer, über die nicht in Berlin, sondern von der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank entschieden wird – also von Leuten, die niemals gewählt wurden.

Oder reden wir über ein anderes tragendes Element unserer Verfassung, das Verbot von Angriffskriegen. Was haben die Grünen in den 1980er Jahren nicht alles versprochen: Abschaffung der Bundeswehr, Austritt aus der NATO, Verbot des Rüstungsexports. Aber sobald sie an den Schalthebeln der Macht waren, machten sie das Gegenteil. Die Aggression gegen Jugoslawien wurde vom grünen Außenminister mit der Auschwitz-Keule unterstützt; der Krieg in Afghanistan dauert, mit grüner Unterstützung, schon doppelt so lang wie der Zweite Weltkrieg; die deutsche Zurückhaltung bei der Bombardierung von Libyen haben die einstigen Pazifisten ebenso kritisiert, wie sie aktuell auf eine «humanitäre Intervention» in Syrien drängen. Als Faustregel kann gelten: Wann



immer Uncle Sam Soldaten braucht, liefern die Grünen die moralisch einwandfreie Begründung dafür.

Chefredakteur Jürgen Elsässer. Foto: Jörg Gründler

Zu guter Letzt: Demokratie heißt Volksherrschaft. Aber unser Volk verändert sich immer mehr durch forcierte Einwanderung. Wer hat das Volk jemals dazu befragt? Zerstört es nicht die Basis der Demokratie, wenn man die demographische Lücke durch Immigranten füllt, die unsere Traditionen und Werte, ja selbst unsere Sprache nicht kennen? Wer immer diesen Prozess hinterfragt, wie mit steigendem Zuspruch etwa die AfD, wird von den Grünen als Gefahr für die Demokratie dargestellt.

Dabei ist es genau umgekehrt. Die Grünen sind die Verfassungsfeinde: Sie zerstören den Staat durch Übertragung seiner Kompetenzen auf die EUdSSR; sie zerstören seine Verteidigungsarmee durch deren Umwandlung in eine globale US-Hilfstruppe; sie schaffen die Familie durch Bevorzugung sexueller Minderheiten ab; sie zerstören den politischen Souverän durch Austausch der bisherigen Bevölkerung. Muss man die Grünen also verbieten? Aber nicht doch. Ihr Höhenflug ist schon vorbei. Merkel und Kretschmann rangeln um dasselbe Restpotential, am Ende werden sie zusammen verlieren. Nur die Medien schreiben beide noch tapfer nach oben. Aber wer glaubt denen noch?

4 Miny



MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Ausgabe Nr. 2 | 8,80 EUR (D) - www.compact-online.de

Schwarzbuch Lügenpresse



Wie uns Medien und Politiker für dumm verkaufen

Propaganda und Gleichschaltung – Dokumente aus der Einheitspresse So werden wir bei Themen wie Einwanderung, Kriminalität, Russland und Euro manipuliert

Bestellung unter Tel: 03327-569 86 11 · Fax: 03327-569 86 17 shopacompact-mail.de · compact-shop.de

Wer COMPACT jetzt abonniert, kann «Schwarzbuch Lügenpresse» als Gratis-Prämie dazubestellen.











- Der Weg zur Macht
- Zitate zum Thema

Rothfront marschiert

- 12 Der orüne Endkamof Eine Partei auf dem Weg zu Mutti
- 15 Zwei Hochzeiten und ein Totalausfall Katrin Göring-Eckardt: Hassreden im Bundestag
- 18 Ein Wolpertinger an der Spree Anton Hofreiter: Fin Mann ohne Auto
- 21 Fin schwähischer Anatolier Cem Özdemir: Karriere eines Sitzenbleibers
- 24 Claudia Roth: Aus dem Leben eines Taugenichts Fatima und die Besserverdienenden
- 27 Zweiter Frühling für Crystal Beck Von Beruf Schwul
- 30 Legal, illegal, scheißegal Jürgen Trittin: Minister mit dunkler Vergangenheit

Abendland wird abgebrannt

- 34 Die Deutschland-Hasser Toskana-Linke und Dresden-Bomber
- 37 Der Multikulti-Alhtraum Vergewaltiger und andere Refugees
- 40 Vater Staat gegen Mutter Natur Prof. Ulrich Kutschera zu Gender Mainstreaming
- 43 Der Trump-Schock Schnappatmung nach US-Wahl
- 45 Dma Künast fährt im Kälberstall Motorrad Rinderwahnsinn Rot-Grün

Nie wieder Krieg ohne uns

- 48 Hippies mit Joint und Kalaschnikow Das Empire der Achtundsechziger
- 52 Der Mann, der den Krieg brachte Joschka Fischers Auschwitz-Trick
- 58 Make Love and War Bombenstimmung in Libyen, der Ukraine und in Syrien

Partei der Päderasten

62 Partei der Päderasten Cohn-Bendit und die Sittenstrolche

- 65 Im Darkroom der Revoluzzer Schreibtischtäter mit Lederpeitsche
- **68** Die Schweigespirale Stephan Klecha zur Pädophilie-Vergangenheit der Grünen
- 71 Kretschmann und der Sex-Lehrolan Das Volk gegen die Homolobby

Es war einmal

- 74 Für ein neutrales. souveranes Deutschland Es war einmal: Grüne Patrioten
- 78 Zwischen Josepha und Jutta Kampf zweier Linien
- **80** «Nur durch eine Volkserhebung aufzuhalten» Rudolf Bahros Mahnung
- 82 Der grüne Baum der Freiheit O-Ton vom grünen Gründungsparteitag

COMPACT Impressum (9)



Herausgeber & Verlag COMPACT-Magazin GmbH Geschäftsführer Kai Homilius Am Zernsee 9, 14542 Werder (Havel) E-Mail verlag@compact-mail.de Website www.compact-online.de

Vertrieb, Bestellungen, Abo-Betreuung

Fon 03327-5698611 Fax 03327-5698617

E-Mail vertrieb@compact-mail.de

Bankverbindung COMPACT-Magazin GmbH Mittelbrandenburgische Sparkasse **BIC: WELADED1PMB** IBAN: DE74 1605 0000 1000 9090 49

COMPACT Redaktion

Gontardstraße 11, 10178 Berlin Fon 030-408172666

E-Mail redaktion@compact-mail.de

Chefredakteur Jürgen Elsässer (V.i.S.d.P.) Chef vom Dienst Martin Müller-Mertens

Cover/Illustrationen (Seite 11/33/47/61/73) Iris Fischer

Fotoquelle Cover Jonas Fischer, Photothek. Getty Images

Layout/Bild Steffen Jordan

Anzeigenakquise

E-Mail anzeigen@compact-mail.de

Gedruckt in Deutschland



Redaktionsschluss 25 11 2016

Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe Samstag, 1. April 2017

ICT Spezial © Der Weg zur Macht



7. Oktober 1979

Die Bremer Grüne Liste zieht mit 5,1 Prozent in die Bürgerschaft ein. Erstmals gewinnt damit eine grüne Wählergemeinschaft Sitze in einem Landesparlament. Die Grüne Liste war von SPD-Abweichlern und der CDU-Abspaltung Partei Freier Bürger gegründet worden.



6. März 1983

Mit 5,6 Prozent ziehen die Grünen erstmals in den Bundestag ein und entsenden 28 Abgeordnete. Aufgrund des später aufgegebenen Rotationsprinzips sollen die Parlamentarier ihr Mandat nach zwei Jahren an festgelegte Nachrücker abgeben, was Petra Kelly und Gert Bastian verweigerten.



26 bis 28. April 1991

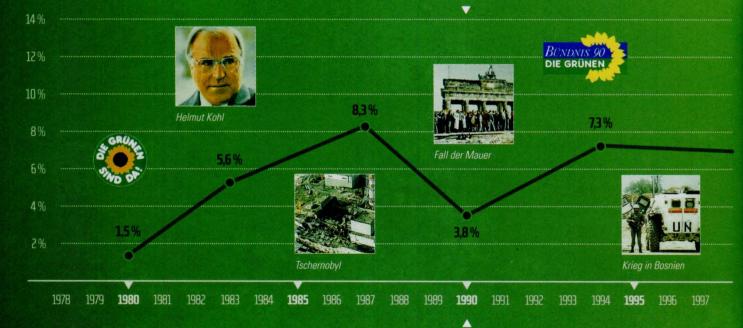
Auf dem Parteitag in Neumünster bekennen sich die Grünen zur parlamentarischen Demopartei. Teile des Linken Flügels verlassen die partei Ökologische Linke, Jürgen Reents Harald Wolf, Dirk Schneider und Klaus Crois-



18. März 1990

Bei der Volkskammerwahl ziehen das Bündnis 90 mit 2.9 Prozent und die Listenverbindung aus Grünen und Unabhängigem Frauenlament ein. Beide Gruppen bilden eine Fraktionsgemeinschaft unter der Bezeichnung Bündnis 90/Grüne







12./13. Januar 1980

Gründungsparteitag der Grünen als Bundespartei. Erste Bundessprecher sind Herbert Gruhl, August Haußleiter, Helmut Neddermeyer. Vorläufer war die Sonstige Politische Vereinigung – Die Grünen, die bei der Europawahl 1979 3,2 % gewann.



12. Dezember 1985

In Hessen wird die erste Koalition aus SPD und Grünen gebildet. Vorausgegangen war die Duldung einer SPD-Minderheitsregierung durch die Grünen seit Juni 1984. Joschka Fischer wird Umweltminister. Das Bündnis zerbricht im Februar 1987



2. Dezember 1990

Nach einem peinlichen Wahlkampf («Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wet-

ter») verfehlen die Grünen mit 4,8 Prozent im

Westen den Einzug in den Bundestag. Bünd-



14. Mai 1993

Auf dem Vereinigungsparteitag in Leipzig schließen sich Bündnis 90 mit etwa 2.600 Mitgliedern und die Grünen mit etwa 37.000 Mitgliedern zusammen. Versuche der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), ein Dreierbündnis zu bilden, scheitern am Widerstand der Grünen

Alle reden von Deutschland.

Wir reden vom

Wetter:

Bundestagswahlen - Wahlergebnis

27. September 1998

Mit 6,7 Prozent erreichen die Grünen ein eher schwaches Ergebnis bei der Bundestagswahl. Durch das gute Abschneiden der SPD mit 40,9 Prozent reicht es jedoch knapp für die erste rot-grüne Koalition auf Bundesebene. Joschka Fischer wird Außenminister, Andrea Fischer übernimmt das Gesundheits-, Jürgen Trittin das Umweltressort.



18. September 2005

Bei den vorgezogenen Bundestagswahlen erreichen die Grünen 8,1 Prozent, die SPD kommt auf 34,2 Prozent. Eine Fortsetzung der rot-grünen Regierung ist damit nicht möglich. Das Bündnis galt jedoch bereits zuvor als zerrüttet.



2016

Bei den Wahlen in Baden-Württemberg werden die Grünen mit 30,3 Prozent erstmals stärkste Kraft in einem Bundesland und setzen ihre Regierung mit der CDU fort. Die Partei ist in 15 von 16 Landtagen – außer in Mecklenburg-Vorpommern – und in elf Landesregierungen vertreten.

27. März 2011

Nach einem Rekordergebnis von 24,2 Prozent bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg bilden die Grünen mit der SPD die erste grün-rote Koalition. Ministerpräsident wird Winfried Kretschmann. Im gleichen Jahr überspringen die Grünen auch in Mecklenburg-Vorpommern erstmals die Fünf-Prozent-Hürde und sind damit in allen 16 Landtagen vertreten.



Hartz 4 1

Neoliberale Reformen

8.1%

S

Fukushima



•--

- 10%

14 %

12%

··· 8%

6%

4%

30,3%

2

Landtagswahl Thüringen

Eurokrise

Arabischer Frühling

Höchstes Wahlergebni agswahl Baden-Württember

8.4 %

1938

6.7%

999 **2000**

1.9%

2001

2002

8.6%

003

2004

2005 2006

2007

8 2009

10.7%

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

2010

2011

2012

013

2014

2015 20

ט כנ



24. März 1999

Beginn des Jugoslawienkrieges. Die Bundeswehr beteiligt sich erstmals an einem Kriegseinsatz. Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) setzen die Kriegsbeteiligung mit gefälschten Beweisen für einen angeblichen Völkermord der Serben im Kosovo durch.



11. September 2001

Nach den Anschlägen von New York und Washington erklärt Bundeskanzler Gerhard Schröder die «uneingeschränkte Solidarität» Deutschlands mit den USA. Mit Zustimmung der Grünen wird die Bundeswehr schon im Dezember nach Afghanistan geschickt.



7. Mai 2008

In Hamburg bilden CDU und der Grünen-Landesverband GAL die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene unter Bürgermeister Ole von Beust (CDU). Die GAL beendete das Bündnis im November 2010, nach eigenen Angaben Aufgrund der Person des Beust-Nachfolgers Christoph Ahlhaus.



September 2013

Nach der Bundestagswahl erleben die Grünen einen politischen Umbruch der Bundesführung. Mit den Fraktionsvorsitzenden Renate Künast und Jürgen Trittin sowie der Co-Parteichefin Claudia Roth verlassen die Vertreter der Gründergeneration die Parteispitze. Ihnen folgen Simone Peter (Partei) sowie Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter (Fraktion). Cem Özdemir verbleibt im Amt.

COMPACT Spezial Zitate zum Thema



Kommunalwahlkampf im nordrhein-westfälischen Kaarst, 2009. Foto: Die Grünen, Repro SJ

Danny in Action

«Mein ständiger Flirt mit allen Kindern nahm bald erotische Züge an. Ich konnte richtig fühlen, wie die kleinen Mädchen von fünf Jahren schon gelernt hatten, mich anzumachen.» (Der spätere EU-Abgeordnete Daniel Cohn-Bendit in seinem Buch «Der große Basar», Trikont Verlag, 1975)

Polit-Raubtier

«Wissen Sie, die Sexualität eines Kindes ist etwas absolut Fantastisches. (...) Wissen Sie, wenn ein kleines 5-jähriges Mädchen beginnt, Sie auszuziehen, ist das großartig. Es ist großartig, weil es ein Spiel ist, ein wahnsinnig erotisches Spiel.» (Daniel Cohn-Bendit, Antenne 2, Talksendung Apostrophes, 23.4.1982)

«Nicht links, nicht rechts – sondern vorn!» Partei-Motto der Grünen von 1980

Grüne Kinderstube

«Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch!» (Zwischenruf von Joschka Fischer, gerichtet an den Bundestagsvizepräsidenten Richard Stücklen, 1984)

Kinderüberraschung

«Eine Entkriminalisierung der Pädosexualität ist angesichts des jetzigen Zustandes ihrer globalen Kriminalisierung dringend erforderlich, nicht zuletzt weil sie im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen aufrechterhalten wird.» (Volker Beck in: Das Strafrecht ändern? Plädoyer für eine realistische Neuorientierung der Sexualpolitik. In Angelo Leopardi (Hrsg.): Der pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner. Berlin/Frankfurt 1988, S. 266)

Nie wieder Deutschland

«Ich wollte, dass Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.» (Sieglinde Frieß, Bundestagsabgeordnete, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.9.1989)

Der Grünen-Virus

«Deutschland ist ein in allen Gesellschaftsschichten und Generationen rassistisch infiziertes Land.» (Jürgen Trittin, Rede im Londoner Goethe-Institut, 2.2.1993)

Die neuen Deutschen

«Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!» (Cem Özdemir, auf dem Parteitag der Grünen 1998 in Bonn-Bad Godesberg)

Der Deutschland-Abschaffer

«Was unsere Urväter vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen!» (Cem Özdemir, Focus. 14.9.1998)

Energiewende aus der Portokasse

«Es bleibt dabei, dass die Förderung erneuerbarer Energien einen durchschnittlichen



Was machte Minister Trittin auf dieser Gewalt-Demo?

Trittin 1994 in Göttingen. Später entschuldigte sich Bild für die Veröffentlichung. Foto: Bild, 29.1.2001 Haushalt nur rund einen Euro im Monat kostet – so viel wie eine Kugel Eis.» (Jürgen Trittin, Bundesminister für Umwelt, Pressemitteilung, 30.7.2004)

Trümmer-Türken

«Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut.» (Claudia Roth, Münchner Runde, BR, 5.10.2004)

Roth auf Schmusekurs

«Gewalt ist immer auch ein Hilferuf.» (Claudia Roth über Jugendgewalt, Menschen bei Maischberger, 5.10.2004)

Claudias Tagtraum

«Wir haben eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, ob es einem gefällt oder nicht [...] Die Grünen werden sich in der Einwanderungspolitik nicht in die Defensive drängen lassen nach dem Motto: Der Traum von Multikulti ist vorbei.» (Claudia Roth laut Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, 20.11.2004)

Grüne Errungenschaften

«Eine geschiedene, kinderlose Ostdeutsche und ein schwuler Liberaler an der Spitze von Union und FDP – das wäre ohne Rot-Grün nicht möglich gewesen.» (Daniel Cohn-Bendit über Angela Merkel und Guido Westerwelle, Der Spiegel, 19.8. 2005)

Reif für die Klapse

«Die Türkei ist für mich zweite Heimat. Ich mache seit 20 Jahren Türkeipolitik. Das ist viele Jahre und ich liebe die Menschen in der Türkei und ich liebe die Konflikte in der Türkei – es gibt immer wieder Probleme, immer wieder Konflikte. Mir gefällt in der Türkei Sonne, Mond und Sterne, mir gefällt Wasser, Wind, mir gefallen die Mezze, Kichererbsenpürree, mir gefallen Börek – ich kann gute Börek machen!» (Claudia Roth, Spiegel Online, 5.11.2007)

Deutsche sollen auswandern...

«Migration ist in Frankfurt eine Tatsache. Wenn Ihnen das nicht passt, müssen Sie woanders hinziehen.» (Die Frankfurter Stadträtin der Grünen, Nargess Eskandari-Grünberg, im Bildungs- und Integrationsausschuss am 5.11.2007, zitiert nach: Frankfurter Rundschau, 13.11.2007)

...und sich darüber freuen

«Es wird so interpretiert, als hätte ich gesagt, die Deutschen sollen auswandern. (...) Es ist absurd, mir so etwas in den Mund zu legen. Was ich sagen wollte ist: Einwanderer gehören zu Frankfurt. Wer in dieser internationalen Stadt lebt, muss sich dieser Realität stellen und es positiv betrachten.» (Nargess Eskandari-Grünberg, Frankfurter Rundschau, 7.11.2007)

Dannys EU-Diktat

«Ihre Meinung dazu interessiert mich nicht. Ich möchte wissen, was Sie tun, damit er durch das tschechische Abgeordnetenhaus und den Senat ratifiziert wird. Werden Sie den demokratischen Willen der Volksvertreter respektieren? Sie werden das unterschreiben müssen.» (Daniel Cohn-Bendit erklärt dem damaligen tschechischen Staatsoberhaupt Vaclav Klaus seine Meinung zum Vertrag von Lissabon, den Klaus nicht unterzeichnen wollte, radio.cz, 8.12.2008)



Im März 2016 griff die Berliner Polizei Beck mit einer «betäubungsmittelverdächtigen Substanz» auf - dem Vernehmen nach die Droge Crystal Meth. Foto: Sixt

Offenbarungseid

«Mit Verlaub, mit Atomenergie kann man im Winter nicht heizen. (...) Man sollte uns auch nicht für blöder verkaufen, als wir im Schnitt sind!» (Claudia Roth, nh24.de, 8.1.2009)

Cem-Dreams

«In 20 Jahren haben wir eine grüne Bundeskanzlerin und ich berate die türkische Regierung bei der Frage, wie sie ihre Probleme mit der deutschen Minderheit an der Mittelmeerküste in den Griff bekommt.» (Cem Özdemir, Tagesspiegel, 16.4.2009)

Renate dreht ab

«Integration fängt damit an, dass Sie als Deutscher mal Türkisch lernen!» (Renate Künast in der Sendung Beckmann, 30.8.2010)



Fischers Frust-Fressen? Der Grünen-Führer brachte zeitweise 110 Kilogramm auf die Waage. Foto: Bild, Repro COMPACT

Grüne an die Front

«Deutschland muss seiner internationalen Verantwortung gerecht werden. Das zielt insbesondere auf die Sicherung und die Herstellung der Herrschaft des Rechts. Wir dürfen keine rechtsfreien Räume auf diesem Globus dulden. Das heißt für uns: Ausbildung, Ausrichtung und Ausrüstung der Bundeswehr müssen sich klar an dieser Priorität orientieren.» (Jürgen Trittin im Bundestag, 27.5.2011)

Fahnenflucht

«Mir machte das Angst, wenn die Grünen eine Zweidrittelmehrheit hätten, ich würde sofort auswandern.» (Daniel Cohn-Bendit, Focus 30/2011)

Uncle Sams grüne Kumpels

«Wir Grünen werden in den USA als verlässliche Transatlantiker wahrgenommen, mit denen in internationalen Fragen große Übereinstimmungen bestehen.» (Jürgen Trittin, Welt Online, 2.8.2011)

Claudia, hochprozentia

«Die CDU hat eindeutig (...) den Anschluss verloren an eine Realität einer multikulturellen, multireligiösen Stadtgesellschaft.» (Claudia Roth nach dem grünen Sieg bei der Stuttgarter OB-Wahl, Tagesschau, 23.10.2012)

Erdogans Freunde

«Die Türkei unter Erdogan habe sich im Vergleich zu der Zeit vor 15 Jahren "erheblich zum Positiven" verändert.» (Jürgen Trittin laut Taz Online, 31.10.2012)

Des Bankers bester Freund

«Ja, wir müssen für die Rettung Griechenlands Geld in die Hand nehmen.» (Jürgen Trittin im Bundestag, 21.11.2012)

Offen für Alle

«(...) sind wir ein Land, das für Migrantinnen und Migranten offen ist, was Leute anzieht — die wir übrigens dringend brauchen, nicht nur die Fachkräfte, sondern weil wir auch Menschen brauchen, die in unserem Sozialsystem zuhause sind, und die sich hier auch zuhause fühlen können (...).» (Die Vorsitzende der Bundestagsfraktion Katrin Göring-Eckardt, ARD-Morgenmagazin, 9.10.2013)

Bumm-Bumm-Bendit

«Die Schweizer werden auf Knien wieder zu uns [gemeint: zur EU] kommen, denn sie brauchen uns.» (Daniel Cohn-Bendit, damals Fraktionschef der Grünen im EU-Parlament, 20minuten.ch, 26.2.2014)

Krieaszensur

«Grüne und konservative EU-Parlamentarier wollen Gerhard Schröder zum Schweigen bringen. In einem Äntrag fordern die Abgeordneten ein Sprechverbot für den Altbundeskanzler zum Thema Russland.» (Spiegel Online, 13.3.2014)

«Das Benzin ist offenbar immer noch zu billig.» Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter, Welt Online, 23.2.2012

Weg mit den Cem-Trails!

«Das Problem ist nicht Sarrazin selbst als Person sondern der gleichgesinnte Bevölkerungsanteil in Deutschland.» (Cem Özdemir forderte Sarrazins Entlassung als Bundesbankvorstand, sabahdeutsch.de, 16.9.2014)

Schulfach Schwill

«Lederpeitsche und Fetische wie Windeln, Lack und Latex wollen sie als Lehrgegenstände in die Bildungspläne integrieren. Themen wie Spermaschlucken, Dirty Talking,

COMPACT Spezial [©]_ Zitate zum Thema



Giftgrünes Einkaufsparadies. Foto: Screenshot shopgruene.de

Oral- und Analverkehr und sonstige Sexualpraktiken inklusive Gruppensex-Konstellationen, Lieblingsstellung oder die wichtige Frage: Wie betreibt man einen Puff sollen in den Klassenzimmern diskutiert werden.» (Der Vorsitzende des Philologenverbandes Baden-Württemberg, Bernd Saur, über grün-rote Sexuallehrpläne, Focus, 27.10.2014)

Alles Antideutsche außer Claudia

«Der herzlose, herrische und hässliche Deutsche hat wieder ein Gesicht, und das ist das von Schäuble.» (Reinhard Bütikofer, Vorsitzender der europäischen Grünen im EU-Parlament, Phoenix, 14.7.2015)

Antons Ansage

«Sie muss allen Bürgern klar sagen: Deutschland ist ein Einwanderungsland.» (Der Grünen-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Anton Hofreiter, fordert von Merkel ein Bekenntnis zur Migration, Rheinische Post, 3.8.2015)

Münchhausen-Syndrom

«Assad selbst darf dieser Regierung auf Dauer nicht angehören, er gehört eigentlich nach Den Haag als Kriegsverbrecher. (...) Die meisten Flüchtlinge, die zu uns kommen, fliehen nicht primär vor ISIS, sondern vor Assad und seinen Fassbomben.» (Cem Özdemir, presseportal.de, 29.9.2015)

Die deutsche Wiederverneinung

«Am 3. Oktober wurde ein Land aufgelöst und viele freuen sich 25 Jahre danach. Warum sollte das nicht noch einmal mit Deutschland gelingen?» (Twitter-Kanal der Grünen Jugend, 3.10.2015)

Nach Reker-Attentat

«Mordanschlag. Rechte Hetze führt zu rechter Gewalt. Pegida, AfD und CSU zerstören

die politische Kultur im Land.» (Michael Kellner, Bundesgeschäftsführer Bündnis 90/Die Grünen, Twitter, 17.10.2015)

Gender-Gaga

«Sprache mit Sternchen: Grüne wollen den Gender-* ganz groß rausbringen // (...) Die Grünen loben die Helfer*innen in der Flüchtlingskrise und wollen die Bürger*innengesellschaft stärken.» (Spiegel Online, 18.11.2015)

Nasi Göring

«Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!» (Katrin Göring-Eckardt, Rede zur Flüchtlingswelle, auf dem Parteitag im November 2015, Spiegel Online, 21.11.2015)

Die grünen Männchen

«Als Mann weiß ich, jeder noch so gut erzogene und tolerante Mann ist ein potenzieller Vergewaltiger. Auch ich. Wir Männer müssen uns dessen bewusst sein – nur dann sind wir auch in der Lage, erkennen zu können, wenn sexuelle Gewalt und Nötigung beginnt.» (Der stellvertretende Landesvorsitzende der Grünen in Hamburg, Michael Gwosdz, Hamburger Abendblatt Online, 8.1.2016)

Scharia als Medizin

«Um Radikalisierung vorzubeugen, sollten wir den Islam bei uns einbürgern.» (Katrin Göring-Eckardt, Welt Online, 3.4.2016)

«Wir kriegen jetzt plötzlich Menschen geschenkt!» Katrin Göring-Eckardt über Asylanten, hart aber fair, 12.4.2016

Antideutsch und stolz darauf

«Ja, wir sind keine Patriot_innen. Uns sind andere Dinge einfach wichtiger als Deutschland: Individuelle Freiheiten, soziale Rechte oder die Frage, ob auch die nachfolgenden Generationen noch auf diesem Planeten leben können. (...) Die Nation ist eine Zwangsgemeinschaft, in die man hineingeboren wird.» (Webseite des Jugendverbandes Grüne Jugend, 12.6.2016)

Volkers großer Austausch

«Wer in Deutschland geboren wird, soll die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen, wenn zumindest ein Elternteil sich hier rechtmäßig aufhält.» (Volker Beck will Flüchtlingskindern deutsche Pässe garantieren, n-tv Online, 15.8.2016)

Nie wieder Weihnachten

«Ich stelle mir die Frage, ob es (...) noch sinnvoll ist, dass christliche Feiertage einen Großteil der Feiertage in Deutschland ausmachen. (...) An Weihnachten vereinigen sich Kapitalismus und christliche Ideologie, und was dabei herauskommt, ist noch schlimmer als die Grundzutaten.» (Der Bundessprecher der Grünen Jugend, Moritz Heuberger, katholisch.de, 23.9.2016)

Grüne Umverteilung

«Das Institut für Wettbewerbsökonomik an der Uni Düsseldorf hat die Gesamtkosten der Energiewende bis 2025 berechnet. Das Ergebnis: Bis zum Jahr 2025 müssen geschätzt rund 520 Milliarden Euro aufgewendet werden. Eine vierköpfige Familie zahlt somit direkt und indirekt über 25.000 Euro für die Energiewende.» (Welt Online, 11.10.2016)

Grüne Parallelwelten

«Selbstverständlich gehört das zur Religionsfreiheit dazu, und es ist auch ein bisschen Heimat, dass man ein Gottesdienstangebot bekommt in der eigenen Sprache!» (Volker Beck ist für Moschee-Predigten auf Arabisch, n-tv Online, 14.10.2016)



Die Fixiertheit auf den Führer hat bei manchen wohl ein Eigenleben. Foto: gruene-niedersachsen.de



Rothfront marschiert

Wahljahr 2017 – Die Grünen auf dem Weg zur Macht

COMPACT Spezial — Rothfront marschiert

Der grüne Endkampf

von Martin Müller-Mertens

Die Erben Joschka Fischers stehen vor den Toren der Macht. Doch anders als der Frankfurter Straßenkämpfer setzen Özdemir und Göring-Eckardt eher auf ein Bündnis mit der CDU. Vereint wollen Merkelraute und Sonnenblume den Traum der Deutschlandabschaffer vollenden.

Dem Untergang geweiht, radikalisiert sich das Establishment.

Auf gemeinsames Regieren? Vielleicht ab Herbst 2017. Hier prosteten sich Angela Merkel und Winfried Kretschmann im Juli 2016 auf der Sommerparty der badenwürttembergischen Landesvertretung in Berlin zu. Foto: picture alliance / dpa Es ist paradox: Während CDU und SPD grüne Kernpositionen wie Masseneinwanderung, Islamisierung und Gender Mainstreaming durchpeitschen, verharrt die einstige Ökopartei in der Opposition. Doch je stärker das Ancien Regime unter Druck gerät, je irrationaler die Sturmtruppen der Antifa jede Abweichung niederknüppeln, desto wahrscheinlicher wird der grüne Griff zur Macht. Seinem Untergang geweiht, radikalisiert sich das Establishment.

Doch der grüne Putsch erfolgt nicht auf der Straße, sondern in den Wahllokalen. Nach den jetzigen Umfragen könnte die Große Koalition im Herbst ihre Mehrheit einbüßen. Dann sind die Grünen der Königsmacher. Mit ihnen ginge eine Ampel, sie könnten sich zu Rot-Rot-Grün durchringen – vor allem jedoch stünden sie für einen politischen Dreier mit der Union plus FDP bereit. Derartige Flexibilität im Quintett der Etablierten verleiht ihnen bis dato ungekannten Einfluss. Die Rolle von Koch und Kellner – jenes beliebte Gleichnis für große und kleine Koalitionspartner – könnte sich umkehren.

Wie es geht, wissen die Grünen. Nur zwei Mal – 1998 und 2002 – schafften sie den Sprung in eine Bundesregierung. Nur einmal, bei der Bundestagswahl 2009, erreichten sie mit 10,7 Prozent knapp





ein zweistelliges Ergebnis. Auch auf Länderebene blieben sie – von den Sonderfällen Baden-Württemberg und Bremen abgesehen – immer deutlich unterhalb von 20 Prozent. Mit Ausnahme des Südwestens brachten 2016 alle Landtagswahlen Stimmverluste, in Mecklenburg-Vorpommern sogar das parlamentarische Aus. Dennoch sitzen die Grünen derzeit in elf Ländern am Kabinettstisch – als Partner von SPD, CDU, Linken, FDP und der dänischen Minderheitenpartei Südschleswigscher Wählerverband (SSW). In Baden-Württemberg stellt die Partei mit Winfried Kretschmann seit 2011 den Ministerpräsidenten, erst mit Hilfe der SPD, nun der CDU.

Partei der Besserverdienenden

Der Grund für diesen nur scheinbaren Widerspruch: Die Grünen sind keine Volkspartei. Vielmehr etablierten sie sich als parlamentarischer Arm eines Milieus, das zwar nie die gesellschaftliche Mehrheit errang, wohl aber die Institutionen kaperte. Bereits im Jahre 2005 kam die repräsentative Erhebung *Journalismus in Deutschland* zu dem Ergebnis, dass 33,5 Prozent der Medienmacher die Grünen wählten und 54,6 Prozent eine rot-grüne Koalition bevorzugten. Dagegen kam die Union bei den Laptopkriegern gerade einmal auf 7,6 Prozent. «Journalisten sind in ihrer sozialen Zusammensetzung also nicht der Spiegel der Bevölkerung – so wenig wie Ärzte, Anwälte oder Wissenschaftler», heißt es in der Studie.



Abgesichert wird die Präferenz der Journaille durch eine strikte Nachwuchsrekrutierung. Zwei Drittel stammen aus Elternhäusern im Öffentlichen Dienst. Auch dort haben die Grünen Heimspiele. Nach einer Erhebung des Instituts Forsa von 2013 unterstützten 20 Prozent der Beamten die Grünen, bei den höheren Diensträngen sogar 40 Prozent. «Keine Generation hat sich so bedingungslos in die Arme des Staates geworfen wie ausgerechnet die Achtundsechziger, die Gründungsgeneration der Grünen», brachte es der Spiegel-Kolumnist Jan Fleischhauer auf den Punkt. Als Journalisten, Lehrer, Wissenschaftler oder Angestellte der Sozialindustrie dominieren die Grünen den öffentlichen Diskurs. Dass «Refugees welcome» von der Kampfparole Hamburger Linksautonomer zum Leitspruch von Kanzleramt und Bild-Zeitung mutierte, ist ihr Verdienst.

Meisterprüfung an der Macht

Dieser Weg war lang. 15 Jahre nach ihrem ersten Einzug in den Bundestag gelang den Grünen 1998 ihre bislang einzige Regierungsbeteiligung auf Bundesebene. Die Zustimmung zum Jugoslawienkrieg und zu Hartz IV bedeuteten die Meisterprüfung nach dem Marsch durch die Institutionen. Noch hingen die Grünen auf Gedeih und Verderb an der SPD. Doch nach sieben Jahren Realpolitik im Stil der Fischer-Trittin-Gang bewegten sich die Türen des Juste Milieu. Erst gab es nur einen Spalt frei, doch mittlerweile stehen die Scheunentore offen. 2008 experi-

mentierte die Partei in Hamburg erstmals mit einem schwarz-grünen Bündnis, ließ die Koalition nach zwei Jahren jedoch platzen. Doch in Hessen (Schwarz-Grün seit 2014), sowie seit 2016 mit Grün-Schwarz in Baden-Württemberg und Schwarz-Rot-Grün in Sachsen-Anhalt läuft das gemeinsame Räderwerk. Das 2011 gebildete Bündnis aus CDU, FDP und Grünen im Saarland scheiterte ein Jahr später – aber an den Liberalen. 2013 präsentierte sich die Ökopartei auch im Bundestagswahlkampf erstmals nicht mehr als natürlicher Partner der SPD, sondern zeigte sich prinzipiell offen für andere Konstellationen.

Brautschau im Bundestag

Welchem Partner man den Vorzug geben sollte, darüber klaffen die Positionen bei den Grünen weit auseinander. Das Herz der Basis – und eines Teils der Abgeordneten - schlägt aus emotionalen Gründen für die SPD. Ohne einen dritten Partner wäre diese Mehrheit jedoch nicht zu gewinnen. Im Oktober 2016 trafen sich je 30 Bundestagsabgeordnete von SPD. Linken und Grünen zu einer informellen. aber recht demonstrativ organisierten Gesprächsrunde. «Es geht uns darum, den Weg zu einer Mehrheit diesseits der Union ganz konkret zu beschreiben und auf eine breite Basis in allen drei Parteien zu stellen», formulierte es der Sprecher der parlamentarischen SPD-Linken Matthias Miersch. Auch SPD-Chef Sigmar Gabriel soll kurzzeitig an dem Treffen teilgenommen haben.

Aus dem Munde der Grünen ist dieses versprechen eine Drohung Hier auf dem Wahlparteitag im April 2013 in Berlin. Foto: picture alliance / dpa

Als sonorer Wegbereiter von Schwarz-Grün gilt Winfried Kretschmann.

COMPACT Spezial [©]_ Rothfront marschiert

Das Merkel-Özdemir-Kabinett



Bereits im August beschäftigten sich Analysten der Rheinischen Post mit der Frage, wer einer Regierung aus Union und Grünen angehören könnte. Demnach dürften Wolfgang Schäuble und Ursula von der Leven auf ihren Posten verbleiben, das Innenressort aber an die CSU gehen, Für das Arbeits- und Sozialministerium käme Peter Altmaier in Betracht, der angeblich in ein Fachressort wechseln will. Armin Laschet käme für ein neu geschaffenes Integrationsressort in Frage, sofern im Frühjahr 2017 seine Regierungsübernahme in NRW scheitert. Die Grünen könnten mit Cem Özdemir den Außenminister und Vizekanzler sowie mit Katrin Göring-Eckardt die Bildungsministerin stellen. Die beiden Realos dürften durch Anton Hofreiter als Umweltminister ergänzt werden. Auch das Justizministerium würde nach der Koalitionsarithmetik den Grünen zufallen hier kursierte wiederholt. der Name der eher unbekannten Bundestagsabgeordneten Katia Keul. Ein Dreierbündnis unter Einschluss der FDP ist in dieser Aufstellung nicht berücksichtigt und dürfte die Grünen vermutlich das Justizressort kosten

Bei der Bundestagseröffnung 2013 hielt Özdemir noch etwas Abstand. Foto: picture alliance / dpa



Claudia Roth schreibt Schwarz-Gelb Nein Danke! Foto: Bündnis 90/Die Grünen, CC-BY-2.0, flickr.com

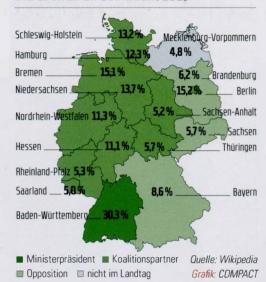
In erkennbarem Widerspruch zu den Wünschen der Basis steht dagegen der bestimmende Teil der Führung – sowohl Parteivorsitzender Cem Özdemir als auch Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt blinzeln klar in Richtung Union. Die politisch deutlich leichtgewichtigere Co-Vorsitzende Simone Peter sieht Schwarz-Grün verhalten, jedoch als «eine Option». Nur Mit-Fraktionsführer Anton Hofreiter steht in der Frage quer. Als sonorer Wegbereiter gilt dabei Winfried Kretschmann. Im August 2016 empfing Merkel den Stuttgarter Fürsten zu einem als privat deklarierten Abendessen im Kanzleramt. Themen drangen nicht nach außen, doch es dürfte vor allem um eine mögliche Koalition gegangen sein. «Es kommt jetzt darauf an, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern», sagte Kretschmann kurze Zeit später dem Spiegel. Die US-Wahl kommt den Strategen entgegen: Mit Donald Trump im Weißen Haus ist TTIP unwahrscheinlicher geworden – das Freihandelsabkommen galt als wichtigster Stolperstein in Koalitionsgesprächen.

Für den Kurs der grünen Kommandobrücke in Richtung der Schwarzen gibt es wohl mehrere Gründe. Persönliche Befindlichkeiten im traditionell konservativeren Südwest-Landesverband mögen eine Rolle spielen, ebenso die Furcht vor außenpolitischen Kapriolen der Linken. Doch entscheidend ist etwas anderes: Wollen die Grünen Umvolkung, Islamisierung und Verschwulung noch forcieren – und damit angesichts des wachsenden Widerstands Fakten schaffen –, sind sie auf die Merkel-Union angewiesen. Nur ein sozialdemokratischer Kanzler Gerhard Schröder konnte Deutschland 1999 in den Angriffskrieg gegen Jugoslawien führen, ohne von einem Sturm linken Widerstands aus dem Amt gefegt zu werden. Nur eine christdemokratische Kanzlerin kann die Agenda der Deutschlandabschaffer umsetzen und zugleich den konservativen Widerstand marginalisieren.

Cem und Angela

Doch für das Ja-Wort der Rautenfrau müssen sich Özdemir und Co. noch amtsfein machen. Begonnen haben sie längst. Bereits im Frühjahr 2015 klopfte der schwäbische Anatolier ab, wie weit er gehen kann - und stellte die für Grüne sakrosankte Frauenquote in der Partei- und Fraktionsführung in Frage. «Die doppelte Doppelspitze der Grünen macht es nicht leichter, personelles Profil zu gewinnen und Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner zuzuspitzen», sagte er der Frankfurter Allgemeinen. Mittlerweile gefällt sich Özdemir in scheinbaren Zugeständnissen an das Volk. «Wer ein Problem mit Frauen hat, der kann gleich wieder gehen», verkündete er nach dem Rudelgrapschen in der Kölner Silvesternacht 2016. Zugleich kritisierte er, dass «manche islamischen Funktionäre» gegen

Die Grünen an der Macht 2016



patriarchalische Rollenmuster «nicht vorgehen, sondern das Problem durch Tabus und Sprechverbote noch verschärfen». Es ist jedoch ein Spiel mit verteilten Rollen. Die Altvorderen wie die Multikulti-Sirene Claudia Roth oder der Kampfschwule Volker Beck werfen sich im rabiaten Befehlston des Volkserziehers in die Schlacht. Die kommenden Minister bevorzugen hie und da das einschläfernde Säuseln des Bürgerverstehers.

Özdemir bevorzugt das geschmeidige Säuseln des Wahlkämpfers.

Auch das Programm muss passend gemacht werden – der Münsteraner Parteitag im November 2016 war der erste Schritt. Unübersehbar gerierten sich die Grünen dabei weniger «unbequem» wie das Parteitagsmotto lautete -, sondern vor allem unbestimmt. Die umstrittene Vermögenssteuer soll es geben, aber nur für «Superreiche» – wer die sind, definiert der Beschluss jedoch nicht. Die Erbschaftssteuer müsse «einfach und gerecht» werden – auch hier fehlen jegliche Ausführungen. Die moslemischen Verbände könnten in ihrer jetzigen Form nicht als Religionsgemeinschaften anerkannt werden – was jedoch mehr einem Reformaufruf als einer generellen Absage gleichkommt. Einzig das angestrebte Verbot der Neuzulassung von Verbrennungsmotoren ab 2030 mag in der CDU für Stirnrunzeln sorgen. Doch selbst, wenn die Grünen auf diesem Punkt beharren sollten - ernsthafter Widerstand der Union ist nicht zu erwarten. Der Umbau in Richtung Elektromobilität gehört ebenfalls zum Konzept der Christdemokraten. Das entsprechende Papier heißt Etropolis – und stammt bereits von 2010.

Zwei Hochzeiten und ein Totalausfall

von Alice Kast

Katrin Göring-Eckardt ist als Fraktionsvorsitzende im Bundestag einer der wichtigsten Akteure ihrer Partei. Als wertkonservativ, christlich und bürgerlich sieht sie sich selbst. Bei genauerer Betrachtung fällt es allerdings schwer, diese Einschätzung zu teilen.

Die am 3. Mai 1966 in Friedrichsroda im Landkreis Gotha als Katrin Dagmar Eckardt geborene Tochter eines Tanzlehrers ist Thüringerin, aber spricht diffamierend von «Ossis» und vergleicht sie mit Migranten; sie ist gläubige Protestantin, war bis 2013 aktiv im Rat der Evangelischen Kirche, aber jubelt muslimischen Einwanderern zu, die Deutschland «religiöser» machen; sie propagiert Feminismus, aber kocht ganz nach althergebrachtem Frauenbild Marmelade für Neumitglieder ein. Ob das eine ernstgemeinte Doppelstrategie oder ein Werbegag sein soll, spielt letztlich keine Rolle: KGE, wie sie sich nennen lässt. ist jedenfalls eine paradoxe Frau.

Die Mutter zweier Söhne studierte einige Semester Theologie an der Universität Leipzig, erlangte jedoch keinen Abschluss. Damit reiht sich Göring-Eckardt in die bekannte Tradition grüner Parlamentarier ein, die den größten Prozentsatz an Studienabbrechern im deutschen Bundestag verzeichnen (8,8 Prozent im Jahr 2013).

Propaganda für die SED

In der DDR organisierte sie nach eigenen Angaben während ihrer Schulzeit «Fasching, Diskos und andere lustige Sachen», aber auch politisch motivierte Veranstaltungen wie «Diskussionen mit der Patenbrigade oder mit sowjetischen Soldaten». FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda nannte sich dieses Amt. In der FDJ oder in den Lehrgängen für Zivilverteidigung «waren ja die meisten in der DDR», rechtfertigt sich die gläubige Protestantin, die bereits in der DDR der Jungen Gemeinde angehörte, also neben der kommunistischen auch auf der christlichen und damit gewissermaßen auf zwei Hochzeiten zu tanzen wusste. In Bezug auf die Aufarbeitung der sozialistischen Vergangenheit scheint sich Göring-Eckardt an der Vorgehensweise Angela Merkels zu orientieren: Nicht verheimlichen, dazu stehen, aber nicht weiter thematisieren. Wer schweigt, der schämt sich, wer erklärt, rechtfertigt sich. Beide Damen weichen dieser Problematik geschickt aus. Freilich sind sie Kinder ihrer Zeit und deren Umstände: Im Anschluss an die Jugendweihe der FDJ beizutreten, gehörte zum Leben der meisten jungen Menschen in der DDR. Doch wenn auch nicht die bloße Parteimitgliedschaft eine Rechtfertigung und Aufarbeitung gebietet - das Amt einer Sekretärin tut es. Und auch für die überzeugte Christin, als die sich Göring-Eckardt stets ausgibt, scheint eine ausführliche Erklärung ihrer Rolle und Gesinnung in der DDR durchaus angebracht, gerade da sie damit ein Vorbild für andere junge Gläubige war. Von denen aber fühlten sich viele, im Unterschied zu ihr, bei der DDR-Opposition besser aufgehoben.

Katrin Göring-Eckardt war Gründungsmitglied der DDR-Oppositionsgruppen Demokratischer Aufbruch und Demokratie jetzt. Zu den Grünen kam sie über deren Fusion mit dem Bündnis 90. Foto: Harald Krichel, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons



COMPACT Spezial • Rothfront marschiert

Facebook-Zensur gefordert



Als Göring-Eckardt Ossis mit Migranten verglich, erntete sie einen Shitstorm im Netz. «Ich bin einer dieser "Ossis". Ich bin kein Migrant, Zuwanderer, Flüchtling oder sonst ein Neusprechwort für Ausländer. Ich bin ein Deutscher. Das war ich schon immer und werde es immer bleiben», erklärte ein Kommentar. Ein anderer schrieb: «Dieser Satz ist jetzt drei Tage alt. Diese Frau hat immer noch ein politisches Amt inne? Sie darf immer noch vor eine Fernsehkamera treten? Sind wir Deutschen total verrückt geworden?» Darüber hinaus gab es auch blanke Wut und Beleidigungen in Kommentaren

KGE reagiert kurze Zeit später mit einem Video auf ihrer Facebook-Seite. Mit dramaturgisch ausgefeilter weinerlicher Miene liest sie verletzende und gewaltandrohende Zitate von Nutzern vor und plädiert für weniger Hetze im Netz, setzt aber gegen Ende entschieden hinzu: «Ihr bekommt mich nicht klein, Euer Dreck spornt mich an!» Sie fordert die Verantwortlichen des sozialen Netzwerkes dazu auf, solche «Hate speeches» zu löschen Ob sich die Grünen-Politikerin da nicht vielleicht ein wenig zu wichtig nimmt, wenn sie glaubt, sie könne einem Unternehmen wie Facebook mit dem weltweit größten Börsenwert (derzeit bei über 300 Milliarden Dollar) vorschreiben, wie es vorzugehen hat? Das ist dann wohl die deutsche Sprach- und Meinungspolizei, versetzt mit Größenwahn im grünen Gewand.

Wahlkampf 2013. Foto: gruene.de

Statt mit Opposition ist sie auch im wiedervereinigten Deutschland eher durch Anpassung an das System aufgefallen: So galt Göring-Eckardt unter der Regierung Schröder als Befürworterin der Agenda 2010 und der Hartz-Reformen, gab dem Militäreinsatz im Kosovo ihre Stimme und fordert deutsche Bodentruppen für Syrien. Des Weiteren steht sie bis heute für die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ein. Dabei liest sie eigenen Angaben zufolge immerhin jeden Tag einen Bibelvers.

Sie unterstützte die Hartz-Reformen und den Kosovokrieg.

«Euer Dreck spornt mich an!»

Doch das dürfte Göring-Eckardt aktuell auch nicht helfen. In jüngster Vergangenheit ist sie immer wieder Opfer sogenannter «Hate speeches» geworden, zu Deutsch «Hassreden», also Anfeindungen im Internet. Ausgelöst wurde diese Welle, nachdem sie im Oktober 2015 im Bundestag für eine bessere Integration von Flüchtlingen warb und dabei einen kuriosen Vergleich zog: «30 Prozent der Kinder und Jugendlichen heute haben bereits einen Migrationshintergrund, und dabei hab' ich die Ossis jetzt noch nicht mitgerechnet.» Doch keine Welle der Empörung ging durch den Saal, noch nicht einmal ein Stirnrunzeln ließ sich auf den Gesichtern der Parlamentarier erkennen. Soziale Netzwerke und Internetforen füllten sich dagegen rasch mit Kommentaren zu Göring-Eckardts Rede: Deutsche aus Ost und West waren empört, online zeigten sie, wie so oft, dass sie sich unverstanden und von der Politik ausgeschlossen fühlen.

Im Herbst 2015 ging ein weiteres Zitat Göring-Eckardts durchs Netz und erlangte Berühmtheit. So erklärte die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag in einem Interview im ARD *Morgenmagazin:* «Und Dresden, das ist vor allem die Frauenkirche, die ist wieder aufgebaut worden, nachdem die Nazis sie zerstört haben.»

Stimmenabfall 2013

Gern schwärmt Katrin Göring-Eckardt von ihrer Verbundenheit mit der Thüringer Heimat. Immer wieder beruft sie sich bei politischen Entscheidungen auf ihre christlichen Glaubensgrundsätze und eine daraus resultierende Moral. Zu der Linken geht sie auf Abstand, außerdem werden ihr stets Annäherung an die CDU und eine Vorreiterrolle beim Schmieden schwarz-grüner Bündnisse nachgesagt.



Gremien von Bündnis 90/Die Grünen _ So ist die Sonnenblumenpartei aufgebaut Umfeldorganisationen Europäische Grüne Bundesversammlung Bundesvorstand wählt Hochschulgruppen Bundesvorstand berät Unternehmensgrün Landesverband Parteirat Länderrat Kreisverband Europawahlliste ischen den Parteitager Kommunale beschließt Grüne Jugend Satzung (Teilorganisation) Quelle: Bündnis 90/Die Grünen Grafik: COMPACT



Sich bürgerlich und wertkonservativ zu geben, für diese Aufgabe wird die farblose Theologengattin gerne ins Rennen geschickt. Doch Wahlerfolge erzielen die Grünen damit kaum: Das Volk kauft ihnen die Doppelrolle schlicht nicht ab. Hier rächen sich KGEs Paradoxa, denn wer weder betont grüne Kernkompetenzen vertritt, noch in letzter Konsequenz glaubwürdiger Christ ist, des Öfteren unter die Gürtellinie boxt, aber nicht einstecken kann, Heimatliebe propagiert, aber Ostdeutsche diskreditiert und bei alledem noch nicht mal polit-attraktive Ausstrahlung besitzt, kann nur zum Stimmengrab werden. Dies zeigte sich bei der Bundestagswahl 2013, für die Göring-Eckardt als Spitzenkandidatin der Grünen kandidierte, und nach 8,4 statt erwarteter 15 Prozent fünf Parlamentarier der letzten Legislaturperiode ihren Hut nehmen mussten.

Das mag nicht allein ihre Schuld gewesen sein, und doch scheint es eindeutig, dass sich das Image der Partei nicht mit einer Person aufpolieren lässt, die ihre Meinung wie kaum eine andere stets nach dem Zeitgeist richtet.

Refugees welcome!

Das trifft auch auf das drängendste aller Themen der aktuellen Politik zu: der Migrationsfrage. Diese überschattet auch sämtliche Kernthemen der Grünen, bei denen Aussagen zu Atomausstieg und Energiewende selten geworden sind und vom geneigten Leser schon gründlich gesucht werden müssen. Freilich sieht sich Katrin Göring-Eckardt, Protestantin und ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche, in der Pflicht, oberste Schirmherrin der Verfolgten und Heimatlosen zu sein. So wird sie auch nicht müde, die Ankunft der Millionen

Menschen aus Nahost und Afrika als segensreich zu feiern. Mit Äußerungen wie «Die Einwanderer bezahlen die Rente derjenigen, die in Dresden auf die Straße gehen und gegen Asylbewerber und Einwanderer demonstrieren» oder «Die Leute, die hierher kommen, für die sollte klar sein, die Kinder, die hier geboren werden, sind vom ersten Tag an auch Deutsche» war sie eine der propagandistischen Speerspitzen der Asyllobby. In beinah schizophren anmutender Manier philosophiert sie sogar bei einer Kirchensynode darüber, «wir» bekämen «jetzt plötzlich Menschen geschenkt», die unser Land «religiöser, bunter, vielfältiger und jünger» machen. Wie das zu der Silvesternacht in Köln passt, erklärt die bekennende Feministin freilich nicht. Genauso wenig scheint die offene Christenfeindlichkeit unter muslimischen Einwanderern die Protestantin zu stören...

Dabei sieht sie sich in der Tradition Martin Luthers, dem der Satz «Hier stehe ich, ich kann nicht anders» zugesprochen wird. Am 31. Oktober 2016 veröffentlichte sie ein Bild des großen Deutschen mit den Worten: «Lasst uns am heutigen Reformationstag denen Mut zusprechen, die für Menschlichkeit einstehen. Teilt das Zitat und lasst euch nicht entmutigen im Angesicht von Hass und Hetze!» Luther als Ahnherr der Refugees-welcome-Politik? Ausgerechnet der Kirchengründer, der in seinen Schimpftiraden gegen Juden und Muslime bisweilen auch nach Meinung vieler Anhänger zu weit ging? Auch den letzten wertkonservativen Christen der Grünen dürfte allmählich klar werden, dass Göring-Eckardts eingeübte Taktik des Tanzes auf zwei Hochzeiten am Ende zum gänzlichen Genickbruch ihrer Glaubwürdigkeit führen dürfte. Da werden tägliche Bibelverse genauso wenig helfen können wie eingekochte Marmelade.

2005 – hier auf dem Nominierungsparteitag der Thüringer Grünen – bewarb sich Göring-Eckardt erfolglos um ein Direktmandat in Weimar. Foto: picture-alliance/dpa

Luther soll Ahnherr der Refugees-welcome-Politik sein?



Süß: 1996 wurde die damalige Sprecherin des Landesverbandes Thüringen Beisitzerin im Bundesvorstand. Foto: picture-alliance / dpa

_ Alice Kast ist Redakteurin der Zeitschrift «Umwelt & Aktiv»,



Ein Wolpertinger an der Spree

von Gerhard Keil

Anton Hofreiter gilt als linker Flügelmann der Grünen, weil er rein optisch an die ökologischen Waldschrate aus der Parteigründungszeit erinnert. Aber sonst ist nichts an ihm, was ihn vom Mainstream unterscheidet.

Der Bayer bezieht sich positiv auf seine Heimat – wenn es für die Grünen gut ist. Er ist nicht gerade das, was man sich unter einem Hoffnungsträger vorzustellen gewohnt ist, obgleich die Grünen nach der versemmelten Bundestagswahl 2013 eines solchen bedurft hätten. Die Rede ist von Anton Hofreiter, dem seit Oktober 2013 neben Katrin Göring-Eckardt zweiten Vorsitzenden der Bundestagsfraktion. Wer ist nun dieser Mann, sofern man im Zeitalter des Gender-Wahns über ein Mitglied dieser die Biologie aushebeln wollenden Partei noch so fragen darf? Woran sich eine weitere interessante Frage anschließen ließe, nämlich ob der promovierte Biologe Hofreiter sich überhaupt unzweifelhaft über sein Geschlecht im Klaren ist beziehungsweise es programmatisch sein darf.

Der 1970 geborene Anton Hofreiter ist bereits seit 1986 grünes Parteimitglied und sitzt für diese Truppe seit 2005 im Bundestag. Zwischen 2011 und 2013 war er Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Und, auch wenn er sich selbst ungern auf Parteiflügel festlegen lässt, wird er seitens der Medien nachhaltig der Parteilinken zugeordnet.

Was auf den ersten Blick wie eine makellose Karriere aussieht, bekam im Mai 2014 einen Knick, als öffentlich wurde, dass Hofreiter von 2005 bis 2014 seine Berliner Zweitwohnung nicht angemeldet und dafür keine Steuerngezahlt hatte. Er selbst sprach – ungeachtet des in Rede stehenden Zeitraums vonetwa neun Jahren – von einem Versehen. Er hat die Steuern nachbezahlt und bewirbt sich bei Redaktionsschluss als Spitzenkandidat seiner Partei für die Bundestagswahl im Herbst 2017. Dabei steht er in Konkurrenz zum Bundesvorsitzenden Cem Özdemir und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein Robert Habeck. Das Ergebnis der Mitgliederbefragung soll dann im Januar 2017 verkündet werden.

Sich ideologisch stilgerecht, ganz im Sinne eines antiautoritär erzogenen Kindes zu vermarkten, liegt dem Anton Hofreiter. In seiner Erscheinung entspricht der Niederbayer – mit seinem wiegenden Gang, seiner schulterlangen Mähne, dem offe-

Vor seiner Zeit im Bundestag war Hofreiter als Kommunalpolitiker aktiv. Foto: Grüne Bundestagsfraktion, CC BY 20, flickr.com nen obersten Hemdknopf und der Regenbogenfahne am linken Revers – zumindest der landläufigen Vorstellung eines klassischen Grünen. Und wer inhaltlich wie rhetorisch keine allzu großen Erwartungen an diese Partei hat, darf selbiges auch über sein, naja, Redetalent behaupten. Legt man noch seine Aussagen zur «Verteidigung des großen Friedensprojekts der europäischen Einigung» – so Hofreiters Wortwahl – zugrunde, könnte man sich angesichts der Einmischung von EU und NATO in der Ukraine und anderswo auch an ein Hans-Söllner-Lied erinnert fühlen, in dem es heißt: «Meine Haar wer'n immer länger, immer kürzer mein Verstand»...

Offen für alles

Inzwischen regieren Bündnis90/Die Grünen auf Länderebene in sieben unterschiedlichen Konstellationen, dabei in Sachsen-Anhalt sogar gleichzeitig mit SPD und CDU. Auch Hofreiter sieht Schwarz-Grün wie Rot-Rot-Grün als gleichermaßen wünschenswerte Optionen — wie beim sagenhaften Wolpertinger lässt sich auch sein Wesen nicht genau definieren.

Bezeichnend vielleicht nicht nur für seine Gesinnung, sondern auch für das partielle Aufbrechen politischer Strukturen ist, dass er Ende Oktober 2016 in einem Interview gegenüber *RP-online* auf die Frage, welches denn das größte inhaltliche Hindernis für eine rot-rot-grüne Koalition im Bund wäre, zur Antwort gab: «Das ungeklärte Verhältnis der Linken zur Europäischen Union. Teile der Linkspartei wollen zurück zum Nationalstaat, das ist mit uns nicht zu machen.» Bei jemandem, der darauf verweist, während seines Studiums in den südamerikanischen Tropen erlebt zu haben, was Armut heißt —

vielleicht, weil er sich in den sozialen Brennpunkten der Heimat nicht umsah –, aber heute über Armutsberichte in Deutschland zu debattieren beansprucht, braucht man sich über ein gestörtes Verhältnis zur Nation womöglich nicht allzu sehr zu wundern.

Die sogenannte «offene Gesellschaft» ist Hofreiters Herzensanliegen, weshalb er auch Merkels Aufnahme von Flüchtlingen für richtig befand – Grüne wie er mutierten zu Erfüllungsgehilfen der Regierung. Die Oppositionsrolle entdeckten sie erst wieder, als das Innenministerium bei den ersten Syrern den Familiennachzug aussetzte... Wer sich anderslautend äußert, läuft Gefahr, von ihm zu den «Hassbürger*innen» gerechnet zu werden, die – so Hofreiter – «unser friedliches Zusammenleben in Gefahr bringen». Hier endet dann die demokratische Toleranz...

Ball Paradox

Diplom-Biologe Hofreiter spricht sich für die Bewahrung der Artenvielfalt in der Natur aus - aber bringt es nicht fertig, die vielfältigen Biotope der menschlichen Gemeinschaften zu respektieren. Er thematisiert Probleme mit Neophyten - sprich Pflanzen, die sich in Gebieten ansiedeln, in denen sie zuvor nicht heimisch waren -, aber ignoriert unkontrollierte Siedlungsbewegungen bei der menschlichen Spezies - dies ist für ihn nicht Zerstörung, sondern Bereicherung. Vermutlich ist der Mann in anderen Milieus als beispielsweise in Duisburg-Marxloh zu Hause... Widersprüchlich mutet es an, wenn Hofreiter eine Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft oder die Forderung nach einem Burka-Verbot als integrationsfeindlich verunglimpft. Verstehen kann diese seltsame Argumentationslogik womög-

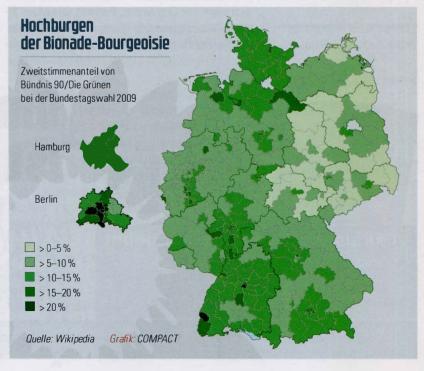


Verkehrspolitik heißt für die Grünen vor allem Zurückdrängung des Autoverkehrs. Foto: Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, CC BY 20, flickr.com

Hofreiter will Benzin- und Dieselautos ab 2030 verbieten.

Bild links: Ist das auch Bio-Bier? Foto: Metropolico.org, CC BY-SA 2.0, flickr.com





COMPACT Spezial [©]_ Rothfront marschiert

Pralinen-Toni

Im November 2014 war Anton Hofreiter bei Markus Lanz. Als der Moderator ihn nach Politiker-Kollegen fragte, zog der Grüne gegen den CSU-Chef Horst Seehofer vom Leder: «So geht's einfach gar nicht. So ein unsympathischer Großkotz!»

Zu seinem Äußeren bekannte er: «Meine Frisur hat sich total geändert. Ich bin total seriös geworden.» Früher sei seine Haarpracht sogar bis zur Brust gegangen.

Hofreiters süßes Hobby: «Ich mache Pralinen seit ich zehn bin, das macht ganz großen Spaß! (...) Es ist gar nicht so schwierig, und sie werden wirklich sehr sehr delikat » Atze Schröder verulkte ihn daraufhin als «Pralinen-Toni».



Hofreiters Pralinen sind dem Vernehmen nach deutlich hesser als seine Politik, Foto: Jiri Hera, Fotolia

Gerhard Keil ist Redakteur der Zeitschrift «Umwelt & Aktiv».



lich nur, wer von einer sukzessiven Integrationspflicht des autochthonen Volkes gegenüber den Zuwanderern ausgeht - und nicht umgekehrt.

Ein regionaler Heimatbegriff ist ihm trotzdem nicht gänzlich fremd - jedenfalls, wenn es der grünen Sache nützt. Auf die Frage, was wir von der Energiewende haben, antwortete er beispielsweise, dass dies gut für «unsere schöne bayerische Heimat» sei. Für die Menschen, die sie maßgeblich zu einer solchen machen, fehlt ihm dagegen jedes Gespür. Seine Mitgliedschaften im ökologischen Verkehrsclub VCD, in der Gewerkschaft Verdi, bei den Naturfreunden, beim BUND, im Landesbund für Vogelschutz und im Verein zum Schutz der Bergwelt

Allerdings: Der Mann isst gerne Fleisch und ließ sich sogar mit Currywurst, Pommes und Mayo filmen. «Verzicht ist seine Sache nicht», resümierte die Berliner Zeitung und verwies auch auf den statt-

dürften nur sehr bedingt einen Beitrag dazu leisten.

Für einen Fototermin verlassen Hofreiter und Roth notgedrungen auch mal ihr Fraktionsraumschiff. Foto: Grüne Bundestagsfraktion, CC BY 2.0, flickr.com

lichen Leibesumfang des 46-Jährigen. Darf man bei diesem Grünen auf den Realitätsgehalt von Bertolt Brechts Formel «Der Mensch ist, was er isst» hoffen? Darauf, dass er als Genussmensch auch dem Rest der Bevölkerung nichts vorschreiben würde?

Gegen diese Hoffnung spricht der Forderungskatalog des Verkehrspolitikers Hofreiter. Zu den Top-Forderungen des Niederbayern gehört das vollständige Verbot aller Verbrennungsmotoren ab dem Jahr 2030. Dass dabei Hunderttausende von Arbeitsplätzen in der deutschen Branche Nummer eins auf dem Spiel stehen, da bei Elektroautos viel weniger bewegliche Teile montiert werden müssen, ist dem guten Mann egal. «Ein Auto hat er nicht. Wenn er mal eines braucht, borgt er sich den Golf seines Vaters», erfuhr die Berliner Zeitung. Na dann...



Exklusives Kennenlernangebot

Umwelt & Aktiv Abo 2016 (4 Ausgaben) + U&A Bio-Baumwoll Tragetasche für 15,- € (Das Angebot gilt bis zum 31.12.2016)

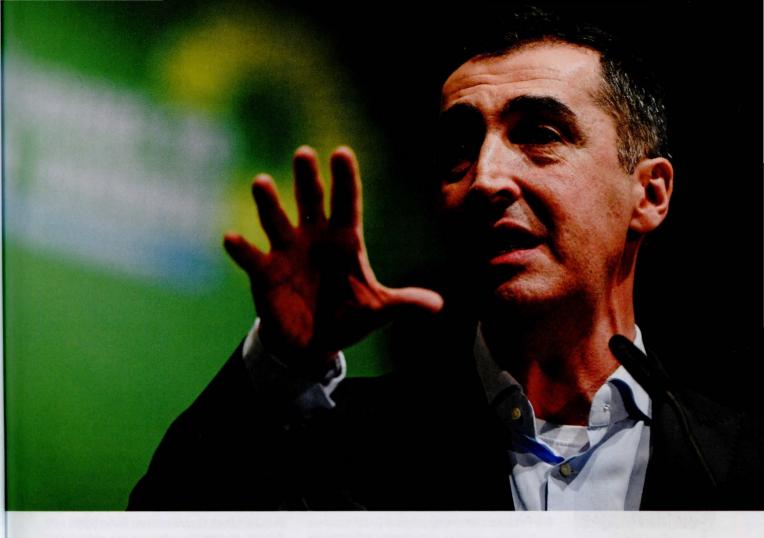
Umweltschutz ist nicht grün!

info@umweltundaktiv.de Fax 01805-006534-1011 83264 Traunstein

Postfach 14 32

Schreiben Sie uns oder scannen Sie den QR Code ein und bestellen Ihre kostenlosen Exemplare unter dem Stichwort "Compact Magazin"!

umweltundaktiv.de



Ein schwäbischer Anatolier

von Lion Edler

Cem Özdemir hat es bis an die Spitze der Grünen geschafft. Dabei jammert er die ganze Zeit über die angebliche völkische Ausgrenzung in Deutschland. Oder macht man genau damit Karriere?

Nicht allzu häufig bekommt der als Medienliebling geltende Grünen-Parteichef derartig kritische Fragen gestellt. Warum er denn Deutschland für ein «ungerechtes Land» für Migranten und Nicht-Akademiker halte, wollte der *UniSpiegel* von Cem Özdemir wissen. Schließlich sei er doch, wie das Magazin betonte, «in einer Arbeiterfamilie aufgewachsen» und habe es trotz türkischer Abstammung zu etwas gebracht: Abitur, abgeschlossenes Hochschulstudium, und dann auch noch der erste türkischstämmige Bundestagsabgeordnete Deutschlands.

Die Leiden des jungen Cem

«In Deutschland reproduziert sich der Status der Eltern», meinte daraufhin Özdemir. Die Selektion beginne «schon im Kreißsaal». Zum Beleg führt der 1965 im schwäbischen Urach geborene Politiker eine alte Geschichte an, die er schon öfters erzählt hat: Als er als Schüler in der vierten Klasse angegeben habe, dass er aufs Gymnasium wolle, da habe

«die ganze Klasse schallend gelacht, einschließlich des Lehrers». Diesen Moment, so Özdemir, «werde ich nie vergessen». Ein Fall von Türkenfeindlichkeit?

Allerdings hatte diese Szene eine kleine Vorgeschichte, die er in einem *Welt*-Interview erklärte: «In Deutsch hatte ich bis zur vierten Klasse immer eine Fünf. Die schlechtesten Diktate haben immer ich und José, der Portugiesenjunge, geschrieben.» Er habe bis zu diesem Zeitpunkt zu Hause kein Deutsch gesprochen, sagt Özdemir der *Welt*. José auch nicht. Im Interview mit dem *UniSpiegel* erfährt man von diesem Hintergrund leider nichts.

Viel von Kränkungen liest man auch in seiner Autobiographie *Ich bin Inländer – ein anatolischer Schwabe im Bundestag*, die Özdemir drei Jahre nach seinem Einzug in das Hohe Haus 1994 verfasste. Kindheit und Schulzeit scheinen für Özdemir der reine Horror gewesen zu sein, wenn man seinen Schilderungen Glauben schenkt. Schon die

«Beim Cem ist es ja eh egal, ob der sitzenbleibt oder nicht.» Lehrerin

Die Hand des grünen Grauens?
Cem Özdemir, hier 2016 auf dem
Landesparteitag Baden-Württemberg, ist seit 2008 Parteichef. In der
Geschichte der Grünen brachte es
bislang nur Claudia Roth auf mehr
Amts jahre an der Spitze.
Foto: picture alliance /Marijan

Murat/dpa

COMPACT Spezial — Rothfront marschiert



In diesem Video wird Özdemir zu seiner Vergangenheit bei Atlantik-Brücke und Bilderbergern befragt. Eine seine Antworten an den Reporter: «Was sagt denn Ihr Therapeut dazu?» Foto: Screenshot YouTube/ Buergerberg





Diese Windmühle wird wohl keine Anwohnerproteste auslösen. Foto: Metropolico.org, CC BY-SA 2.0, flickr.com

Immer in der ersten Reihe: Grünen-Chef Cem Özdemir beim Gebet auf der Straße vor der Mevlana-Moschee in Berlin-Kreuzberg. Foto: picture alliance / dpa

«Damals herrschte eine Stimmung der geistigen Brandstiftung in der deutschen Politik.»

Cem Özdemir

Nicht besser lief es in der Schule. Schon die erste Schulstunde musste Cem auf einem Bein stehend und mit dem Gesicht zur Ecke des Klassenraums verbringen. Warum, das hab er «verdrängt», meint Özdemir. Schon in der ersten Klasse blieb er sitzen. Die Lehrerin soll laut seinen Schilderungen zu seiner Mutter gesagt haben: «Beim Cem ist es ja eh egal, ob der sitzenbleibt oder nicht. Den werden sie ja wahrscheinlich eh in die Türkei zurückschicken.» Eindringlich schildert Özdemir die Erfah-

rungen mit einem Erdkundelehrer, der seine Schüler bei Bestrafungen fragte, ob sie lieber einen Schlag auf den Kopf oder einen Eintrag ins Klassenbuch wollten. Es sei «offenbar unmöglich» gewesen, so Özdemir, «einmal nicht auf mindestens einen Vertreter spätwilhelminischer Erziehungsmethoden zu treffen, der seinen Unterricht als eine Art Stahlgewitter inszenierte».

Krieg für die bosnischen Brüder

Mit der Politik kam Özdemir schon früh in Kontakt; bereits als 16-Jähriger tritt er den Grünen bei. «Die Faust in der Tasche» habe er gehabt, schreibt Özdemir, und gemeint, «alles müsste sich radikal ändern». Seine endgültige Entscheidung, eine politische Karriere anzustreben, war für Özdemir «mit den Namen der Städte Mölln, Solingen, Kemnat und Hoyerswerda verbunden», wo es Anfang der 1990er Jahre zu fremdenfeindlichen Übergriffen und Morden kam. «Damals herrschte eine Stimmung der geistigen Brandstiftung in der deutschen Politik», behauptet Özdemir. «Jeder durfte gegen Ausländer sagen, was er wollte.» Anstatt Maßnahmen zur Verhinderung rechter Gewalt zu beschließen, hätten Union, FDP und SPD 1994 das Grundrecht auf Asyl abgeschafft. In seinem Buch Currywurst und Döner (1999) wirft Özdemir der Kohl-Regierung immer wieder vor, sie halte an «völkischen» Einwanderungsgesetzen fest. Dass in jenen Jahren die Einwanderung real massiv zunahm, interessiert Özdemir nicht.

Neben der Integrationspolitik beschäftigte sich der Deutsch-Türke immer wieder mit außenpolitischen Fragen. Und mit Krieg. Seine Position bei seiner Kandidatur um einen Listenplatz für den Bundestag, dem Bürgerkrieg in Bosnien (1992 bis 1995)



COMPACTSpezial [©]_ Rothfront marschiert



Kleingärtner Cem? – Der Hanf scheint gut zu gedeihen. Foto: Screenshot YouTube

«auch mit militärischen Mitteln ein Ende zu bereiten», ging der Mehrheit der Grünen zu weit, erinnert sich Özdemir. Europa wirft er vor, dass dessen «jahrelanges Zögern», seine Glaubensbrüder in Bosnien zu schützen, zu «Verbitterung bei vielen Muslimen in Europa» geführt habe. Deswegen kritisierte er auch die linken Strömungen innerhalb der Grünen heftig. Diese hätten «die Gefangenenlager in Bosnien als Propagandalüge» dargestellt. Und: «Die Auschwitzlüge wird unter Umständen mit Gefängnis bestraft, aber als "Linker" durfte man so etwas zum Völkermord in Bosnien sagen und galt sogar noch als Tabubrecher im positiven Sinn.» Wieder dasselbe wie bei der Einwanderungsdebatte: Ideologiekritik statt Faktencheck. Die «Srebrenica-Leugner» werden den «Auschwitz-Leugnern» gleichgestellt, ohne zu untersuchen, ob die Gefangenenlager in Bosnien, die es zweifellos gab, mit KZs vergleichbar waren.

Schützenhilfe aus den USA

Neben dem Vorwurf des Verrats an pazifistischen Grundsätzen der Grünen wurde ihm, dem «türkischen» Bundestags-Kandidaten, Agententätigkeit für den türkischen Geheimdienst vorgeworfen. Ein kurdischer Verein verteilte Flugblätter, um die Grünen vor Özdemir zu warnen. Dieser weist die Vorwürfe vehement als absurd zurück. Schließlich gelingt ihm trotz vieler politischer Scharmützel ein erneuter Einzug in den Bundestag 1998 und damit sein weiterer politischer Aufstieg. Dann holt ihn seine Vergangenheit ein. 1997 hatte das Finanzamt auf einen Schlag 70.000 D-Mark Nachzahlung von dem Deutsch-Türken gefordert. «Ich hatte mei-

ne Finanzen nicht im Griff», sagte Özdemir im Rückblick. Der PR-Berater Moritz Hunzinger verschafft Özdemir daraufhin 1999 einen Kredit über 80.000 D-Mark. Die Sache flog im Jahre 2002 auf - und dann wurde ihm auch noch vorgeworfen, dienstlich erworbene Bonusmeilen für Flüge privat verflogen zu haben. Keine schweren Vorwürfe im Vergleich zu anderen Politiker-Affären, doch die Grünen wollten sich damals noch besonders moralisch geben. Özdemir legte daher sein Mandat und sein Amt als innenpolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion nieder, und 2003 verschwand er mit einem Stipendium nach Amerika. «Ich hätte mir auch vorstellen können, dort zu bleiben, ich war fertig mit der Politik», sagt Özdemir. Ohnehin sind die USA neben der Türkei ein Land, zu dem er besondere Beziehungen pflegt: Er durchlief das sogenannte «Young Leaders-Programm» der Atlantik-Brücke, welches Nachwuchskräfte in pro-amerikanische Netzwerke einbinden soll und auch Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) gefördert hat. Während seiner Zeit in Amerika hält Özdemir Reden an Elite-Universitäten wie Berkeley und knüpft Kontakte zum Project for the New American Century (PNAC), der bedeutendsten Denkfabrik der Neokonservativen um George W. Bush. Im Jahr 2004 gehört er zu den Unterzeichnern des PNAC-Aufrufes gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin.

In den USA knüpfte Özdemir Kontakte zu den Neokonservativen um George W. Bush.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland im selben Jahr zieht Özdemir ins Europaparlament ein und wird dort Mitglied im Außenpolitischen Ausschuss. Aufgrund dieser Vorgeschichte hat es für Kritiker einen faden Beigeschmack, dass nicht wenige seiner politischen Positionen mit den Interessen der US-Regierung deckungsgleich sind. So plädiert Özdemir immer wieder eindringlich für eine europäische Banken- und Schuldenunion, befürwortet den EU-Beitritt der Türkei und gehört dem European Council of Foreign Relations an, einem der wichtigen transatlantischen Thinktanks.

Umgekehrt trat er 2011 aus dem Verein Werkstatt Deutschland aus, aus Protest gegen dessen geplante Verleihung des Quadriga-Einheitspreises an Putin. Wo er gerne seinen Zweitwohnsitz hätte, wollte der *Focus* einmal in einem Fragebogen von Özdemir wissen. Antwort des Grünen-Parteichefs: «Gegenwärtig reicht mir mein Erstwohnsitz völlig aus. Später lässt sich vielleicht einmal über New York oder Istanbul nachdenken.»

Cem-Trails gegen Erdogan

Wer gegen Pegida ist, so lautet Cem Özdemirs jüngster Coup. der müsse auch «gegen Türgida» vorgehen - gegen die nationalistischen Einpeitscher, die in anatolischen Vereinen und in den Moscheen der türkischen Religionsbehörde DITIB aktiv sind. Auch ansonsten kehrt der anatolische Schwabe jetzt, da es auf die Bundestagswahl zugeht, seine deutsche Seite nach außen. Er kann sich zu Gute halten, dass er die Armenienresolution des Bundestages initiiert hat. Der Sultan vom Bosporus beschimpfte ihn daraufhin in einer international ausgestrahlten Hassrede als «angeblichen Türken», sein Blut sei verunreinigt. Auch mit der Forderung nach Bewaffnung der kurdischen Peschmerga - «Mit Yogamatten kann man den Islamischen Staat nicht bekämpfen» – zog er sich den Zorn Ankaras zu.

Mit dem Versuch einer doppelten Abgrenzung – einerseits zu Erdogans Regime, andererseits zu den sogenannten Rechtspopulisten in Deutschland – versucht Özdemir zu punkten. Immerhin unterscheidet er sich damit positiv von SPD und CDU, die dem türkischen Autokraten huldigen und einseitig nur auf AfD, Pegida und «das Pack» einprügeln.



Alles Rassististen außer Cem. Foto: gruene.de

_ Lion Edler ist freier Journalist und lebt in Berlin.



Claudia Roth: Aus dem Leben eines Taugenichts

_ von Jürgen Elsässer

Kurzbiographie einer gescheiterten Existenz: Wer in den achtziger Jahren keine Berufsaussichten hatte, ging in die Partei der Studienabbrecher. Mit Moralismus und politischer Korrektheit lässt sich nämlich eine Menge Geld verdienen – zur Not auch als Aufbauhelfer in den NATO-Kolonien.

Claudia Roth ist die dümmste Kartoffel auf dem grünen Acker. Unvergessen ihr Ausspruch in einer Talkshow 2004: «Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wiederaufgebaut.» oder ihr Evergreen «Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!» Zielsicher und oft tränenreich trifft sie mit solchen Kalauern immer wieder den Zeitgeist und rotiert mit Unterstützung von Prosecco-Autonomen und Bionade-Bourgeoisie seit 25 Jahren von einem gutdotierten Grünen-Posten zum nächsten.

Auf dem Foto sehen wir sie sozusagen bei der Geburtsstunde der antideutschen Bewegung am 12. Mai 1990 in Frankfurt am Main. Etwa 20.000 Menschen demonstrierten gegen die Wiedervereinigung unter dem heute allgegenwärtigen, damals aber noch recht ungewöhnlichen Slogan «Nie wieder Deutschland». Links und rechts von ihr zwei weitere

Gallionsfiguren des nationalen Masochismus: Jutta Ditfurth, gerade als Grünen-Vorsitzende wegen Finanzunregelmäßigkeiten abgewählt und die Bundestagsabgeordnete Angelika Beer.

Ton. Steine. Scherben

Ein Blick auf Frau Roths Vita macht klar, warum sie genau da ankommen musste. Zunächst verlief alles nach Plan: Anfang der siebziger Jahre absolvierte sie das Gymnasium im bayrischen Krumbach mit einem glänzenden Abitur und begann dann in München mit dem Studium der Theaterwissenschaften. Doch dann heuerte sie auf einem untergehenden Schiff an: Am Kinder- und Jugendtheater in Dortmund wurde sie Dramaturgin, angesichts der Finanzkrise der öffentlichen Hand im Zuge der Weltwirtschaftskrise nach dem Öl-Schock ein prekäres Unternehmen. Kein Wunder also, dass sie schon 1981 ihren Wunschberuf abschrieb und Managerin von Ton Steine Scherben wurde. Die Band hatte zwar ihre größten Hits schon in den siebziger Jahren gehabt, doch die neue Konjunktur der undogmatischen Szene mit den Hausbesetzungen schien ihr junge Kundschaft bringen zu können. Die Hoff-

«Claudia versorgte alle mit Liebe und schwäbischen Spätzle.»

Roth-Biographin

COMPACT Spezial [©]_ Rothfront marschiert



12. Mai 1990, Frankfurt/Main: Claudia Roth, Jutta Ditfurth und Angela Beer tragen das Leittransparent der Demonstration. Ihre Forderung entlehnten die Antideutschen einem Ausspruch Marlene Dietrichs: «Deutschland? Nie wieder!». Foto: «Nie wieder Deutschland» Nr. 1, Repro COMPACT

nung trog: Die Themen der achtziger Jahre, Frieden und Ökologie, gehörten nicht gerade zum Repertoire von Bandleader Rio Reiser. Roths Job als Managerin bestand nur in der Verwaltung der «spärlichen Einnahmen» der Musiker, schreibt ihre Biographin Ute Scheub. «Sie lebte und arbeitete im friesischen Fresenhagen, wo die Landkommune unter einem Reetdach wohnte. Claudia versorgte alle mit Liebe und schwäbischen Spätzle. "Schneewittchen" nannten sie die dankbaren Jungs.»

Bei so viel Tristesse war es kein Wunder, dass die Band Mitte der achtziger Jahre zerfiel. Roth stand vor dem Nichts – die Politik war ihr einziger Ausweg. 1986 wurde sie Pressesprecherin der Grünen, 1989 zog sie ins Europaparlament ein, in dem sie bis 1998 blieb. Was Christian Y. Schmidt über Joschka Fischer und seine Gang schrieb, trifft also auch auf sie zu: «Was die arbeitslose Kaste der Spontiberufspolitiker (...) den grünen Politamateuren voraushatte, war genau das, was zunächst wie ihr großes Manko aussah: ihr offensichtliches Versagen und die daraus resultierende Hoffnungslosigkeit. Gerade weil (...) sie sich und ihre Bewegung am Ende sahen, waren sie – mehr als die jeglichem

Machtstreben skeptisch gegenüberstehenden grünen Politiker – motiviert, in dieser neuen Partei ihre letzte Chance wahrzunehmen und ohne Rücksicht auf programmatische Verluste Karriere zu machen.»

Marx gegen die Murxisten

Roth und ihresgleichen sind Charaktermasken einer Gesellschaftskaste, die in Anlehnung an Karl Marx als Lumpen-Intelligenzija zu bezeichnen wäre der «Abhub der verkommensten Subjekte aller Klassen (...), absolut käuflich und absolut zudringlich». Allein in der Bundesrepublik dürften es einige hunderttausend Leute sein, die eine universitäre Bildung durchlaufen (wenn auch nicht immer abgeschlossen) haben, danach aber keine feste Beschäftigung fanden. Also haben sie sich ein Auskommen in den Ritzen des Sozialstaates und Kulturestablishments gesucht, vermarkten sich als Künstler, Journalisten. Werbeagenten und ähnliches. Diese scheinselbständigen Jobs jenseits der klassischen Lohnarbeit, ein Spezifikum der post-industriellen Produktionsweise, machen abhängig von den Auftraggebern. Jedes Jahr entscheidet die Stadtverwaltung weiter über die Förderung der Kleinkunstbühne, der Autokonzern über die Vergabe der Werbeetats - also heißt die Parole: Ja nicht negativ auffallen. Sowohl FDP als auch die Grünen sind Parteien des Mittelstandes. Doch während die FDP die Partei der Zahnärzte und Rechtsanwälte ist, also der erfolgreichen Studenten ohne Bummelsemester im AStA oder einer Frauengruppe, reüssierten bei den Grünen die akademischen Zuspätkommer. Und der opportunistische Nachwuchs ist auf demselben Weg: Wer heute Geisteswissenschaften studiert, kann angesichts des staatlichen Stellenstopps kaum noch auf einen Job hoffen. Es sei denn, er ist in einer Antifa-Gruppe - dann kann er mit Staatsknete rechnen, vielleicht sogar mit einer Stelle bei der Ausländerbeauftragten oder im Facebook-Zensurteam von Bundesjustizminister Heiko Maas.

Doch solange der Staat bei seinem Sparkurs bleibt, wird es im Inland nie genug Jobs für die ehemaligen Revoluzzer geben. Die Lumpen-Intelligenzija ist ein «Völkchen ohne Raum», und daher haben sie ein ganz eigenes Interesse an der Ausdehnung des Herrschaftsbereiches des liberalen Imperialismus.

Der Imperialismus der Überflüssigen

Müssen irgendwo auf der Welt Menschenrechte verteidigt werden, so sind die Achtundsechziger unersetzlich. In ihren wilden Jahren haben sie alles gelernt, was man für die Legitimierung des deutschen Eingreifens braucht: ein bisschen Antifaschismus, ein bisschen Dritte-Welt-Caritas, ein bisschen Antiamerikanismus, ein bisschen Totalitarismustheorie – und vor allem die Fähigkeit, feh-



Jeder Taugenichts, der zu Hause nichts geworden ist, kann in einem NATO-Protektorat auf Schatzsuche gehen.



«Das [sic!] unappetitliche, rechtsradikale Zeitschrift COMPACT liegt an jeder Supermarktkasse (...).» (Osteuropa-Sprecherin Marieluise Beck im Bundestag, Bündnis 90/Die Grünen, 13.11.2014) Foto: COMPACT

COMPACT Spezial [©]_ Rothfront marschiert

Claudia wird Fatima



«Türkei ist für mich zweite Heimat.» (Interview am 3. Februar 2007 auf *Spiegel-TV*)

«Die AfD hetzt auch gegen grüne Frauen. Ich brauche daher auch Ihre Unterstützung. Als Fatima bitte ich Sie darum.» (Bei einer Veranstaltung in der Dar-Assalam-Moschee in Berlin-Neukölln Ende Mai 2016)

Claudia Roth. Foto: Harald Krichel, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

Refugees sind ihr schon lange welcome: Roth im Jahre 2011 in Tunesien mit einer Gruppe sogenannter Flüchtlinge aus Westafrika. Foto: picture alliance / dpa lendes Fachwissen mit einem Übermaß an moralischer Betroffenheit wettzumachen. Die U-Boote der deutschen Außenpolitik, zumeist Gruppierungen mit dem Schwindeletikett Nicht-Regierungsorganisation (NGO), bieten mittlerweile eine Vielzahl von Einsatzmöglichkeiten auf der ganzen Welt.

Jeder Taugenichts und Bruchpilot, der im Mutterland nichts geworden ist, kann so in den neuen NATO-Protektoraten auf Schatzsuche gehen: Der SPD-Politiker Bodo Hombach, in Deutschland fast als illegaler Häuslebauer verurteilt, wurde nach dem Jugoslawienkrieg 1999 mit einem Jahressalär von 500.000 Mark Koordinator für den Balkan-Stabilitätspakt; Joschka Fischers Kumpel Tom Koenigs, der zu rot-grünen Zeiten Frankfurt kaputtgespart hat, bekam einen Job in der Leitung der UN-Mission im Kosovo, später in Afghanistan; der österreichische Sozialist Wolfgang Petritsch, als Polit-Leiche der Kreisky-Zeit ohne Karriereaussichten, durfte als «Hoher Repräsentant» von NATO-Gnaden Bosnien-Herzegowina regieren.

Dass es nicht nur um einzelne Figuren, sondern um ein regelrechtes ABM-Programm für Tausende geht, zeigt das Beispiel Bosnien-Herzegowina, das nach einem dreijährigen Bürgerkrieg schließlich 1995 eine Art EU-Protektorat wurde. «Nirgends sind die Folgen der internationalen Hilfe klarer als in Sarajevo, wo 15.000 ausländische Zivilisten unteraekommen sind. Sie sind bei Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), ausländischen Botschaften, internationalen Organisationen (UN, UNHCR, EU-Kommission, OSZE, Weltbank, IWF etc.), Minenräumdiensten, NATO-nahen Servicegesellschaften und westlichen Auftragsfirmen von internationalen Hilfsprojekten angestellt. (...) Nach konservativen Schätzungen gibt jeder dieser Ausländer im Monat 1.000 Mark für Miete, 1.000 für Lebenshaltungskosten, 1.000 Mark für die Beschäftigung eines bosnischen Arbeiters und 1.000 Mark für Büromiete und ähnliches aus.» (Bosnien-Report der International Crisis Group, einem NATO-nahen Think Tank) Dies summiert sich zu einer Ausgabe von 60 Millionen Mark im Monat oder 720 Millionen Mark im Jahr, in den vier Jahren nach 1995 also 2,9 Milliarden Mark. Mit anderen Worten: Ein Gutteil der internationalen Bosnien-Hilfe (von den vereinbarten fünf Milliarden Dollar sind bis Ende 1999 vier geflossen) landete in den Taschen dieser ominösen «ausländischen Zivilisten»...

Die geschichtliche Tragödie wiederholt sich als Farce.

Hannah Arendt führt in ihrer Totalitarismus-Analyse an, wie der Imperialismus im ausgehenden 19. Jahrhundert auch dadurch entstand, dass «die überflüssig gewordene Arbeitskraft» nach Betätigung und Abenteuern in fernen Ländern suchte. «Eine Politik der Expansion, der Export der staatlichen Machtmittel und das Annektieren von Territorien, in denen nationale Arbeitskraft und nationaler Reichtum investiert worden waren, schien das einzige Mittel geworden zu sein, (...) die Kräfte, welche innerhalb der Nation überflüssig geworden waren, der Nation dennoch zu erhalten.»

Die geschichtliche Tragödie wiederholt sich als Farce: Die Überflüssigen des 19. Jahrhunderts waren Abenteurer und Haudegen, verwegene Typen, die sich in den Gossen von Paris und London um Abfälle geprügelt hatten, Lumpenproletarier, die ihre im Struggle for Life erworbene Grausamkeit im finsteren Herzen Afrikas an den Eingeborenen auslebten. Die Überflüssigen des 20. und 21. Jahrhunderts dagegen sind Schöngeister, abgebrochene oder abgehalfterte Akademiker, die die Kolonisierten höchstens mit Political Correctness quälen. Das blutige Geschäft der Repression und des Raubes überlassen sie den eingeborenen Gangs, mit denen sie im Machterhalt symbiotisch verbunden sind: der albanischen UCK im Kosovo, den Warlords in Afghanistan, den Dschihadisten in Syrien.





Zweiter Frühling für Crystal Beck

von Friedrich Krahl

Trotz Pädophilie-Skandal und Drogenfund – dank der schützenden Hand seiner Partei und gewisser Lobbygruppen konnte Volker Beck die scharfe Kritik an seiner Person aussitzen und darf sich nun für Höheres vorbereiten.

Ob es sich nun um die Rückkehr zur Wehrpflicht, den Kampf gegen politisch korrekte Sprachvorgaben (Stichwort «gendern») oder die schnellere Ausweisung von kriminellen Ausländern handelt -Forderungen der AfD wird grundsätzlich das Attribut «populistisch» angeheftet. Dass selbst führende Medienschaffende inzwischen die Crux dahinter erkannthaben, beweist die Ankündigung der Tagesschau-Verantwortlichen, die Titulierung der Partei als «rechtspopulistisch» künftig weniger inflationär gebrauchen zu wollen. Es bleibt die Frage: Wenn es schon «populistisch» sein soll, sich an den Forderungen breiter Teile des Volkes zu orientieren, wo landet man dann, wenn man das unbedingt vermeiden will? Etwa bei den Vorstellungen der Eliten oder bestimmter Minderheiten?

Eine eindeutige Antwort darauf geben die regelmäßigen Einlassungen Volker Becks. Seit 22 Jahren sitzt der Grünen-Politiker inzwischen im Deutschen Bundestag und bekleidet aktuell das Amt des religions- und migrationspolitischen Sprechers seiner Partei. Im Oktober sorgte etwa ein Interview des 55-Jährigen mit dem Fernsehsender N-TV für einen

bundesweiten Aufschrei. Auf die Anmerkung des Moderators, dass in manchen Stadtteilen Deutschlands nicht mehr Deutsch gesprochen werde, verwies Beck auf andere Länder wie die Vereinigten Staaten, wo viel entspannter damit umgegangen werde, «dass in manchen Vierteln auch mal eine andere Sprache von einer Migrationscommunity gesprochen wird». Wem das nicht passe, solle eben die Sprache der Zuwanderer lernen. Der Münchner Merkur titelte daraufhin: «Idee von Grünen-Politiker: Deutsche sollen Arabisch lernen», während die Bild-Zeitung überspitzt fragte «Sollen wir jetzt alle Arabisch lernen, Herr Beck?»

Grünes Licht für Homo-Eltern

Anfang September 2016 veröffentlichte der Grünen-Politiker zusammen mit der Bundestagsabgeordneten Katja Dörner ein Papier mit dem Titel Wahlfreiheit und Gleichberechtigung – Für die Anerkennung und angemessenen Schutz der vielfältigen Formen des Zusammenlebens. Darin fordern die beiden Parlamentarier, «rechtliche Möglichkeiten für Mehreltern-Konstellationen» und

Im Plenum des Bundestages hat Volker Beck wohl noch nie eine Line gezogen. Foto: picture alliance / dpa



Naja, eigentlich wurde Methamphetamin erstmals 1893 in Japan synthetisiert, allerdings schon 1938 als Pervitin in Deutschland auf den Markt gebracht. Foto: Bild, Repro COMPACT

«Sollen wir jetzt alle Arabisch lernen, Herr Beck?» Bild

COMPACT Spezial [©]_ Rothfront marschiert

Ausflug nach Moskau



«Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Volker Beck ist am Samstag bei einer nicht genehmigten Demonstration von Homosexuellen in Moskau verletzt worden. «Erst wurde ich von einem Stein getroffen. Dann schlug mir ein junger Neonazi mit der Faust ins Gesicht», berichtete Beck. Ein Polizeisprecher teilte nach Angaben der Agentur Interfax mit, dass insgesamt 120 Menschen bei den Tumulten im Stadtzentrum festgenommen worden seien. In der russischen Politik wurde einhellig den Homosexuellen die Schuld an der Eskalation der Lage gegeben.»

Beck nach dem Angriff.
Foto: Screenshot YouTube

(stern.de, 27.5.2006)

somit «gleiche Bedingungen für alle Kinder» zu schaffen. Konkret heißt das, «dass neben den leiblichen Eltern maximal zwei weiteren Erwachsenen elterliche Mitverantwortung übertragen werden kann, also zum Beispiel den neuen Partner*innen der leiblichen Eltern». Diesen beiden «sozialen Elternteilen» entstünden damit einerseits Unterhaltspflichten, andererseits bekämen sie «elterliche Mitverantwortung» und Leistungen aus der Familienförderung (Kindergeld, Elterngeld, Kinderfreibeträge).

Elternschaft wird neu definiert, damit auch homosexuelle Paare Kinder haben können.

Wem aber käme eine solche Regelung zugute? Ob es sich nun um eheliche oder nichteheliche Lebensgemeinschaften handelt, in den meisten Fällen tragen die leiblichen Eltern das gemeinsame Sorgerecht – soziale und biologische Eltern sind also identisch. Doch selbst wenn das nicht mehr der Fall ist, darf man wohl Zweifel darüber anmelden, ob dem Kindeswohl mit einer Zersplitterung der elterlichen Rechte gedient ist. Dass Stabilitätsbrüche, vor allem in den ersten Lebensjahren, einen negativen Einfluss auf die Kindesentwicklung haben, ist durch Untersuchungen bei Scheidungskindern hinlänglich bewiesen worden. Profitieren vom Vorschlag Becks würden in erster Linie schwule und lesbische Paare, also eine Kernklientel der Grünen.

Wie nicht-populistisch, man könnte auch lebensfern sagen, ein solcher Vorschlag ist, verdeutlicht ein einfacher Blick auf die Zahlen. Homosexuelle Lebenspartnerschaften spielen eine marginale, beinahe schon vernachlässigbare Rolle, wenn es um die familienpolitische Realität hierzulande geht. Von den 2,9 Millionen nichtehelichen Lebensgemeinschaften, die im Jahr 2014 in Deutschland registriert wurden, sind gerade einmal 87.000 gleichgeschlechtlich. Zählt man die verheirateten Paare noch dazu, stellen Homosexuelle nicht einmal ein halbes Prozent aller Partnerschaften in der Bundesrepublik. Noch geringer ist ihr Einfluss auf die Kindeserziehung hierzulande: Im Jahr 2010 lebten rund 7.000 Minder jährige bei gleichgeschlechtlichen Neu-Eltern (mehrheitlich waren diese lesbisch), was einem Anteil von 0,05 Prozent entspricht.

Kein Herz für Kinder

Dass eine vernachlässigbare Minderheit das Leitbild der Familienpolitik in Deutschland bestimmen soll, gibt ernsthaft Anlass zur Sorge. Ein näherer Blick auf Becks Vita verdeutlicht jedoch, dass seine aktuellen Forderungen lediglich der Höhepunkt einer langen Reihe von eigenwilligen Stellungnahmen und Skandalen sind, die seinen Weg bis an die Spitze der bundesdeutschen LGBT-Bewegung (diese umfasst lesbische, schwule, bi- und transsexuelle Personen) sowie in die höchsten politischen Kreise pflasterten.

Erstaunlich für einen Mann, der bei der nächsten Regierungsbeteiligung der Grünen im Bund durchaus Chancen auf einen Ministerposten hat, ist die Tatsache, dass Beck im Grunde nie einen Beruf erlernt hat - bis auf den des Politikers. Nach seinem Abitur 1980 und dem anschließenden Zivildienst zog es ihn zum Studium der Kunstgeschichte, Geschichte und Germanistik nach Stuttgart. Allein ein Abschluss war ihm nie vergönnt. Stattdessen trat er 1985 den Grünen bei, zwei Jahre später ging es als Mitarbeiter der Bundestagsfraktion nach Bonn. Was in anderen Parteien oder auf dem freien Arbeitsmarkt als Makel angesehen wird, scheint bei den Grünen zum guten Ton zu gehören. Beck selbst verweist mit Blick auf die hohe Studienabbrecherquote in seiner Partei auf deren Gründungsmythen: «Man wollte die Republik verändern, Menschen vor der Abschiebung bewahren, die Natur retten. Das war wichtiger als die Jagd nach Scheinen oder ein Studienabschluss.»

In die Zeit seiner Arbeit als Schwulenreferent der Bundestagsfraktion fällt eines der umstrittensten Kapitel in Becks Vita. In dem von Joachim S. Hohmann herausgegebenen Sammelband *Der pä*-



Bei der Freiheit-statt-Angst-Demonstration 2010. Foto: jeanmartin, CC BY-SA 2.0, flickr.com

COMPACT Spezial [©]_ Rothfront marschiert

dosexuelle Komplex – Handbuch für Betroffene und ihre Gegner erschien 1988 ein Aufsatz des Politikers, in dem er sich unter anderem mit dem Paragrafen 176 StGB («Sexueller Missbrauch von Kindern») auseinandersetzte und eine «Entkriminalisierung der Pädosexualität» forderte. Gegen die über Jahre andauernde Kritik an diesem Beitrag verteidigte sich Beck mit dem Argument, dass sein Text vom Herausgeber verfälscht worden und der damalige Abdruck nicht autorisiert gewesen sei.

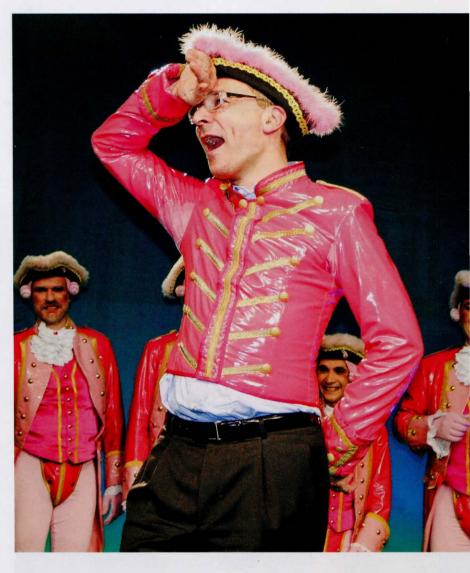
Im Zuge der Debatte des Jahres 2013, in der sich die Grünen mit dem Einfluss pädophiler Strömungen innerhalb der eigenen Partei vor allem in den 1980er Jahren auseinandersetzen mussten, tauchte jedoch das Originalmanuskript des verfänglichen Artikels auf, das nahezu identisch mit dem veröffentlichten Text war. Selbst das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* resümierte, dass «Volker Beck die Öffentlichkeit jahrelang hinters Licht geführt» habe.

«Entkriminalisierung der Pädosexualität (...) dringend erforderlich». Volker Beck

In diesem Originaltext schrieb Beck, dass eine «Entkriminalisierung der Pädosexualität (...) angesichts des jetzigen Zustands ihrer globalen Kriminalisierung dringend erforderlich» sei. Als langfristiges Ziel schwebte dem Parlamentarier etwa vor, «die "Schutz"-Altersgrenze zu überdenken». Zugleich ist der Text ein Anschauungsbeispiel dafür, wie eng Kindesmissbrauch und Schwulenbewegung miteinander verwoben waren. So mokiert sich Beck in seinem Artikel, dass sich die Grünen zwar «die Forderung nach Gleichberechtigung der Schwulen und Lesben auf breiter Ebene zu eigen gemacht» hätten, andererseits aber «keine Initiative im Bereich der Pädosexualität» zeigen würden. Dass der Politiker diese Affäre unbeschadet überstehen konnte, sagt weniger über ihn als über seine Partei aus.

Sucht und Karriere

Dasselbe Bild zeigte sich auch bei seinem Drogenskandal zu Beginn des Jahres 2016. Die Berliner Polizei hatte Beck mit 0,6 Gramm einer «betäubungsmittelverdächtigen Substanz» aufgegriffen — vermutlich handelte es sich dabei um die synthetische Droge Crystal Meth. Das Ermittlungsverfahren wurde Mitte April aufgrund «geringer Schuld» gegen die Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 7.000 Euro eingestellt. Breite Kritik löste nicht nur das Delikt selbst aus, sondern auch seine folgenden Äußerungen. Der



55-Jährige erklärte, schon immer ein Verfechter einer liberaleren Drogenpolitik gewesen zu sein... Später ergänzte er noch, dass er mit dieser Aussage den Konsum bestimmter Substanzen keineswegs verharmlosen, sondern lediglich zum Ausdruck bringen wollte, dass Menschen, die Drogen nehmen, nicht kriminalisiert werden sollten. Gleichzeitig berief sich der Politiker darauf, dass sein Umgang mit Drogen seine private Angelegenheit sei und er keine genaueren Angaben zu seinem Konsum machen wolle. Für den Skandal wurde Beck am Ende noch belohnt: Er behielt nicht nur sein Bundestagsmandat und seinen Posten als religionspolitischer Sprecher, sondern wurde wenig später sogar noch zum migrationspolitischen Sprecher der Grünen aufgewertet.

Dass ein derartiger Politkrimineller noch immer fest im Sattel sitzt, hat einen einfachen Grund: Die Partei braucht ihn. Beck ist Leitfigur für verschiedenste Minderheiten, insbesondere aber für die LGBT-Bewegung. Diese Klientel ist die wichtigste Stütze einer politischen Kraft, die die Mehrheit des Volkes, die «Normalos», nicht vertreten kann und nicht vertreten will. Der Anti-Populist Beck könnte also nirgendwo besser aufgehoben sein.

Volker Beck 2006 bei der Kölner Karnevalistenstruppe Rosa Funken. Foto: Eilmeldung, CC-BY-SA-3.0, Wikimedia Commons



«Mein Kampf ist ein ekelhaft antisemitisches Werk, das so schlecht geschrieben ist, dass es kaum jemand zu Ende lesen wird. Heutzutage halte ich die Publikationen von Elsässer, Pirinçci und Sarrazin für gefährlicher.» (Der Bundestagsabgeordnete Volker Beck, Bild, 3.12.2015) Foto: COMPACT

Legal, illegal, scheißegal

von Jürgen Elsässer

Der Verfassungsschutz behauptet, keine Erkenntnisse über Jürgen Trittin zu haben. Das ist schwer vorstellbar, wie ich aus eigener Erfahrung weiß: Seine Sturm-und-Drang-Jahre waren auch die meinen.



Jürgin Trittin kam über den Kommunistischen Bund und dessen Abspaltung Gruppe Z zu den Grünen. Foto: Harald Krichel, CC BY-SA 30, Wikimedia Commons Einen größeren Gefallen hätte ihm die *Bild*-Zeitung nicht tun können: «Was macht Minister Trittin auf dieser Gewalt-Demo?», lautete ihre Schlagzeile am 29. Januar 2001. Gezeigt wurde ein Foto aus dem Jahr 1994 in Göttingen, wo neben Trittin zwei Personen laufen, die – so die Beschriftung des Springer-Blattes – mit «Bolzenschneider» und mit «Schlagstock» ausgerüstet waren.

Kurz darauf musste die Zeitung kläglich zurückrudern: Ein größerer Bildausschnitt machte offenkundig, dass der vermeintliche Schlagstock ein Halteseil und der vermeintliche Bolzenschneider nur
Teil eines Dachgepäckträgers gewesen war. Damit
war der Versuch, den damaligen Umweltminister
wegen früherer Verwicklung in politische Gewaltkriminalität vorzuführen, bereits im Ansatz zusammengebrochen, als bösartige Kampagne entlarvt.

Im Unterschied zu Joschka Fischer, der immer wieder gegen die Schatten seiner militanten Vergangenheit kämpfen musste, war Trittin fein heraus. Und je mehr er sich in der Folge mit seinem Schnauzbart auch mancher verbalen Schnauzigkeit entledigte, je besser sein Styling und je gesetzter sein Auftreten wurden, desto besser eignete er sich als Aushängeschild für die neue Bürgerlichkeit der Grünen.

Trittin und die Autonomen

Hätte die *Bild*-Zeitung – um Trittin zu schaden oder um ihm zu nutzen? – damals nicht so dilettantisch überdreht, hätte das Foto sehr wohl eine Diskussion auslösen können. Denn keine Fälschung war, dass die Aufnahme den grünen Politiker umringt von Autonomen zeigt, die bis zu den Augenschlitzen schwarz verhüllt waren.

Im Unterschied zu Joschka Fischer stand Trittin nicht mehr im Schatten seiner Vergangenheit.

Was aber macht ein Landesminister – Trittin gehörte damals der rot-grünen Regierung in Niedersachsen an - inmitten von Leuten, die sich dem gesetzlichen Vermummungsverbot widersetzen? Ein Aktenvermerk des niedersächsischen Landeskriminalamtes von 1993 gibt Auskunft: Im Mai dieses Jahres hatte ein Observationsteam Trittin bei einem Treffen mit Aktivisten der linksradikalen Göttinger Hardcore-Truppe Antifa M fotografiert. «Die Top-Kader der linksradikalen Clique – 17 von ihnen wurden später wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt - saßen jeden Mittwoch in einem Büro der Grünen und heckten dort oft Randalestrategien aus», bekam der Focus später heraus. Demnach wollte die Generalstaatsanwaltschaft Celle damals sogar Ermittlungen gegen Trittin wegen «Unterstützung einer kriminellen Vereini-

COMPACT Spezial — Rothfront marschiert

gung» einleiten. «Die Landesregierung unter Ministerpräsident Gerhard Schröder blockte das geplante Verfahren indes rigoros ab — Trittin war zu der Zeit Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten», berichtete das Magazin weiter.

Die Achse Schröder-Trittin funktionierte auch in der Bundesregierung, als die Diskussion im Januar 2001 wieder losging. In einer Fragestunde des Bundestages sagte der zuständige Staatssekretär Fritz-Rudolf Körper (SPD), dem Verfassungsschutz lägen keine Erkenntnisse über Trittins politische Aktivitäten in den 1970er Jahren vor. Ein Staatsschützer amüsierte sich: «Da gibt's doch jede Menge.»

Diese Einschätzung kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Denn in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre gehörte ich, ebenso wie Trittin, dem Kommunistischen Bund (KB) an. Während ich aber bei der eher unbedeutenden Sympathisantenzelle in Freiburg im Breisgau herumwerkelte, lernte Trittin sein politisches Handwerkszeug bei einer der stärksten KB-Ortsgruppen in Göttingen.

Das Jahr 1977 stand für eine doppelte Entwicklung: Zum einen intensivierte die RAF ihre Terroranschläge, zum anderen gab es mit der entstehenden Anti-Atom-Bewegung ein Wiederaufleben linker Massenmilitanz. In beiden Punkten sollten der KB und insbesondere seine Göttinger Filiale eine besondere Rolle spielen.

Trittin und die RAF

Was das Verhältnis von Trittin zum Terror der RAF angeht, hat Michael Buback einigen Staub aufgewirbelt. Dessen Vater, der Generalbundesanwalt Siegfried Buback, war am Gründonnerstag 1977 samt seinen Begleitern von einem RAF-Kommando auf offener Straße in Karlsruhe erschossen worden. Kurz darauf veröffentlichte die Göttinger Studentenvertretung AStA in ihrer Zeitung den Nachruf eines anonymen Mescalero, der das Attentat zwar ablehnte, jedoch vor allem taktische Gründe dafür anführte und seine «klammheimliche Freude» über den Mord nicht verhehlen wollte. Der Göttinger AStA wurde damals von einer Spontiliste, aus deren Dunstreis der anonyme Autor kam, und von einem Bündnis unter Dominanz der KB-Hochschulgruppe gebildet.

Trittin gehörte zwar in diesem Jahr noch nicht der Studentenvertretung an, verteidigte aber als guter KB-Genosse die Veröffentlichung des Pamphlets. Als sich Michael Buback viele Jahre später um die Aufklärung des Mordes an seinem Vater bemühte, stieß er auf einen FAZ-Artikel, in dem Trittin noch als niedersächsischer Minister den Mescalero-Text als «radikal pazifistische Absage an den Terrorismus»

gelobt und die klammheimliche Freude des Autors als lediglich «sehr unstaatsmännische Einlassung» verharmlost hatte. Als Buback Ende Januar 2001 per Zufall Trittin im Zug traf, stellte er ihn zur Rede und fragte, ob er sich nicht endlich von dem Text distanzieren wolle. Daraufhin Trittin: «Warum sollte ich?» Und weiter: «Haben Sie ihn zu Ende gelesen?»

Göttinger Studenten äußerten «klammheimliche Freude» über das Buhark-Attentat.

Die Konversation schlug Wellen, weil Buback noch am selben Tag in der ARD-Talkshow von Sabine Christiansen davon berichtete. Erst dann schob Trittin eine Distanzierung vom Mescalero-Nachruf nach, nicht ohne Buback gleich darauf bei *Maischberger* zu bezichtigen, dieser habe die Zug-Konversation im Zusammenspiel mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* öffentlich gemacht. Als ihm Buback daraufhin einen enttäuschten Brief schrieb, zog er auch diese Behauptung zurück – allerdings nicht im Fernsehen, sondern als persönliches Fax.

Dieses geschickte Lavieren – zwei Schritte vor, einer zurück – ist typisch für Trittin. Buback brach daraufhin die Diskussion ab. «Zu enttäuscht war ich, und es war mir klargeworden, dass es ein lächerliches Unterfangen ist, wenn ein Normalbürger eine Auseinandersetzung mit einem im politischen Machtgefüge dringend benötigten Bundesminister hat.»



S o viel Stil wie das cineastische Vorbild hatte Trittin nie. Foto: COMPACT

Trittins Karriere führte ihn vom Schwarzen Block zum Lager der Atlantiker – ohne bleibende Schäden: Hier spricht er während der Münchner Sicherheitskonferenz 2015. Foto: MSC / Kleinschmidt



COMPACT Spezial [©]_Rothfront marschiert

Bei den Bilderbergern

Auch das globale Schattenkabinett der Macht ist auf Jürgen Trittin aufmerksam geworden. Bei der Bilderberg-Konferenz 2012 war er der einzige anwesende aktive deutsche Politiker. Am 31. Mai und 1. Juni saß er mit den Spitzen des angloamerikanischen Finanzkapitals hinter verschlossenen Türen in einem Luxushotel in Chantilly im US-Bundesstaat Virginia. Eigentlich herrscht bei den Bilderbergern strengste Schweigepflicht. Doch nachdem Demonstranten Trittin vor Ort fotografiert hatten und er sich in seiner eigenen Partei einiger Nachfragen erwehren musste, ging er in die Offensive und berichtete auf seiner Website über die Diskussionen auf der Tagung: «Viele Anwesende hielten das derzeitige europäische Krisenmanagement (...) für eine dramatische Unterschätzung der Krise und waren sich einig, dass eine Kurskorrektur dringend notwendig sei.» FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle höhnte kurz darauf im Bundestag: «Ihre neuen Freunde von der Hochfinanz haben mir etwas ins Ohr geflüstert: Herr Trittin fordert jetzt die Bankenunion für Europa. Die Einlagensicherung soll nach seinem Willen europäisiert werden. Herr Trittin will, dass die deutsche Oma mit ihrem Sparbuch für ausländische Investmentbanker haftet.»

Die zugedeckten Leichen von Siegfried Buback (hinten) und seinem Fahrer. Foto: picture-alliance / dpa

Trittin und die Anti-Atom-Gewalt

Einen guten Monat vor dem Mord an Buback fand ein anderes Ereignis statt, bei dem der Göttinger KB eine herausragende Rolle spielte, und das bisher in der Diskussion um Trittin seltsamerweise überhaupt keine Rolle spielte: die Großdemonstration am Gelände des Kernkraftwerkes Grohnde am 19. März 1977, laut *Spiegel* ein «böses Massaker».

Seit dem Vorjahr hatte sich die im südbadischen Wyhl zunächst friedlich gestartete Anti-Atom-Bewegung Zug um Zug radikalisiert. Ende Oktober 1976 war es zu einer ersten Schlacht mit der Polizei in Brokdorf an der Unterelbe gekommen. Im nahegelegenen Hamburg, der Hochburg des KB, nahm das Politbüro («Leitendes Gremium») einen jähen Linienwechsel vor: Aus einer Organisation, die zuvor vor allem Betriebsagitation gemacht hatte, wurde über Nacht eine ökokommunistische Kampftruppe. In allen Ortsgruppen zwischen Flensburg und Freiburg mussten wir Anti-Atom-Bürgerinitiativen infiltrieren oder selbst solche aufbauen.

Trittins K-Gruppe prügelte die Polizisten weg.

Schon bei der zweiten Brokdorf-Großdemonstration am 19. Februar 1977 zog der KB die Fäden. Vier Wochen später wurde in Grohnde der Übergang zur Offensive geprobt: Die 20.000 Atomkraftgegner, die sich auf dem Weg zum Bauplatz machten, wurden verstärkt von einigen sehr disziplinierten Hundertschaften des KB. Der *Spiegel* berichtet: «Uniformiert mit gelbem Ölzeug, das Kennzeichen ihrer Einheit auf dem Rücken ("Bi 5", "H 1"), Plas-

tik- oder Stahlhelm auf dem Kopf, Gasmaske, zumindest Taucher- oder Schwimmbrille vor dem Gesicht, Schutzschilde aus Holz, Plastik oder Mülltonnendeckel in der einen, Knüppel, Spitzhacken, Beutel mit Steinen oder nur ein Walkie-Talkie in der anderen Hand, rückten sie gegen das Objekt vor.»

Während die Autonomen sich ansonsten mit der Polizei individuelle Scharmützel geliefert hatten, ging der KB organisiert vor: Die Demonstration machte an der Polizeisperre diszipliniert halt und forderte dann - in Umkehrung der üblichen Prozedur die Beamten zur Räumung auf. Als diese der dritten Aufforderung nicht folgten, rückten die kampferprobtesten KB-Einheiten vor und knüppelten die Uniformträger in die Flucht, der Weg zum Baugelände war frei. Der damalige niedersächsische CDU-Innenminister Rötger Groß war geschockt: «Ein Ereignis von solcher Brutalität war in der Bundesrepublik bisher nicht bekannt.» Selbst in der linken Szene stieß die bürgerkriegsähnliche Militanz anschließend auf Kritik, von den Bürgerinitiativen ganz zu schweigen.

Im KB jedoch wurde die Aktion groß gefeiert — und es war allen klar, wem der Ruhm gebührte: der Göttinger Ortsgruppe. Von dort aus waren die Vorbereitungen im 90 Kilometer entfernten Grohnde koordiniert worden. Es ist schwer vorstellbar, dass Jürgen Trittin an diesem Krawall nicht beteiligt war. Der KB war zum damaligen Zeitpunkt eine straffe Kaderorganisation, und der 19. März 1977 war ein Mobilisierungsschwerpunkt, dem alles untergeordnet wurde.

Man könnte sagen, das sei Schnee von gestern. Schließlich war ich selbst auch an militanten Demonstrationen beteiligt (wenn auch nicht in Grohnde), und bin trotzdem später klüger geworden - warum also Trittin nicht ebenso. Aber im Unterschied zu den meisten Damaligen hat Trittin ganz offensichtlich sein Verhältnis zur Gewalt nicht geklärt sonst hätte er nicht 1994 mit dem Schwarzen Block demonstriert, sonst hätte er 2001 Michael Buback nicht so verstört. Und dass er als Mitglied der Schröder-Fischer-Regierung 1999 den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien unterstützte - obwohl er noch weniger als ein Jahr zuvor mit mir zusammen auf einer antimilitaristischen Kundgebung gesprochen hatte –, zeugt ebenso von einem rein taktischen Verhältnis zu Recht und Gesetz.

So wie die NATO 1999 das Gewaltmonopol der UNO missachtete und ohne einen Beschluss des Sicherheitsrates drauflosbombte, so ignorierten die Demonstranten in Grohnde und anderswo 1977 das Gewaltmonopol des Staates und prügelten die Polizei beiseite. In beiden Fällen galt die Parole «legal, illegal, scheißegal».



Abendland wird abgebrannt

Die Ideologie von Multikulti und Volkszerstörung





Die Deutschland-Hasser

von Martin Müller-Mertens

1990 lehnten die Grünen die Wiedervereinigung ab. Heute kultivieren sie einen pathologisch anmutenden Deutschenhass – Mordphantasien eingeschlossen.

Im Flüchtlingstaumel schreitet Claudia Roth gerne vorneweg. Hier auf einer Anti-AfD-Demonstration 2015 in Hannover. Foto: picture alliance / dpa

«Für einen Gutteil der Westlinken war die deutsche Teilung die gerechte Strafe für Nationalsozialismus und Krieg.» Ralf Fücks 2. Dezember 1990: Der Schrecken stand den Grünen ins Gesicht geschrieben. In den harten Wochen des Wahlkampfes hatten sie mit dezidiert antideutschen Kampfrufen um Stimmen gefochten. Doch nun zeigten die Hochrechnungen, wie sehr die einstige Protestpartei zur ideologischen Sekte mutiert war. Mit 4,8 Prozent verpassten die Grünen den Einzug in den Bundestag. Selbst das endgültige Aus der Partei schien in dieser Situation nicht ausgeschlossen.

Parlamentarisches Aus für die Grünen? 2017 kaum denkbar, doch vor 26 Jahren war es — wenn auch lediglich für vier Jahre — Realität. Mit «Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter» waren die Grünen im Herbst 1990 in den Wahlkampf für den ersten gesamtdeutschen Bundestag gezogen. Ihr Anliegen: Statt über die ungeliebte Wiedervereinigung wollte die Partei über Umweltzerstörung und sauren Regen sprechen. Doch die demonstrativ zur Schau gestellte Gleichgültigkeit über das

Ende der Teilung verfehlte in Westdeutschland ihr Ziel. Dagegen konnte die ostdeutsche Partnerorganisation Bündnis 90 – die Deutschen votierten 1990 einmalig in zwei getrennten Wahlgebieten – von mageren 2,9 Prozent bei den Volkskammerwahlen im März auf 6,1 Prozent zulegen. Die erst drei Jahre später in den Grünen aufgegangene Bürgerbewegung hatte die Wetter-Parole nicht übernommen.

Angst der Toskana-Linken

Wohl kaum ein Thema löst bei den Grünen eine solche Mischung aus emotionalem Hass und pseudointellektueller Verachtung aus wie das eigene Land. Dabei markiert die Wiedervereinigung keineswegs den Beginn, sondern einen ersten Höhepunkt antideutscher Ausbrüche. «Für einen Gutteil der Westlinken war die deutsche Teilung die gerechte Strafe für Nationalsozialismus und Krieg und zugleich eine Vorkehrung gegen eine Wiederkehr der Gespenster der Vergangenheit», schrieb Ralf Fücks, 1989 bis 1990 einer von drei Grünen-Vorsitzenden und an der Vorbereitung des Wetter-Wahlkampfes unmittelbar beteiligt. Hinzu kamen äußerst eigennützige Überlegungen. «Die politische und kulturelle Dominanz der Toskana-Linken war in Gefahr.»

COMPACT Spezial [©]_ Abendland wird abgebrannt

Die Furcht vor einem erwachenden deutschen Nationalismus mochte 1990 einer zumindest subjektiv empfundenen Rationalität entsprechen. Tatsächlich erwies sich weder die vergrößerte Bonner, noch die spätere Berliner Republik als das herbeihalluzinierte Vierte Reich. Statt den eigenen Irrweg zu korrigieren, steigerten die Grünen – wie praktisch die gesamte politische Linke – ihr Antideutschtum jedoch zu einem pathologischen Hass. Attackiert wird allerdings nicht die tatsächliche imperiale Politik Berlins als Teil des US-geführten Imperiums – denn dessen Kriege tragen die Grünen mit. Vielmehr saust der antinationale Knüppel konsequent gegen jedes noch so harmlose Symbol deutscher Nationalstaatlichkeit nieder.

«Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!» Cem Özdemir

«Fußballfans, Fahnen runter!», stieß sich die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz während der Europameisterschaft 2016 an der guten Laune der Schlachtenbummler. Dabei schminkte der Nachwuchs seinen Ekel vor den deutschen Farben mit Warnungen vor einer angeblichen rechtsradikalen Gewaltwelle. «Es kann kein Sommermärchen geben, wenn brennende Geflüchtetenunterkünfte die abscheuliche deutsche Realität darstellen», dozierte die Berliner Parteijugend. Das Aus für Schwarz-Rot-Gold ging der Hamburger Grünen Jugend nicht weit genug - sämtliche Teilnehmervölker des Wettkampfes sollten am Wesen der Moralapostel genesen: «Denn wann immer Sportereignisse als Wettbewerb unter Nationen inszeniert werden, läuft es letztendlich doch immer darauf hinaus, die Überlegenheit der eigenen Nation gegenüber einer anderen zu demonstrieren.»

Deutsche ausbomben

Die Grüne Jugend mag ihre Antipathie gegen das eigene Volk besonders aufdringlich ausbreiten – doch in der Substanz unterscheidet diese sich kaum von den Ausfällen der Parteiprominenz. Insbesondere der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir – im Falle einer Regierungsbeteiligung vermutlich Vizekanzler – tat sich wiederholt mit rüden Ausbrüchen hervor. Seinen 2009 im Berliner *Tagesspiegel* wiedergegebenen Satz «In zwanzig Jahren haben wir eine grüne Bundeskanzlerin, und ich berate die türkische Regierung bei der Frage, wie sie ihre Probleme mit der deutschen Minderheit an der Mittelmeerküste in den Griff bekommt», bestätigte der heute 51-Jährige mittlerweile, will ihn jedoch ironisch gemeint haben Die Worte «Der deutsche Nachwuchs heißt

jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!» verharmlost Özdemir auch im Rückblick als unspektakulär. Während der Politprofi an der Parteispitze jedoch die Grenzen des politisch Sagbaren kennen dürfte, schwelgen untere Chargen schon mal in eliminatorischen Gewaltphantasien. Nach dem Fund einer Fliegerbombe in Dresden twitterte etwa der Berliner Grünenpolitiker Matthias Oomen: «In #Dresden ist #FliegerbombeDD in den Trends? Das lässt ja hoffen. Do! It! Again!» Die den Grünen nahestehende *Tageszeitung* ließ den Krawallkommentator Deniz Yücel 2011 von einem «Abgang der Deutschen als Völkersterben von seiner schönsten Seite» schwärmen. Yücel steht mittlerweile beim Axel-Springer-Verlag unter Vertrag.

Es bleibt jedoch nicht bei verbalen Entgleisungen. Immer wieder werkeln die Grünen daran, Deutschland und die Deutschen als Bezugsrahmen der Gesellschaft ganz real zu tilgen. Bereits im Jahre 2000 hatte die rot-grüne Koalition im Bund mit der Abschaffung des Volkes als jedenfalls postuliertem Souverän der Politik begonnen. Ein Dorn im Auge ist ihnen etwa der am Westportal des Reichstagsgebäudes angebrachte Satz «Dem deutschen Volke». Die historischen Lettern einfach abzuschlagen, wagten die Grünen nicht. Jedoch wurde der



Inschrift am Reichstagsgebäude: Kaiser Wilhelm II. mochte sie nicht, die Grünen offenbar auch nicht. Foto: Lighttracer, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

Vielfalt-Fußtruppen in Aktion. Die Grünen haben mit solchen Sprüchen kein Problem. Foto: picture alliance / dpa



COMPACT Spezial [©]_Abendland wird abgebrannt

Dutschke und die Nation



Zu den gewählten Delegierten des Grünen-Gründungsparteitages 1980 gehörte der Studentenführer Rudi Dutschke. Der aus Brandenburg stammende Sozialist verstand sich zeitlebens als Patrioten. So schrieb er im Jahre 1977: «Warum denken deutsche Linke nicht national? Die sozialistische Opposition in der DDR und in der Bundesrepublik müssen zusammenarbeiten. Die DDR ist zwar nicht das bessere Deutschland. Aber sie ist ein Teil Deutschlands. (...) Unter solchen Bedingungen fängt der linke Deutsche an, sich mit allem möglichen zu identifizieren aber einen Grundzug des kommunistischen Manifestes zu ignorieren: Der Klassenkamnf ist international, in seiner Form aber national.» Selbst Einfluss auf die Grünen nehmen konnte Dutschke nicht mehr. Er starb am 24. Dezember 1979.

Rudi Dutschke (1976). Foto: Hans Peters/Anefo, Nationaal Archief, CC BY 4.0 Spruch im Jahre 2000 von der rot-grünen Bundestagsmehrheit durch ein sogenanntes Konzeptkunstwerk symbolhaft ergänzt. In einem Lichthof steht seither ein Blumenkasten mit dem Satz «Der Bevölkerung». Das – immerhin für Besucher nicht sichtbare – Machwerk war jedoch nur der Auftakt.

Im Juni 2016 stimmten sämtliche Parteien im nordrhein-westfälischen Landtag einem erstmals 2010 vom Grünen-Abgeordneten Arif Ünal eingebrachten Vorschlag für eine neue Eidesformel zu. Statt auf das Wohl des deutschen Volkes sollen dessen Vertreter künftig lediglich auf das Wohl «des Landes Nordrhein-Westfalen» eingeschworen werden. 2012 hatte die damalige Landtagskandidatin Verena Schäffer diese Änderung mit der ungewollt vielsagenden Begründung gefordert, dass die «Verpflichtungserklärung für die Abgeordneten, sich dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, nicht mehr der Lebensrealität in NRW entspricht».

Von Gruhl zu Ditfurth

War die Entwicklung der Grünen zum parlamentarischen Arm der Deutschlandhasser von Beginn an vorgezeichnet? Tatsächlich bestand die Basis der frühen Protestpartei nicht ausschließlich aus Vertretern des postnationalen Milieus. Auch Nationalneutralisten wie August Haußleiter, CDU-Abweichler wie der Ex-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl, nationale Ökologen wie Baldur Springmann oder Linksnationale aus den K-Gruppen gehörten zur ersten Generation. Durchsetzen konnten sie sich jedoch zu keinem Zeitpunkt. Springmann verließ die Grünen bereits wenige Monate nach deren Gründung. Gruhl – dessen 1975 veröffentlichtes Buch Ein Planet wird geplündert quasi zu den zentralen Doku-

menten der deutschen Umweltbewegung gehörte – folgte Anfang 1981. Der erste Parteichef Haußleiter verlor jeglichen Einfluss, wurde jedoch geduldet.

Wirklich virulent wurde die nationale Frage für die Grünen erst mit dem sich abzeichnenden Zusammenbruch des sowjetischen Blocks. «Das Beste wäre für Europa, wenn Frankreich bis an die Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt», pöbelte die West-Berliner Bundestagsabgeordnete Sieglinde Frieß im September 1989. Als im folgenden Frühjahr das linksradikale Bündnis Nie wieder Deutschland gegen die Vereinigung mobilisierte, waren die Grünen als Partei nicht mit von der Partie. Führende Mitglieder – etwa die früheren Vorsitzenden Jutta Ditfurth und Rainer Trampert, der vormalige Fraktionschef Thomas Ebermann sowie die Bundestagsabgeordnete und spätere Befürworterin des Kosovokrieges Angelika Beer – beteiligten sich jedoch.

«In #Dresden ist #FliegerbombeDD in den Trends? Das lässt ja hoffen.» Matthias Oomen

Zwar wurde der sogenannte Fundi-Flügel aus der Partei gedrängt – Ditfurth gründete die Kleinpartei Ökolinx, andere wechselten zur PDS-, doch dessen antideutsches Erbe übernahmen die Grünen. So beteiligte sich die Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth noch im November 2015 an einer Anti-AfD-Demonstration in Hannover. Aus dem rund 1.000 Teilnehmer zählenden Aufmarsch - nach Angaben der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung «bevorzugt schwarz gekleidete Linksautonome» – erklangen unter anderem die Hetzpöbeleien «Deutschland verrecke» und «Deutschland, du mieses Stück Scheiße». Auch Vertreter von SPD und FDP hatten an dem Umzug teilgenommen – distanzierten sich jedoch später vom Hassgebrüll der Antifa. Claudia Roth schwieg hingegen. Stattdessen wurde ihre Partei aktiv. Die Grünen erstatteten Strafanzeige, jedoch gegen die CSU-Fraktion im bayrischen Landtag. Auf deren Facebookseite waren kritische Kommentare über das Techtelmechtel Roths mit den militanten Deutschlandhassern nicht gelöscht worden. Auch zum Jahrestag der Wiedervereinigung 2015 knüpfte die Partei - dieses Mal in Gestalt der Grünen Jugend - an ihre Rolle im Jahre 1990 an. «Am 3. Oktober wurde ein Land aufgelöst, und viele freuen sich 25 Jahre danach. Warum sollte das nicht noch einmal mit Deutschland gelingen?», so die Jung-Antideutschen per Twitter.

Ihren Pleitespruch von 1990 hatten sich die Grünen nicht einmal selbst ausgedacht. Foto: Bundesarchiv – Plak 006-025-013; Plak 005-051-100; Plak 104-PM0687-024, R. Herten





Der Multikulti-Albtraum

von Martin Müller-Mertens

Die Überfremdung Deutschlands gehört zur politischen DNA der Grünen. Ihre Ziele: Mehr Einwanderung, mehr Einbürgerungen und freie Bahn für Migrantengewalt.

Es waren Bilder wie aus einem Kriegsgebiet. In endlosen Marschkolonnen überquerten fremde Männer die deutschen Grenzen. Lawine um Lawine ergoss sich in Städte und Gemeinden. Aus hunderttausenden Kehlen erklang das Wort «Asyl» wie ein Schlachtruf.

Zumindest den Grünen muss 2015 als das Goldene Jahr erschienen sein. Spätestens nach Öffnung der Grenzen am 5. September durch Bundeskanzlerin Angela Merkel schien es, als würde die Umwandlung Deutschlands in eine multikulturelle Mischgesellschaft nun den ultimativen Schub erfahren. Mehr noch: Nach Jahren politisch-korrekter Indoktrination applaudierten Eingeborene den Einmarschierenden frenetisch an den Bahnhöfen – vielfach verstärkt durch den medialen Hype der Willkommenskultur: der «Refugee» als verheißener Erlöser von deutschen Zuständen.

Wer aus der Reihe tanzte, wurde mit Totschlagargumenten zur Räson gebracht. Als etwa Tübingens grüner Oberbürgermeister Boris Palmer Anfang 2016 Kontrollen an den EU-Außengrenzen forderte, kanzelte ihn seine Parteichefin Simone Peter brüsk ab: «Wer Zäune und Mauern zur Begrenzung der Einwanderung von Flüchtlingen fordert, spielt in erster Linie rechten Hetzern in die Hände.» Tatsächlich kann es

der einstigen Ökopartei nicht schnell genug gehen, die ethnisch-kulturelle Zusammensetzung Deutschlands bis zur Unkenntlichkeit zu verändern. Vielleicht schwant manch einem ihrer Einpeitscher, dass die Fakten geschaffen sein müssen, bevor das politische Pendel umschlägt. Vor allem jedoch wähnen sich die Achtundsechziger auf der Zielgeraden eines jahrzehntelangen Ringens für ihre bunte Republik. Multikulti – für die Partei der Roths, Trittins und Özdemirs ist es ein so tief verwurzelter Teil der eigenen DNA wie sonst nur Atomausstieg und Schwulenkult. «Wir setzen uns für ein neues Einwanderungsgesetz ein, das mehr Menschen die Möglichkeit gibt einzuwandern», heißt es unmissverständlich in der Selbstdarstellung auf der Partei-Homepage.

Köln? Nicht so schlimm

Das Bild des Ausländers als edlem Bereicherer darf dabei durch nichts gestört werden. So deuteten die Grünen die Belästigungsorgie durch Flüchtlinge und Migrantenbanden in der Kölner Silvesternacht routiniert zu einem Fall gewöhnlicher sexistischer Männergewalt um. «Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potenzieller Vergewaltiger», fabulierte der Hamburger Partei-Vize Michael Gwosdz auf Facebook. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth war ebenfalls umgehend zur Stelle, um das Wüten

«Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wiederaufgebaut,»

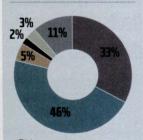
Claudia Roth

Wien am 5. September 2015, dem Tag der Merkelschen Grenzöffnung. Ein Asyl-Truppenverband wartet auf seine Verlegung nach Deutschland. Foto: Bwag, CC-BY-SA-4.0, Wikimedia



Ausruhen vom Teddybärenschmei-Ben: Zwei Bahnhofsklatscherinnen im Spätsommer 2015. Foto: Ravi Kotecha, CC BY-SA 2.0, flickr.com

Herkunft der Intensivtäter mit Migrationshintergrund



- Türken
- Araber
- Bosnier
- Kosovo-Albaner
- Sonst. Orientale
- Sonstige

Quelle: Roman Reusch, «Migration und Kriminalität. Rechtsstaatliche und kriminologische Aspekte und Lösungsansätze für eine erfolgreiche Integration»

Grafik: COMPACT

des Sexmobs zu relativieren. «Es gibt auch im Karneval oder auf dem Oktoberfest immer wieder sexualisierte Gewalt gegen Frauen», verkündete sie am 8. Januar 2016 in der *Welt*. Statt um die belästigten Frauen sorgten sich auch die Grünen in der Domstadt nun vor allem um den vermeintlich guten Ruf der an den Rhein geströmten Asylanten. «Es ist hingegen unerheblich, welche Herkunft die Täter haben. (...) Daher treten wir all denjenigen entgegen, die nun diese Übergriffe zur Hetze gegen hier lebende Flüchtlinge missbrauchen wollen», hieß es in einer Erklärung der Kölner Ratsfraktion vom 5. Januar 2016.

Selbst die – seit der Asyllawine vielfach bekannt gewordenen – Kinderehen möchten die Grünen nicht pauschal ablehnen. Zwar gab sich die Partei in der Debatte – womöglich aufgrund der eigenen Vergangenheit mit Pädophilen – vergleichsweise einsilbig. Eine Presseerklärung aus der Bundestagsfraktion im September 2016 machte jedoch deutlich: «Das Problem von Kinderehen lässt sich bei näherer Betrachtung kaum durch einen Federstrich des Gesetzgebers lösen. (...) Die Aufhebung einer Ehe auf Antrag eines Dritten oder des Jugendamtes gegen den tatsächlichen Willen der verheirateten Jugendlichen wäre allerdings ein schwerer Eingriff in deren Persönlichkeitsrechte.»

Kühns Visionen

Ursprünglich stammt die Idee, Deutschland in ein Einwanderungsland umzugestalten, von der SPD. 1979 legte der erste Ausländerbeauftragte der sozialliberalen Koalition, Heinz Kühn, ein nach ihm benanntes Memorandum vor. Auch wenn sich dessen Forderungen etwa nach Mehrsprachigkeit, «religiöser Unterweisung» und Staatsbürgerschaft für

Ausländerkinder formal zunächst auf Gastarbeiter bezog: Praktisch nahm Kühn den politisch gewollten Abschied von Deutschland als Land der Deutschen vorweg. Nur der Regierungswechsel in Bonn 1982 verhinderte die Umsetzung. Etwa Mitte der 1980er Jahren taucht Kühns Vision, nun als multikulturelle Gesellschaft bezeichnet, bei linken Gruppen und vor allem den Grünen wieder auf.

«Seit ihrer Gründung haben Die Grünen ihre Aufgaben darin gesehen, (...) Migration im Interesse aller Menschen in unserer Gesellschaft politisch zu akzeptieren und zu gestalten», heißt es rückblickend etwa in dem unter anderem von Renate Künast, Claudia Roth und Cem Özdemir im Jahre 2000 vorgelegten Positionspapier «Einwanderung gestalten – Asylrecht sichern – Integration fördern». Nur konsequent verlangt die Partei daher heute «höhere Schutzstandards bei der Asylprüfung», «leichteren Familiennachzug – ohne Sprachtests im Herkunftsland» und «mehr politische Teilhabemöglichkeiten, etwa über die Zulassung des Kommunalwahlrechts für Migrantlnnen».

Das Staatsbürgerschaftsmärchen

Die Strategie der Grünen hat sich dabei über die Jahrzehnte kaum verändert: Die eigenen Wünsche werden gebetsmühlenartig als Realitäten halluziniert, um anschließend die angeblich notwendigen Konsequenzen anzumahnen. «Wir haben eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, ob es einem gefällt oder nicht», behauptete Claudia Roth, damaß Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, im November 2004. Rund sechs Wochen vorher hatte sie mit der Erkenntnis brilliert: «Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wiederaufgebaut».

«Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potenzieller Vergewaltiger.» Michael Gwosdz

Im Zentrum der Multikulti-Forderungen stand dabei lange das Staatsangehörigkeitsrecht. Bis zum Jahr 2000 basierte es — mehrfach angepasst — auf dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 und sah die Abstammung als entscheidendes Kriterium vor. Im Gegensatz dazu forderten die Grünen nach ihrer Regierungsbeteiligung 1998 die automatische Einbürgerung von in Deutschland geborenen Ausländerkindern. «Wer hier geboren wurde, sollte Deutscher sein», fasste Jürgen Trittin, unter Rot-Grün Bundesumweltminister, noch 2016 in einem Gastbeitrag für den *Spiegel* zusammen und

COMPACT Spezial • Abendland wird abgebrannt

behauptete: «Deutschland schloss zu den europäischen Standards eines republikanischen Staatsbürgschaftsrechts auf.» Dabei müsste Trittin wissen, dass dieses zentrale Argument schlicht falsch ist. «Es gibt EU-weit keinen einzigen Fall, wo diese Bestimmung [das Geburtsprinzip] bedingungslos zur Geltung kommt», räumt selbst die migrationsfreundliche Medien-Servicestelle Neue Österreicher/innen ein. Mehr noch: «In neun Staaten (Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Schweden, der Slowakei und Zypern) wird das Territorialprinzip weder in allgemeiner Form noch als fördernder Faktor zum Staatsbürgerschaftserwerb herangezogen.»

Wir sind Migranten

Wiederholt drängte sich der Verdacht auf, dass sich zumindest Teile der Grünen in einer Art politischem Masochismus regelrecht mit Migranten identifizieren. Die damalige Fraktionschefin im Berliner Abgeordnetenhaus und bei Redaktionsschluss faktisch designierte Wirtschaftssenatorin Ramona Pop bezeichnete sich in einer Parlamentsrede zum islamischen Zuckerfest bereits selbst als Migrantin — die Familie gehört jedoch zu den Banater Schwaben, also der deutschen Minderheit in Rumänien.

Dieses Selbstverständnis zeigte sich auch bei Pops Amtskollegin im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt. «30 Prozent der Kinder und Jugendlichen heute haben bereits einen Migrationshintergrund – und dabei hab ich die Ossis jetzt noch nicht mitgerechnet», erklärte die Thüringerin im Oktober 2015 mit Blick auf den Asylzustrom. Nachdem die Gleichsetzung von Ostdeutschen mit den Invasoren im Internet einen Proteststurm auslöste, deutete ein Parteisprecher den Ausfall der Fraktionsvorsitzen-

den zu einem regelrechten Kompliment um. «Wer aus der Aussage von Frau Göring-Eckardt einen solchen absurden Vorwurf konstruiert, versteht "Migrant" wohl als Schimpfwort.»

Auch bei ihren Verbündeten sind die Grünen keineswegs wählerisch, wenn es um den Umbau Deutschlands zur Multikulti-Republik geht. So freute sich der Ortsverband Greven im September 2016 über einen «spannenden Vortrag zur Zukunft und Herausforderungen von Migration in Deutschland». Als Referent eingeladen war der Soziologe Aladin el-Mafaalani von der Ruhr-Universität Bochum. Der Inhalt seines Vortrags wurde nicht veröffentlicht. Nach Angaben des WDR faselte el-Mafaalani jedoch schon mal vom Salafismus als einer Jugendbewegung, die vergleichbar mit den Punks der 1970er Jahre sei. An anderer Stelle beschrieb er das Wirken von Aiman Mazvek, dem umstrittenen Vorsitzenden des Zentralrates der Muslime, als Ausdruck von «Integration».

«Wer hier geboren wurde, sollte Deutscher sein.» Jürgen Trittin

Roth hat mit dem radikalen Islam offenbar ebenfalls wenig Probleme. Erst im Mai 2016 trat sie in der Dar-Assalam-Moschee in Berlin-Neukölln auf. Dass zu den Gastpredigern der als Neuköllner Begegnungsstätte firmierenden Einrichtung immer wieder Islamisten und Salafisten gehören, schien die Bundestagsvizepräsidentin dabei nicht zu stören. Sie sei sehr gerne in das «Haus des Friedens» gekommen, «weil hier das multikulturelle Deutschland repräsentiert wird».

Ausländer rein



tionen erteilen die Grünen jeder Form von Zuwanderungskontrolle in der Asylkrise faktisch eine Absage: «Wir wehren uns gegen eine "Festung Europa". (...) Wir wollen nicht nur die sogenannte Residenzpflicht und die Abschiebungshaft abschaffen, sondern auch das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz. Wir setzen uns zudem für eine realitätstaugliche Bleiberechtsregelung und eine sichere Zukunftsperspektive für geduldete Menschen ein. Schließlich hat das Bundesverfassungsgericht 2012 klar und deutlich gesagt, dass die im Grundgesetz garantierte Menschenwürde - auch und gerade die von Flüchtlingen - "migrationspolitisch nicht relativiert" werden darf.» (gruene-bundestag de)

Grünes Flugblatt (Ausschnitt). Foto: gruene.de

Bild unten links: Kampfbetende Salafistinnen 2015 in Mönchengladbach. Foto: Metropolico.org, CC BY-SA 2D, flickr.com Bild unten rechts: Köln in der Silvesternacht 2015/16. Foto: WDR, Screenshot





Vater Staat gegen Mutter Natur

Interview mit Prof. Dr. Ulrich Kutschera

Die von den Grünen vorangetriebene Ideologie des Gender-Mainstreaming verweigert sich biologischen Tatsachen und will den Mensch zum geschlechtslosen Wesen umerziehen. Das Buch «Das Gender-Paradoxon» räumt mit den gröbsten Irrtümern auf.



Sex ist politisch: Mit provozierenden Paraden will die Gender- und Homolobby weltweit ihren Lebensstil als Norm durchsetzen. Hier auf dem Christopher-Street-Day 2016 in Berlin. Foto: picture alliance / dpa

«Da wird man an dunkle Zeiten der deutschen Vergangenheit erinnert.»

Herr Prof. Dr. Kutschera, bitte erklären Sie doch mal unseren Lesern: Was ist Gender-Mainstreaming eigentlich?

Gender-Mainstreaming (GM) ist ein Kunstwort, das man wie folgt übersetzen kann: Eine radikalfeministische Politik-Agenda, die eine «Frau-gleich-Mann»-Ideologie in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen versucht – also nichts anderes als eine neue deutsche Bio-Politik. Man hat wahrscheinlich vorsätzlich dieses unsinnige Doppelwort eingeführt, um zu verschleiern, was wirklich geplant ist. Wenn sie hart arbeitende Menschen danach fragen, dann hat von diesen kaum jemand davon gehört. Wenn man dann erklärt, dass die Bundesregierung hier letztendlich Mann und Frau abschaffen und einen «Unisex-Menschen» kreieren möchte, den man beliebig formen kann, da greift sich ein normal denkender Mensch an den Kopf und sagt sich - das kann doch wohl nicht wahr sein, und dafür zahle ich Steuern!

Wann hat diese Gender-Agenda erstmals Einzug in die Politik gehalten?

Im Jahr 1995 wurde auf der Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking ein feministisches Politikprogramm gegen massive Widerstände vernunftbegabter Frauen mit mafiösen Methoden durchgeboxt. In diesem Programm geht es im Grunde darum, Familien abzuschaffen, und das sage ich als jemand, der in keiner Weise konservativ ist. Als Evolutionsbiologe kann ich Ihnen hoch und heilig versichern, dass Menschen über Jahrtausende hinweg immer nur in Familienverbänden überlebt haben. Wenn man dieses evolutionäre Erbe jetzt mit irgendwelchen Parolen zerschlagen will, dann ist das nicht nur eine Attacke gegen all das, was die Biowissenschaften an soliden Erkenntnissen erarbeitet haben, sondern auch gesellschaftspolitisch verwerflich.

Die Konstrukt-Saga

Was sagen Sie zu der These der Gender-Forschung, dass das Geschlecht lediglich eine soziokulturelle Konstruktion sei?

Als evolutionärer Entwicklungsbiologe mit Fachpublikationen zu verschiedenen Organismengruppen kann ich Ihnen versichern, dass sich Tiere — wie auch Menschen, unabhängig von den gesellschaftlichen Zuständen — in 99 Prozent aller Fälle eindeutig in männliche beziehungsweise weibliche Richtung entwickeln. Das Geschlecht ist beim Menschen ab dem zweiten Schwangerschaftsmonat festgelegt, das heißt, die «Gender Identity» kann in der Regel nicht nachträglich verändert werden. Es gibt seltene Ausnahmen, die als Entwicklungsstörungen zu kennzeichnen sind.

German Gender

Haben Sie eine Erklärung dafür, dass der Gender-Wahn besonders in Europa, vor allem aber in Deutschland so stark um sich greift? Sie sprechen ja von einer «Scheinwissenschaft made in Germany».

Ja, die habe ich. Das kommt daher, dass es in Deutschland noch immer eine starke Staatshörigkeit gibt. Man passt sich einfach jedem noch so absurden Trend an, schwimmt mit dem Strom. Da wird man leider an dunkle Zeiten der deutschen Vergangenheit erinnert, als die manipulierten Massen einem Führer hinterhergelaufen sind. Gerade wieder aus Stanford/Kalifornien (USA) zurückgekehrt, kann ich Ihnen versichern, dass die GM-Ideologie, das heißt das Umsetzen einer wissenschaftlich wider-

legten «Frau-gleich-Mann»-Glaubenslehre, ihr Zentrum in Deutschland und Österreich hat. Wie ich in meinem Buch dargelegt habe, geht diese pseudowissenschaftliche Geschlechter-Ideologie auf die Irrlehren des pädophilen Kindesmisshandlers John Money zurück, der an der Johns Hopkins University [USA] geforscht und gelehrt hat. In Amerika ist der Moneyismus lange überwunden, in Deutschland lebt er als politisches Leitprinzip fort. (siehe Infobox)

«Kinder werden vorsätzlich biopolitisch manipuliert.»

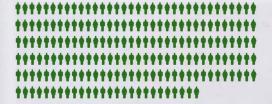
Was hat Sie eigentlich motiviert, ein Buch mit dem Titel «Das Gender-Paradoxon» zu veröffentlichen?

Nachdem ich 2015 in einigen Leitmedien – unter anderem rbb, Spiegel Online, Focus-zur Gender-Ideologie interviewt worden bin und diese Irrlehre als universitäre Scheinwissenschaft bezeichnet habe. war es notwendig geworden, meine Argumente, und zwar mit Quellenangaben, in Buchform zusammenzufassen. Man warf mir 2015 vor. ich würde «persönliche Ansichten» verbreiten, was jedoch nicht der Fall ist – alle meine Thesen werden durch solide Quellen, das heißt zitierte Fachbeiträge, belegt. Bei der Verbreitung der Gender-Lehre geht es darum, antiquierte Vorstellungen über Männer und Frauen in die Öffentlichkeit zu tragen, einschließlich der Bewerbung eines Homo-Lifestyles, wogegen ich mit biologischen Argumenten angehe das Thema Homosexualität bei Menschen und Tieren nimmt im Buch einen breiten Raum ein.

Förderung der Gender-Ideologie

Professuren in Deutschland im Vergleich (Stand 2015)

Genderprofessuren 196



Pharmazieprofessuren 191



Quelle: Berliner Datenbank Genderprofessuren

Grafik: COMPACT

Sie beklagen, dass die sogenannte Gender-Theorie heute auch schon in die Lehrpläne von Grund- und Hochschulen einfließt. Wie weit geht das?

In einigen aktuellen Schulbüchern wird gelehrt, Mädchen seien so aggressiv wie gleichaltrige Jungs und junge Männer hätten einen angeborenen Mutterinstinkt, so als wären sie Frauen. In meinem Buch habe ich dargelegt, dass diese Behauptungen falsch sind. Es ist verantwortungslos, im Schulunterricht Kindern beizubringen, dass bei typisch männlichen Verhaltensweisen, die im Wesentlichen testosterongesteuert sind, die Biologie überhaupt keine Rolle spielt. Hier werden Kinder vorsätzlich biopolitisch manipuliert. Man kann diese Propaganda im Grunde mit kreationistischer Indoktrination vergleichen - die ganze Gender-Agenda ist nichts weiter als eine säkulare Religion, pseudowissenschaftlicher Nonsens, der über politische Programme verbreitet wird und eigentlich nur destruktiv wirkt. Ich bin noch nicht darauf gekommen, was daran positiv sein soll, wenn man Männer verweiblicht und Frauen vermännlicht – das Fundament jeder Gesellschaft wird dadurch zerstört.

In der letzten Zeit sind in den Medien Fälle diskutiert worden, in denen Eltern – zumeist alleinerziehende Mütter – ihre Kinder geschlechtsneutral erziehen wollen, so wie es die Gender-Lehre predigt. Da werden Kindern Unisex-Namen gegeben, Jungen sollen mit Puppen spielen...

Evolutionsbiologen wissen, dass neugeborene Säuger-Babys zu 99 Prozent entweder männlich oder weiblich sind und sich dementsprechend männlich oder weiblich verhalten – diese Regel gilt

Moneys Menschenversuche

«John Money (1921-2006) war definitiv ein hochintelligenter Mann, keine Frage. Das Problem war: Er wollte, getrieben durch irgendwelche Minderwertigkeitskomplexe, unbedingt berühmt werden. 1955 hat er dann seine widersinnige Theorie formuliert, nach der Menschen als geschlechtsneutrale Unisex-Babys zur Welt kommen. Bis dahin blieb diese Meinung bloße Theorie, bald bekam er jedoch die Gelegenheit, seine Thesen experimentell zu überprüfen. Das Experiment mit den Zwillingsbrüdern Reimer ging furchtbar schief: Beide Brüder haben sich mit Mitte dreißig das Leben genommen. Der zum Mädchen umgebaute David Reimer beging 2004 mit 38 Jahren Selbstmord und sein Bruder schon zwei Jahre vorher, weil er das Leid des Bruders nicht ertragen konnte. Trotzdem wird dieser Fall bis heute als Beweis für die Unisex-Theorie des Menschen angesehen.» (Prof. Dr. Ulrich Kutschera)

Vater, Vater, Sohn. Oder ist es doch eine Tochter? Im Genderwahn ist alles möglich. Foto: Creatas/Thinkstock



COMPACT Spezial [©]_ Abendland wird abgebrannt



Da war COMPACT visionär. Foto: COMPACT 9/2011



Prof. Dr. Ulrich Kutschera. Foto: privat

Prof. Dr. Ulrich Kutschera ist Physiologe und Professor für Evolutionsbiologie an den Universitäten Kassel und Stanford. Kalifornien. Im Februar 2016 erschien sein Buch «Das Gender-Paradoxon - Mann und Frau als evolvierte Menschentvoen» in der Reihe Wissenschaft und Glaube im LIT Verlag (440 Seiten, 24.90 Euro, ISBN 978-3-643-13297-0). Das Gespräch führte COMPACT-Redakteur Marc Dassen. Aus redaktionellen Gründen wurde es gekürzt und behutsam stilistisch redigiert.

nicht nur für Affen, sondern ebenso für Menschen. Auch experimentell wurde bestätigt, dass Kleinkinder bereits in den ersten Monaten eindeutig geschlechtsspezifische Verhaltensweisen zeigen. Jungen greifen eher zu harten Spielzeugen – Autos zum Beispiel; Mädchen bevorzugen weiche Gegenstände – Puppen und dergleichen. Wenn man nun dieses evolutionäre Erbe abschneidet und sagt «Ihr seid alle Unisex-Wesen», dann ist das völlig inakzeptabel und müsste sofort per Gesetz unterbunden werden. Aber biowissenschaftlicher Sachverstand ist in der deutschen Politik leider kaum vorhanden.

Der flexible Einheitsmensch

Sie vergleichen Gender-Mainstreaming auch mit den Bestrebungen marxistisch-kommunistischer Menschenexperimente der Vergangenheit...

Weil diese Analogie auf der Hand liegt. Wie im Buch dargelegt, kann ich aus eigener Erfahrung sagen, dass die heutige «Frau-gleich-Mann»-Agenda von totalitären Staatssystemen der Vergangenheit und Gegenwart inspiriert ist. Hier richten sich pseudowissenschaftliche Ideologien gegen die evolvierte menschliche Natur. Das ist moralisch verwerflich und sollte rückgängig gemacht werden.

Sie gehen also davon aus, dass hier eine politische Agenda auf die Zerstörung der Vater-Mutter-Kind-Familie abzielt. Wo will die Politik mit uns hin?

Das ist eine sehr gute Frage. Meine Kernthese ist, dass hinter der Gender-Mainstreaming-Agenda eine Riege naturwissenschaftlich unterbelichteter Ideologen steht, die weder von Biologie noch Chemie irgendeine Ahnung haben. Die Agenda wurde von Personen erdacht, die dem logisch-naturwissenschaftlichen Denken fernstehen, und dann kommt eben so eine menschenverachtende, feministische Absurdität heraus. Die Behauptung,

man könne morgens als biologischer Mann aufstehen und sich danach dafür entscheiden, eine Frau zu sein – oder umgekehrt – ist absurd, ebenso wie der angeblich frei wählbare Homo-Lifestyle oder die Behauptung, es gäbe mehr als zwei Geschlechter. Diese Aussagen habe ich im Buch durch solide Fakten widerlegt.

Hinter Gender-Mainstreaming steht eine Riege naturwissenschaftlich unterbelichteter Ideologen.

Kann man nicht auch von bösem Willen sprechen, von einem bewussten Plan zur Transformation der Gesellschaft?

Wenn ich spekuliere, dann würde ich sagen ja, man kann hinter dem Ganzen einen Generalplan erkennen. Es kann schon sein, dass Deutschland beziehungsweise Mitteleuropa besser regierbar gemacht werden soll. Das könnte man sich vorstellen, und dass hinter dieser Politik-Agenda praktische Interessen stehen. Wenn man die Familien zerstört, die Kinder ganz früh in Verwahranstalten gibt, wie das zum Beispiel in der DDR üblich war, ihnen dann einredet, dass sie weder Junge noch Mädchen sind, dass sie keine angeborene Geschlechtsidentität haben, dann kann man sich psychische Krüppel heranziehen. Diese sind dann wiederum auf bestimmte radikal-feministische Weltanschauungen prägbar. Es drängt sich der Verdacht auf, dass diese Gender-Biopolitik zu einer leichteren Lenkbarkeit der betreffenden Menschen führen soll.

Herr Kutschera, haben Sie vielen Dank für dieses spannende Gespräch! ■



Der Trump-Schock

von Tino Perlick

Patriotismus, Grenzen, Mehrheitenpolitik: Der nächste US-Präsident verkörpert alles, was die Grünen heute bekämpfen. Ihre Reaktionen auf den Wahlausgang entlarven sie als Demokratiefeinde – und Einfaltspinsel.

Der gemeine Grüne hat zwei Kerneigenschaften. Keine Peinlichkeit ist ihm zu dumm und er kennt nur zwei Meinungen – die grüne und die falsche. Donald Trumps Wahlsieg machte das wieder überdeutlich. So appellierten die Windradfreunde am Tag der Abstimmung ungeniert via Soziale Medien an das Volk jenseits des großen Teichs: «Liebe Amerikaner, bitte geht wählen und wählt nicht Trump.»

Als der Republikaner den Sieg schließlich in der Tasche hatte, gab es an der Deutungshoheit keinen Zweifel: «(...) der Rechtspopulismus breitet sich aus wie ein Virus», twitterte Winfried Kretschmann. Renate Künast warnte, Trumps Sieg gebe «auch hier dem #Hass Auftrieb». Die Bundesvorsitzenden Simone Peters und Cem Özdemir leiteten. vom Wahlausgang die Formel «Rassismus, Frauenfeindlichkeit und Homophobie sind keine Lösung» ab und riefen wieder einmal zum Kampf «gegen Populismus, Ausgrenzung und Hass» auf. Die Grüne Jugend kläffte: «Hass und Hetze müssen wir in dieser politischen Zeit noch stärker entgegentreten. Wir sind antifaschistisch!» Etwas Gutes gab es aber doch: «Kleiner Trost nach #TrumpVictory», twitterte Özdemir zwei Tage nach der Wahl, «#Cannabis-Legalisierung kommt in #Kalifornien + 3 US-Bundesstaaten».

Graue Käfige statt Villa Kunterbunt

Für die Globalisten war Trumps Sieg bis zum Schluss undenkbar. Nur Jürgen Trittin hatte öffentlich angemerkt, dass der «Kandidat der "angry white men" [wütenden weißen Männer]» ernst zu nehmen sei: «Deutschland und Europa müssen sich mindestens auf einen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump einstellen», hatte es Trittin im März 2016 gedämmert. «Ein Kandidat oder gar ein Präsident Trump wäre ein schwerer Rückschlag für die transatlantischen Beziehungen», orakelte der Gast der Bilderberger-Konferenz 2012. «Das würde die gute internationale Kooperation in Frage stellen, die in den letzten acht Jahren aufgebaut worden ist. Schlimmer noch, Trump könnte dazu führen, dass man sich in Europa nach George W. Bush zurücksehnt.» Typisch grün: lieber einen amtlichen Mörder von Millionen als einen politisch unbefleckten Andersdenkenden unterstützen, wenn es der politischen Korrektheit nützt.



Gewohnt unversöhnlich gaben sich einen Tag nach Hillary Clintons Niederlage auch die Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter. In der Huffington Post jammerten sie: «[Trumps] Sympathien für Autokraten wie Wladimir Putin ist beängstigend. Zu hoffen bleibt, dass viele seiner Ankündigungen wahltaktisch motiviert waren.» Konstruktive Beziehungen mit Russland wären für grüne Transatlantiker eben ein Graus - zumindest, bis der Kreml der Wallstreet gehorcht und Christopher-Street-Day-Paraden den Roten Platz heimsuchen. Auch Marieluise Beck wäre Hillary «Killary» Clinton lieber gewesen. «Trump und Putin bedrohen die liberale Demokratie», erkannte die sogenannte Osteuropaexpertin im Februar 2016. Ausgerechnet die «Wehrhaftigkeit eines Willy Brandt» will die Kremlkritikerin daher wiederentdecken. «Sonst werden die Putins, Trumps, Erdogans, Orbans, Kaczynskis, Petrys, Farages, Le Pens und andere Gespenster unsere freiheitlichen, konfliktreichen, multikulturellen, schwierigen und anstrengenden Demokratien in graue Käfige verwandeln.»

Auch den Grünen fuhr der Trump-Sieg in die Glieder. Die Kandidatin der US-Grünen, Jill Stein, erhielt mit 1,3 Millionen Stimmen allerdings das zweitbeste Ergebnis der Parteigeschichte. Foto: Gage Skidmore, CC-BY-SA 2.0, flickr.com

«Trump könnte dazu führen, dass man sich nach George W. Bush zurücksehnt.» Trittin

COMPACT Spezial [©]_ Abendland wird abgebrannt

Roth gegen Trump



Totaler Realitätsverlust: Einen Monat vor der US-Wahl wetterte Claudia Roth über Donald Trump, Anlass war eine Tonaufnahme aus dem Jahr 2005, in der sich der Republikaner im Macho-Stil über Frauen unterhält. «Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth verlangte, Trump aus dem Rennen um die US-Präsidentschaft zu nehmen». schrieb Welt Online am 9. Oktober 2016. «Ein Mann, der es für eine starke Sache hält. Frauen anzufallen, der sollte heutzutage keinerlei öffentliche Bühne mehr bekommen», wird Roth zitiert. Wie sie Trumps Präsidentschaft genau verhindern wollte, blieb Roths Geheimnis.

Claudia Roth. Foto: Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen, CC-BY-SA 2.0, flickr.com

Rebecca Harms. Foto: Bündnis 90/ Die Grünen, CC-BY-SA 2.0, flickr. com

Anscheinend aus Furcht, selbst zum Gespenst erklärt zu werden, verweigerte EU-Politikerin Rebecca Harms sogar anzuerkennen, dass sie und The Donald die Ablehnung des sogenannten Freihandelsabkommens TTIP teilen. Schnittmengen mit einem angeblichen Rechtspopulisten? Für Grüne ein Sakrileg. Die «Gründe, die Grüne angeführt haben gegen das Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten, die Gründe sind nicht die Gründe, die Donald Trump da reiten», stotterte Harms im Gespräch mit dem Deutschlandfunk. «Ich kann das nicht als Einzelpunkt jetzt plötzlich positiv herausgreifen, weil. für mich ist das keine positive Perspektive, dass ein wahrscheinlich nationalistischer Präsident die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu anderen Teilen der Welt unter völlig neuen Gesichtspunkten bereit ist zu gestalten.»

Armleuchter und Horrorclowns

Zwei Tage nach dem Wahlschock riefen die grünen Männchen und Weibchen (und was es noch dazwischen gibt) auf ihrem Bundesparteitag in Münster eine liberale Gegenoffensive aus. «Wie beim Brexit», beschlich Özdemir das Gefühl, werde «das Undenkbare (...) leider immer denkbarer». Entschlossen erklärte der anatolische Schwabe: «Wir werden uns nicht in das Schneckenhaus zurückziehen, sondern wir werden weiterkämpfen für eine bessere Welt.» Auf ihre Art mit dem verhassten Populismus flirtend, eiferte Göring-Eckardt: «Die Stärke unseres freien Europas ist, dass wir uns gegenseitig akzeptieren. Toleranz ist auch Verpflichtung an uns selbst. Die Armleuchter gehören eben auch dazu.» Die 50-jährige Fraktionschefin will, dass ihre Partei «Hass mit Haltung» begegne. Aber: «Wenn jemand ein Rassist ist und wenn jemand Sexist ist, dann sagen wir das auch.»



Ironisch ist das nicht gemeint. Foto: gruene.de, CC-BY-3.0

Gesagt, getan, dachte sich wohl Bastian Hermisson. Leiter der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung in Washington. «Donald Trump, dieser autoritäre Sexist, dieser rassistische Demagoge, dieser unerträgliche Narzisst wird nun der mächtigste Mann der Welt», fasste Hermisson für die Zuspätkommer nochmal zusammen. Doch dann überraschte er mit einer Prise Selbstkritik. Das liberale US-Establishment habe das amerikanische Volk jahrelang arrogant bevormundet, so der ehemalige Berater Göring-Eckardts. «Aber, liebe Freundinnen und Freunde, gerade wir Grüne sollten uns da an die eigene Nase fassen.» Zu vereinzeltem Applaus fügte er hinzu: «Viele von uns gehören zu genau diesen Eliten.» Es gehe darum, «einen respektvollen und offenen Umgang mit allen anderen zu pflegen, die aus uns fremden Milieus kommen, ihnen zuzuhören, sie ernst zu nehmen». So etwas hört man von der Latte-Macchiato-Bourgeoisie selten. Der zweite Schritt zur selbsterklärten Rettung der Demokratie war wiederum charakteristisch grün: «Der dystopischen Erzählung der Rechten sollten wir eine utopische liberale Erzählung entgegensetzen», fabulierte der Angereiste, «unterlegt mit konkreten Projekten, die Orientierung vermitteln und Zuversicht.»

«Wenn jemand ein Rassist und Sexist ist, dann sagen wir das auch.» Göring-Eckardt

Daraufhin musste Claudia Roth wieder Stimmung in die Bude bringen. «Sie scheinen sich gerade wieder verabredet zu haben», legte sie aufgekratzt los, «die Breitbeinigen, die Flegelhaften, die Testosterongesteuerten (...). Diese Trumps, diese Erdogans, die Putins, diese Orbans, die Gaulands und diese ganzen AfD-Konsorten.» Mit der Begeisterungsfähigkeit eines Horrorclowns beorderte Roth erstmal demonstrativ die anwesenden Frauen auf die Bühne. Wo ist Donald Trump, wenn man ihn mal braucht? Über seine Vorwahlkampfkonkurrentin, Carly Fiorina, soll er einmal gesagt haben: «Seht Euch dieses Gesicht an. Wer würde so etwas wählen?» •





Oma Künast fährt im Kälberstall Motorrad

_ von Jürgen Elsässer

Das postfaktische Zeitalter begann schon vor 20 Jahren, und an seiner Wiege standen die Grünen und andere Achtundsechziger. Anstatt die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen, bemühte man Moral und Moralin als Totschläger im politischen Disput.

Wie Indifferenz und Beliebigkeit mit der Verachtung der Wahrheit und der Ablehnung von Fakten zusammenhängen, zeigt sich im Imperativ des achtundsechziger Vordenkers Michel Foucault: «Gebrauche das Denken nicht, um eine politische Praxis auf Wahrheit zu gründen.» Auch Richard Rorty, einem der wichtigsten Vertreter der angelsächsischen Positivisten, ist vor allem die Tradition verhasst, «welche den Begriff der Wahrheit in den Mittelpunkt stellt». Nach seiner Ansicht «ist "Wissen und Erkenntnis" – ebenso wie "Wahrheit" – schlicht ein Lob, das man der Überzeugung spendet, die man für derart gerechtfertigt erachtet, dass eine weitere Rechtfertigung zur Zeit nicht vonnöten sei». Um eine bestimmte Position zu vertreten, brauche man «keine erkenntnistheoretische oder metaphysische Basis, sondern nur eine ethische».

Die postmoderne Zerstörung des Wahrheitsbegriffs wurde etwa bei der Krise um den sogenannten Rinderwahnsinn (wissenschaftliche Abkürzung: BSE) zu Anfang des neuen Jahrtausends deutlich. Nachdem im November 2000 die erste deutsche BSE-Kuh aufgetaucht war, gab die grün-nahe *Tageszei*-

tung die Devise aus: «es geht jetzt nicht um die Versachlichung des Themas, wie immer wieder gefordert wird. Es geht um Emotion: Wut, Angst und grenzenloser Ekel sind die einzig adäquate Reaktion auf die Rinderseuche und ihr gewaltiges Bedrohungspotential.»

Der Absatz der Fleischbranche sackte um 30 bis 50 Prozent ab. Großküchen und Firmenkantinen strichen Rind und Kalb von den Speiseplänen. Kriegsberichterstatter rapportierten von der unsichtbaren Front, die quer durch Kühlschränke und über Esstische verlief. Die Taz half täglich mit BSE-freien Rezepten und warnte, dass «Braten, Kochen und Einfrieren» keinen Schutz bieten. Der Berliner Kurier hatte herausgefunden, dass BSE «auch in Gemüse» vorkommen könnte. Mit solchen und ähnlichen Äußerungen wurde eine Panik stimuliert, die den Rindfleischabsatz in Deutschland einbrechen ließ. Was Ergebnis grüner Regierungspropaganda war, wurde dann als Sachzwang verkauft: die Vernichtung unverkäuflicher Überproduktion. Am Ende ließ die grüne Landwirtschaftsministerin Renate Künast eine halbe Million Kühe als Sondermüll verbrennen – auf den bloßen Verdacht hin, sie seien infiziert.

Renate Künast ließ eine halbe Million Kühe als Sondermüll verbrennen.

Renate Künast war zwischen 2001 und 2005 Bundesministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Foto: Harald Krichel, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

COMPACT Spezial [©]_ Abendland wird abgebrannt



Mit 36.000 Fällen in Großbritannien hatte BSE 1992 seinen Höchststand. Foto: Pixabay, Public Domain

Gegen die Hysterie

Politiker aus CSU und PDS (Vorläufer der Linkspartei) wandten sich zur Jahrtausendwende gegen die von den Grünen angefachte BSE-Hysterie. So sprach sich der bayrische Verbraucherschutzminister Eberhard Sinner gegen die Massenvernichtung ganzer Tierherden aus. wenn in diesen Herden nur eines oder wenige Tiere BSE-positiv seien: stattdessen sollte Fleisch von Kühen, deren BSE-Test nach der Schlachtung negativ ausfalle, verbilligt in den Handel kommen. Bei einem Kilopreis von acht Mark, so berichtet Sinner von Metzgereien aus dem Land, kämen die Kunden zurück - vielleicht nicht die Besserverdienenden, wohl aber Sozialhilfeempfänger und Kinderreiche. Wolfgang Methling, PDS-Umweltminister in Mecklenburg-Vorpommern, pflichtete ihm indirekt bei: «Es gibt keinen vernünftigen Grund, Milch oder Fleisch von gesunden Tieren zu vernichten.» Und weiter: «Wenn man sich sachlich mit dem BSE-Problem beschäftigt, erkennt man, dass diese Rinderkrankheit in Deutschland vor allem eine mediale, weniger eine reale Bedeutung für die Gesundheit von Rindern und den Schutz des Verbrauchers besitzt »

Fakten und Fiktionen

BSE ist eine für Rinder verheerende Krankheit, die man 1986 zum ersten Mal in Großbritannien identifizierte. Ihre Ausbreitung konnte allerdings durch das Verbot der Tiermehlverfütterung stark eingedämmt werden: In England fielen BSE im Spitzenjahr 1992 insgesamt 36.000 Tiere zum Opfer, im Jahr 2000 waren es nur noch knapp 1.200. In anderen Ländern waren bis zu diesem Zeitpunkt nur vergleichsweise wenige Fälle aufgetreten, obwohl britisches Tiermehl in alle Welt exportiert wurde.

Die Hauptfrage ist jedoch, ob BSE auch auf den Menschen übertragen werden kann. Von Scrapie, einer ähnlichen Hirnkrankheit bei Schafen, blieben Menschen verschont, obwohl in den letzten 200 Jahren Scrapie-verseuchtes Lamm- und Hammelfleisch gegessen wurde. Bei BSE schrillten die Alarmglocken, als man im Jahre 1996 in England eine neue Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (CJK) entdeckte: In den Gehirnen der Verstorbenen stellte man schwammähnliche Ablagerungen wie bei BSE-Rindern fest.

Die These, dass BSE auf den Menschen übertragen werden kann, wurde nie bewiesen.

Doch die These, diese Opfer seien durch Rindfleisch infiziert worden, ist sehr fragwürdig. Zum einen waren auch Vegetarier unter den CJK-Toten, zum Zweiten starben im britischen Norden und auf dem Land prozentual mehr Menschen an CJK als im Süden Großbritanniens und in den städtischen Ballungsgebieten – «obwohl gerade dort die besonders

garstigen Hamburger verzehrt werden, in die das sogenannte mechanically recovered meat aus Innereien, Gehirnmasse und minderwertigen Fleischresten hineinwanderte, die allesamt als schwer kontaminiert gelten» (*Die Zeit* 49/2000). Die Experten des CJK-Forschungszentrums in Edinburgh gelangten im Herbst 2000 nach Untersuchung von 50 CJK-Todesfällen zu dem Schluss, es gebe «keinerlei Hinweise» darauf, dass der Verzehr von Rindfleisch, möglicherweise BSE-verseuchte Arzneimittel oder Blutkonserven für die Todesfälle verantwortlich seien.

In der Bundesrepublik wurde CJK bis dato nicht festgestellt, obwohl – so eine Informationsschrift der Grünen - von 1985 bis 1990 «rund 40.000 Tonnen britisches Rindfleisch direkt nach Deutschland exportiert» wurden. Das heißt: Zu einer Zeit, als in England die Fleischkontrollen gleich null waren, wanderten in Deutschland 40.000 Tonnen oder umgerechnet 200.000.000 Portionen (à 200 Gramm) potentiell verseuchtes british beef über die Ladentheken - und trotzdem gab es zehn Jahre später keinen einzigen Fall von CJK. Spricht das nicht für die These von Professor Otto Christian Straub, dem Präsidenten der baden-württembergischen Landestierärztekammer, das Risiko, sich durch den Genuss von Rindfleisch zu infizieren, sei etwa so groß wie die Gefahr, in der Innenstadt von Zürich von einem Krokodil gebissen zu werden?

Die Herrschaft der Quangos

Der britische Wissenschaftler Michael Fitzpatrick hat in der Zeitschrift Novo nachgezeichnet. wie in Großbritannien 1996/97 BSE-Hysterie und Demontage der Konservativen Hand in Hand gingen. «Die Krise begann in den Tagen des endgültigen Dahinsterbens der demoralisierten konservativen Regierung, die von Sex- und Korruptionsskandalen schon schwer erschüttert war. Die Solidarität in der alten Elite war so weit untergraben, dass die Medien immer mehr Material zugespielt bekamen, mit dem sie sich immer deutlicher gegen die Tories wandten. Die Minister wussten, dass, wenn sie die Seac-Erkenntnisse [SEAC = BSE-Untersuchungskommission] nicht publik machen würden, diese dennoch an die Öffentlichkeit gelangen und sie selbst als Vertuscher geoutet würden.» Fitzpatrick bezeichnet SEAC und ähnliche Gruppen als Quangos - quasi-NGOs, also eher quasi-Regierungsorganisationen, die mit dem NGO-Ticket Objektivität und Unparteilichkeit beanspruchen, dadurch ein Druckpotential gegenüber dem Staat aufbauen, dann von diesem mit Finanzspritzen teils eingekauft, teils gestärkt werden, und schließlich eine immer stärkere Position im Establishment aufbauen. Das verlagert «die Macht weg von gewählten Repräsentanten hin zu ernannten Quasi-Beamten und Experten».

Nie wieder Krieg ohne uns

Make Love and War – vom Kosovo bis Syrien





Hippies mit Joint und Kalaschnikow

von Jürgen Elsässer

Freiheit für alle: Wie Grüne und Achtundsechziger lernten, die Globalisierung und die Bombe zu lieben – und trotzdem viel Spaß zu haben. Ein kurzer Lehrgang über die Profiteure der Weltzerstörung.

Auf der Großdemonstration Aufstehen für den Frieden an der Bonner Rheinaue am 10. Juni 1982 waren die Grünen noch antimilitaristisch. Foto: picture alliance / Klaus Rose Fangen wir von vorne an: Was sind das eigentlich, die Achtundsechziger und ihre Partei, die Grünen? Rudi Dutschke, Joschka Fischer, Uschi Obermeier, Daniel Cohn-Bendit? Don't bogart the joint, my friend? Mit Müsli und Molli? Maoisten, Trotzkisten, Ökologisten, Hippies, Spontis, Feministinnen, Autonome, Antifa?

Die Diagnose fällt schwer, aber das liegt nicht an der Unfähigkeit des Psychiaters, sondern an der wabernden Identität des Patienten. «Alle zehn Jahre führen wir ein neues Wort ein, um zu betonen, wie total ausgeflippt die neueste revolutionäre Pose sei, wie wahnsinnig subversiv gegenüber dem Bestehenden», karikieren die kanadischen Soziologen Joseph Heath und Andrew Potter in ihrem ebenso vergnüglichen wie scharfsinnigen Buch Konsumrebellen den Kostümwechsel der Radikalinskis.

als subversiv galt, kann man heute in einem typischen Britney-Spears-Vi-

Alles, was früher

deo finden.

Punker, Piercings, Perversionen

In der Neuen Linken hat es schon manche verrückten Moden gegeben. In den siebziger Jahren wollten die Maoisten mit Franz-Josef Strauß die Sowjetunion und die Feministinnen mit Kastrations-

messern die Männer bekämpfen. In den achtziger Jahren machten Hausbesetzer, Indianerkommunen sowie die Punks samt ihrer Straßenköter mobil. In den neunziger Jahren gab's statt der Invasion von der Vega die Invasion der Veganer, aus irgendeinem Paralleluniversum flogen die Transsexuellen ein, die Poplinken legten mit abgedrehten Disko-Diskursen los. Die einen fragten «Wie oft hast du Gender pro Woche?», die anderen hielten Penetration für Vergewaltigung. Im linken Feuchtbiotop gediehen alle Perversionen

Trotz allem Drunter und Drüber kann man mit Heath und Potter wenigstens eine grobe Definition der Achtundsechziger vornehmen. Sie sehen den Unterschied zwischen sich und der alten Linken, also den knorrigen Sozialdemokraten und den granitenen Kommunisten, die es schon vor 1968 gab, in der Betonung der Freiheitsfrage einerseits, in der Eigentumsfrage andererseits. «Was Marx am Kapitalismus empörte, war einfach die Tatsache, dass diejenigen, die die ganze Arbeit taten, in verzweifelter Armut lebten, während die Reichen untätig herumsaßen. Es ging ihm, anders gesagt, um die Ausbeutung.»

Diese ökonomischen Fragen interessierten die Achtundsechziger kaum, es ging ihnen um Freiheit von Zwängen. Dieses Denken wurde millionenfach von den Beatles in ihrem Song Revolution verbreitet: Man solle weder die «constitution» noch irgendeine andere «institution» verändern, sondern: «free vour mind instead». Die Liste der Triumphe dieser Kulturrevolution ist endlos. «Hier eine Kurzübersicht von Dingen, die in den letzten fünfzig Jahren als subversiv galten: Rauchen, lange Haare bei Männern, kurze Haare bei Frauen, Bärte, Miniröcke, Bikinis, Heroin, Jazz, Rock, Punk, Reggae, Rap, Tätowierungen, Achselhaare, Graffiti, Surfen, Motorroller, Piercing, schmale Schlipse, keinen BH tragen, Homosexualität, Marihuana, zerrissene Klamotten, Haargel, Irokesenschnitt, Afrolook, Verhütungsmittel, Postmodernismus, karierte Hosen, Biogemüse, Schnürstiefel, gemischtrassiger Sex. Heute kann man das alles (vielleicht mit Ausnahme von Achselhaaren und Biogemüse) in einem typischen Britney-Spears-Video finden.»

Nicht vergessen sollte man außerdem den Siegeszug von Marihuana und LSD als den psychedelischen Katalysatoren der Befreiung. Süffisant kommentieren Heath und Potter: «Nur wer schon völlig zugedröhnt ist, kann ernsthaft der Meinung sein, Marihuana befreie das Bewusstsein. Sonst müsste er wissen, dass Kiffer die größten Langweiler sind.»

Der Hippie-Kapitalismus

Bis zu diesem Punkt der Argumentation mag es so scheinen, als gebe es zwischen alter Linker und Achtundsechzigern lediglich eine Art Familienstreit: die gereifte Elterngeneration gegen die ausgeflippten Jungen; die einen wollten totale Gleichheit, die anderen totale Freiheit. Heath und Potter verschärfen die Kritik jedoch und behaupten, die Achtundsechziger und ihre Epigonen seien keine — wie immer auch unzulänglichen — Kritiker oder Gegner des Kapitalismus, sondern seine aggressivsten Protago-

nisten. Ganz generell teile «die Hippie-Gegenkultur viele der individualistischen und libertären Ideen (...), die den Neoliberalismus und die Ideologie der Marktfreiheit auf dem rechten Flügel des politischen Spektrums in Amerika immer zu einer Macht gemacht haben.» Und weiter: «Das Wertesvstem der neuen Bohème - alles, was cool ist - ist das Herzblut des Kapitalismus. Coole Leute betrachten sich gern als subversiv, als Radikale, die sich nicht an hergebrachte Methoden halten. Genau das ist der Motor des Kapitalismus. Es ist richtig, dass wirkliche Kreativität absolut rebellisch und subversiv ist, indem sie alle bestehenden Denkmuster und Lebensformen sprengt. Sie sprengt alles, nur nicht den Kapitalismus selbst.» Kurz und bündia: «Hippie-Ideologie und Yuppie-Ideologie sind ein und dasselbe.»

Das Empire der Achtundsechziger

Wie weitgehend auch jene Teile der Linken, die ursprünglich die achtundsechziger Hippies kritisiert hatten, mittlerweile von diesen infiziert sind, zeigt das Beispiel von Toni Negri. Der heute über Siebzigjährige gehörte 1969 zu den Gründern von Potere Operaio (Arbeitermacht) und war einer der führenden Theoretiker des so genannten Operaismo, der eine Mobilisierung vor allem der Hilfsarbeiter in den großen Automobilfabriken versuchte. Heute ist er der Guru aller post-68er Schwurbelköpfe zwischen Sibirien und Sizilien, zwischen Claudia Roth (Grüne) und Katja Kipping (Die Linke).

Negris bekanntestes Werk ist das zusammen mit dem US-Amerikaner Michael Hardt verfasste *Empire*. Das im Jahr 2000 erschiene Buch wurde von der Kritik enthusiastisch gefeiert. Der slowenische Philosoph Slavoj Zizek sprach vom «komHippie-Ideologie und Yuppie-Ideologie sind ein und dasselbe.

Bild links: Das Oberkommando der jugoslawischen Armee wurde während des Krieges 1999 zerstört. Foto: Public domain, Wikimedia Commons

Bild rechts: US-Kampfflugzeuge über dem Irak. Während des Golfkrieges 1991 pries der spätere Grünen-Führer Joschka Fischer noch Wehrdienstverweigerer. Acht Jahre später setzte er die Bundeswehr gegen Jugoslawien in Marsch. Foto: USAF, Public Domain

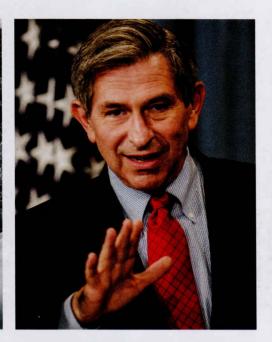




COMPACT Spezial • Nie wieder Krieg ohne uns







Von Mao über Woodstock bis zum Neocon-Antreiber Wolfowitz – für manche Achtundsechziger eine zwangsläufige Entwicklung. Fotos: Zhang Zhenshi, CC-BY-2.0, Wikimedia Commons, alliance / akq-images; DoD Public Domain

munistischen Manifest des 21. Jahrhunderts», die New York Times von «der nächsten großen Theorie», die Zeit von «einer grandiosen Gesellschaftsanalyse». Viel Beifall kam auch von links. «Hier kommt der Masterplan», verkündete die antinationale Wochenzeitschrift Jungle World schon in der Überschrift, aber auch die marxistische Tageszeitung Junge Welt widmete dem Werk eine Fortsetzungsserie. «Empire knallt wie ein gewaltiger Johnny Cash-Song», lobhudelte es gleich im ersten Teil.



Nach dem 11. September 2001 drängte die rot-grüne Bundesregierung auf einen Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Foto: Der Spiegel

«Gegen die Globalisierung Widerstand zu leisten und das Lokale zu verteidigen, ist (...) schädlich.» Toni Negri

Empire erhebt den Anspruch einer umfassenden Analyse der Weltordnung in ihrer aktuellen Ausprägung und ihrer geschichtlichen Entwicklung. Seine wesentliche These ist, dass die heutige globale Herrschaft mit dem klassischen Imperialismus nicht mehr zu vergleichen sei, da sie kein Zentrum mehr habe. Negri verwendet den Begriff Empire nicht anders als die etablierten Politiker den Begriff Globalisierung – als Beschreibung einer zwangsläufigen Entwicklung, zu der es keine Alternative gebe. Zwar äußert er eine Menge an Detailkritik. Aber summa summarum gilt: «Gleichwohl muss man doch sagen, dass die Errichtung des Empire einen Schritt nach vorne markiert.»

Auch die Tatsache, dass die Globalisierung wesentlich von der übriggebliebenen Supermacht dominiert wird, beunruhigt die Autoren nicht: «Die USA als Weltpolizist handeln nicht im Interesse des Imperialismus, sondern im Interesse des Empire (...). Die Vereinigten Staaten sind der Friedenspolizist, aber nur in letzter Instanz, wenn die supranationalen Friedensorganisationen Handlungsbedarf anmelden und es vielfältige rechtliche und organisationelle Initiativen zu koordinieren gilt.» Am Vorabend der Invasionen in Afghanistan (2001) und im Irak (2003) verkünden die Autoren: «Die Geschichte der imperialistischen, interimperialistischen und antiimperialistischen Kriege ist vorbei. Das Ende dieser Geschichte kündet von der Herrschaft des Friedens.»

Vor diesem theoretischen Hintergrund nimmt es nicht wunder, dass Negri die Kriege gegen den Irak (1991) und Jugoslawien (1999) unterstützthat, dass seine Anhänger wie Cohn-Bendit oder Claudia Roth heute die «Befreiung» Libyens durch NATO-Bomben feiern und dasselbe für Syrien und den Iran fordern. Negri über die renitenten Eingeborenen zwischen Trier und Tripolis: «Die linke Strategie, gegen die Globalisierung Widerstand zu leisten und das Lokale zu verteidigen, ist gleichzeitig schädlich (...), weil sie die wirklichen Alternativen verdunkelt oder sogar leugnet, die Potenziale der Befreiung, die innerhalb des Empire existieren.»

Die Zerstörung der Identitäten

Die «Potenziale der Befreiung» – das bindet die Achtundsechziger an das Imperium, an den angelsächsischen Imperialismus. Ihre Ideologie war von Anfang an die marxologisch (nicht marxistisch) versüßte Begleitmusik zu den Veränderungen des Kapitalismus. Ungefähr mit 1968 zeichnet sich ein neues Stadium der kapitalistischen Produktionsweise ab, das man, in Abgrenzung zur von Henry Ford eingeführten Massenproduktion am Fließband, als

Soziale Zusammensetzung der Grünen

Gesamtmitglieder der Partei 59.944, Anteil in Prozent



Postfordismus bezeichnet. Computerisierte Maschinen ermöglichen die Fertigung von Kleinserien, der einheitliche Markt differenziert sich in lukrative Nischen aus, die global per Telekommunikation und durch eine neue internationale Arbeitsteilung vernetzt sind. Der Zusammenbruch des Sozialismus, die weltweite Deregulierung der Finanzströme und das Internet haben diese Tendenz verstärkt. In diesem Prozess zerfallen die traditionellen Gemeinschaften in konkurrierende Produktions- und Konsumatome: Der einheitliche Nationalstaat wird vom Separatismus bedroht, der Zwang zur Mobilität zerreißt die familiären Bindungen, die Bipolarität der Geschlechter löst sich in zahlreichen trans-

sexuellen und androgynen Zwischeninszenierungen auf, an die Stelle des geselligen Vereinsmenschen tritt der hedonistische Single. Die Achtundsechziger halten diese Entwicklung kurzerhand für die späte Erfüllung ihrer Jugendwünsche. Dass sich keine positive, sondern eine negative Überwindung der traditionellen Gemeinschaften abzeichnet, wollten und konnten sie nicht erkennen – vermutlich, weil sie als grüne Trendsetter in die gesellschaftliche Elite aufstiegen und damit von dieser Entwicklung profitierten.

Die Geschlechter lösen sich in transsexuellen und androgynen Zwischeninszenierungen auf.

Wehe aber, wenn Menschen ihre alten Gemeinschaften bewahren wollen! Wehe, wenn ein Deutscher ein Deutscher, ein Mann ein Mann und ein Christ ein Christ bleiben will – und wenn diese Starrköpfe ihre Gemeinschaften aufrechterhalten und durch staatliche Strukturen schützen! Dann heißt es: Ihr Reaktionäre, Ihr Rückwärtsgewandten, Ihr Nationalisten, Ihr Faschisten! Ergebt euch den Segnungen des Individualismus! Dann wird die feministische Aktionsgruppe nach Oberammergau geschickt, die Antifa in den Vatikan, die Love Parade nach Teheran. Und wo man sie nicht lässt, wird die politische Korrektheit von der Justiz erzwungen – oder von der U.S. Air Force.





Während im traditionskommunistischen Modell das Proletariat die Macht in «seinem» Nationalstaat erobern soll setzen die Neomarxisten Toni Negri und Michael Hardt in ihrem Buch Empire auf den Exodus der Proletarier aus ihren Nationalstaaten, Im Kommunistischen Manifest hatte es geheißen: «Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus.» Negri und Hardt haben das schöpferisch weiterentwickelt: «Ein Gespenst geht um in der Welt, und sein Name ist Migration.»

Negri und Hardt setzen die Migranten als «Helden der Befreiung», als «Motor» des geschichtlichen Fortschritts – ganz wie es die Arbeiter bei Marx und Engels waren. Flüchtlinge aller Länder, vereinigt euch – könnte man ihre Position nennen. Wer diese Analyse teilt, muss die Solidaritätsarbeit mit Asylbewerbern und Flüchtlingen ins Zentrum seiner politischen Arbeit rücken – und tatsächlich ist dies der Schwerpunkt der Grünen und Linken geworden.

Antonio Negri im Jahre 2009. Foto: Rosa Luxemburg-Stiftung, CC BY 2.0, flickr.com



Auf dem Bielefelder Parteitag am 13. Mai 1999 schwor Joschka Fischer die Grünen auf den Kosovokrieg ein. «Es gab Stinkbomben, einen Buttersäure-Anschlag auf Rezzo Schlauch und den notorisch gewordenen Farbbeutel-Wurf auf Joschka Fischers Ohr», erinnerte sich der damalige Bundesgeschäftsführer Reinhard Bütikofer. Foto: picture-alliance / dpa

Der Mann, der den Krieg brachte

von Jürgen Elsässer

Keine Person hat die Grünen stärker geprägt als Joseph Fischer, genannt Joschka. Aber nicht nur in der Partei hat er seine Spuren hinterlassen – er hat die gesamte Außenpolitik der Bundesrepublik auf den Kopf gestellt.

Fischer lebte vom «strategisch gut geplanten Bücherklau», so sein Bioaraf.

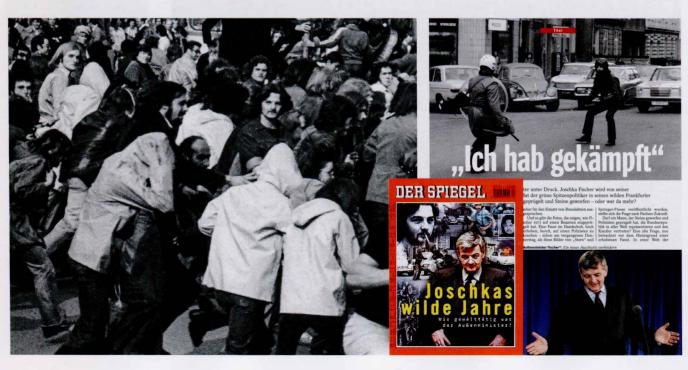
Bild links: Joschka Fischer als Teilnehmer einer Straßenrandale im Mai 1974 in Frankfurt. Foto: picturealliance / dpa Bild rechts: 2001 brachte der Spiegel Fischers Vergangenheit auf den Titel. Foto: Der Spiegel Die Nachwelt wird Joschka Fischer in schillernder Erinnerung behalten. Politisch war er ein Chamäleon und wechselte seine Meinung nach den Moden der Zeit. Konstant blieben die Konturen seines Auftretens: ein proletarischer Macho mit Charme, bullig und einschüchternd gegenüber Andersdenkenden; ein begnadeter Redner im Stile der CSULegende Franz Josef Strauß; ein political animal mit dem Riecher für Themen und Stimmungen.

In seiner Autobiografie Mein langer Lauf zu mir selbst bekannte er: «Fast meine ganze Energie konzentrierte ich auf den politischen Erfolg und ordnete dem Ziel alles andere unter, auch und gerade mich selbst.» In diesem Zusammenhang pries er seine «radikale Lebensänderung durch Auswechseln und völliges Umschreiben meiner persönlichen Programmdiskette». Zeitweise hat Fischer nicht nur seine Software ausgewechselt, sondern sich auch an seiner Hardware versucht, seinem Körper. In Vorbereitung auf sein erstes Ministeramt prügelte der gut genährte Bonvivant 1998 sein Gewicht um fast die Hälfte herunter. Statt Zechtouren verschrieb er sich Marathonläufe, statt Rotwein gab es nur noch Mineralwasser. Binnen weniger Wochen schrumpelte das feiste Metzgergesicht ein, die Fettpolster verschwanden, und mit runzelig zusammengezogener Haut glich er bald seiner eigenen Oma. Die Radikalkur hielt er immerhin ein paar Jahre durch; aber schon in seiner zweiten Amtszeit als Außenminister legte Fischer wieder zu. Heute nähert sich sein Leibesumfang dem seines ewigen Kontrahenten Helmut Kohl.

Der junge Joschka

Joseph Martin Fischer wurde 1948 in Gerabronn geboren, einem kleinen Ort in der Nähe von Schwäbisch Hall — im infrastrukturschwachen Bermudadreieck zwischen Württemberg, Franken und Hessen. Vater und Mutter kamen aus einer volksdeutschen Familie, die 1946 aus Ungarn vertrieben worden war. Das erklärt, warum man den kleinen Joseph nicht, wie im Süddeutschen üblich, mit dem Kosenamen Sepp bedachte, sondern nach Magyarenart Joschka rief — zunächst mit Betonung auf der ersten Silbe.

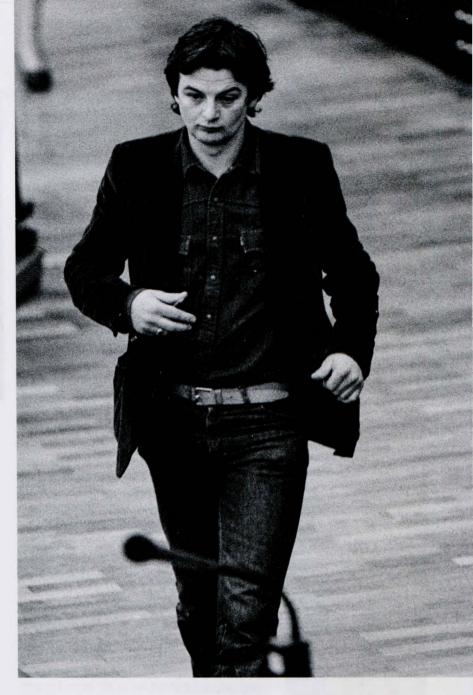
Der Sog der Revolte von 1968 zog den Metzgersohn aus der politikfernen Diaspora in das brodelnde Frankfurt. Dort schloss er sich 1971 der Gruppe Revolutionärer Kampf an, die – in schroffem Gegensatz zu den Gewerkschaften – zu wilden Streiks aufwiegeln wollte und dabei vor allem auf die Gastarbeiter setzte. Fischer agitierte in dieser Mission bei Opel Rüsselsheim, war jedoch bald frustriert. Schnelleren politischen Erfolg bot die Frankfurter Hausbesetzerszene, die ab den frühen siebziger Jahren ein erhebliches militantes Potential bündelte – Fischer wurde 1973 fotografiert, als er auf ein



nen Polizisten einprügelte. Aus dieser wilden Zeit stammen ungeklärte Verbindungen zum Terroruntergrund: Spuren, wonach die 1981 bei der Ermordung des hessischen FDP-Ministers Heinz-Herbert Karry verwendete Tatwaffe in Fischers Auto transportiert worden war, wurden von der Justiz nicht weiterverfolat. Auch wegen Landfriedensbruchs, versuchten Mordes und der Bildung einer kriminellen Vereinigung wurde gegen den notorischen Lederjackenträger ermittelt.

Ende der siebziger Jahre mutierte der wilde Revoluzzer binnen weniger Monate zum kühlen Reformer. Verantwortlich dafür war das harte Zuschlagen des Staates gegen den Sympathisantensumpf der RAF im Jahre 1977, der zu hunderten Verhaftungen in jener halblegalen Grauzone führte, der sich Fischer zugehörig fühlte. Gleichzeitig bot die Gründung der grünen Vorläuferparteien 1978 – zum Beispiel der Grünen Liste Hessen - die Chance, die im Straßenkampf geknüpften Seilschaften in ein völlig legales Neuprojekt einzubringen, dadurch dem Verfolgungsdruck zu entkommen und auch noch Kohle zu machen. Man darf nämlich nie vergessen: Fischer hatte nichts gelernt, nichts studiert, keinen Abschluss. Sowohl das Gymnasium als auch eine Lehre als Fotograf hatte er abgebrochen. Einzig mit Taxifahren und dem «strategisch gut geplanten Bücherklau» (so sein Biograph Christian Y. Schmidt) hielt er sich in seinem ersten Frankfurter Jahrzehnt über Wasser.

Das änderte sich, als Fischer mit mehreren hundert Mitstreitern aus der linksradikalen Sponti-Szene in die im Januar 1980 gegründeten Grünen eintrat und den chaotischen hessischen Landesverband im Handstreich von den Fundamentalisten um die abgehalfterte Adlige Jutta (von) Ditfurth übernahm. Fischers Trick war genial: Er und seine Seilschaft versuchten gerade nicht, mit anderen Radikalinskis in den Wettstreit um den roten Stein der grünen Weisen einzutreten, sondern warfen ihre früheren Ansichten kurzerhand auf den Müll und erfanden die grüne Realpolitik. Deren Ziel war nicht mehr der gesellschaftliche Umsturz, noch nicht einmal die Abschaltung der Atomkraftwerke oder die Abrüstung, sondern einzig und allein die Regierungsbeteiligung ohne jede Vorbedingung. Das machte die Fischer-Gang attraktiv für die SPD, die seit Ende 1982 im Bundestag wieder auf den Oppositionsbänken saß und dringend nach einem Koalitionspartner suchte, um eine «Mehrheit diesseits der Union» (Willy Brandt) etablieren und das Kanzleramt wieder erobern zu können. Dafür bot sich Fischer als Steigbügelhalter an - und wurde im Gegenzug von SPD-nahen Medien wie der Frankfurter Rundschau massiv gegen seine parteiinternen Widersacher unterstützt. Mit diesem Rückenwind wurde der einstige Steinewerfer zum ersten grünen Minister - 1985 in Hessen unter SPD-Premier Holger Börner. Dieselbe Me-



dienprotektion verhalf ihm, die Widersacher zum Realokurs, die sich vor allem um Ditfurth gesammelt hatten, Zug um Zug zurückzudrängen. Mit deren Sturz als Bundesvorsitzende 1988 war der radikale Flügel der Partei entscheidend geschwächt.

Nie wieder Krieg ohne uns

Fischer avancierte in den 1990er Jahren zum ungekrönten König der Partei, die einst die Basisdemokratie zu ihren Gründungsprinzipien erklärt hatte. Ohne je das Amt des Vorsitzenden auch nur anzustreben, setzte er die entscheidenden Impulse über seine Hausmacht in Hessen, vor allem aber als Fraktionschef im Bundestag.

Praktisch im Alleingang schaffte er es, die Außenpolitik der Bundesrepublik auf den Kopf zu stellen. Dazu muss man sich die bis dahin gültige Lagerbildung in der politischen Klasse vor Augen halten: Die Unionsparteien wurden seit den Tagen Konrad Adenauers von der sogenannten Stahlhelm-

1983 gehörte Fischer der ersten grünen Bundestagsfraktion an. Bekannt wurde er mit seiner Beschimpfung des Bundestagsvizepräsidenten Richard Stücklen: «Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch.» Foto: picture alliance / Ulrich Baumgarten

Srebrenica war das Waterloo für den grünen Antimilitarismus.

COMPACT Spezial [©] Nie wieder Krieg ohne uns





Bild links: Fischer 1987 mit Daniel Cohn-Bendit auf dem hessischen Landesparteitag. Foto: picture-alliance / dpa

Bild rechts: Wegen des Rotationsprinzips schied Fischer 1983 aus dem Bundestag aus. Foto: picturealliance / Sven Simon



«Der grüne Generalissimus: Nie wieder Pazifismus.» Titel der Zeitschrift Konkret, September 1995. Foto: Konkret, Repro COMPACT



Im Amt erwies sich Fischer als recht handzahm. Foto: Der Spiegel

Fraktion dominiert, die die Kriegsrhetorik der amerikanischen Supermacht in aller Regel unterstützte. Die Sozialdemokraten setzten sich seit Ende der 1960er Jahre davon ab und plädierten für eine Entspannungspolitik gegenüber Moskau. Abseits der Wortgefechte vertraten beide Volksparteien eine militärische Zurückhaltung der BRD, die auch im Grundgesetz festgeschrieben war. Der parteiübergreifende Konsens, die Bundeswehr zwar zur Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO in Bereitschaft zu halten, aber sie nicht in weltweite Interventionen zu schicken, hielt noch bis zum Irakkrieg 1991. Danach setzten sich in der Union jene Kräfte durch, die Einsätze auch «out of area» befürworteten, also außerhalb des NATO-Bündnisgebietes; erprobt wurde dies zum ersten Mal bei der Blauhelm-Mission 1992 in Somalia.

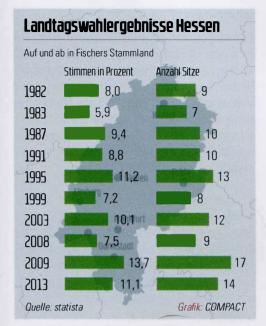
Kriege werden seither antifaschistisch legitimiert.

Als Vorstöße der CDU/CSU zunahmen, deutsche Truppen auch zur angeblichen Befriedung des jugoslawischen Bürgerkrieges einzusetzen, versteifte sich der Widerstand von SPD und Grünen gegen diese Aufweichung des Grundgesetzes zunächst. Selbst die Teilnahme von Bundeswehrspezialisten an NATO-Überwachungsflügen über Bosnien wurde auf Antrag der SPD vom Bundesverfassungsgericht verboten. Kein anderer als Fischer fasste die Gründe für eine solche außenpolitische Zurückhaltung in politisch korrekter Diktion Ende 1994 zusammen: «Ich bin der festen Überzeugung, dass deutsche Soldaten dort, wo im Zweiten Weltkrieg die Hitler-Soldateska gewütet hat, den Konflikt anheizen und nicht deeskalieren würden. Wenn sich die

Deutschen erst einmal militärisch einmischen, wird es völlig andere Reaktionen geben. All diese Einsätze und die Debatten darum werden von der Bundesregierung als Türöffner benutzt. Das vereinigte Deutschland soll in seinen außenpolitischen Optionen voll handlungsfähig gemacht werden. Ich wäre froh, wenn die, die das wollen, sich wenigstens nicht andauernd hinter der Humanität verstecken würden, um eben diese Position durchzusetzen.»

Doch innerhalb des folgenden Jahres vollzog Fischer eine Wende um 180 Grad. Verantwortlich dafür war das sogenannte Massaker im bosnischen Srebrenica, wo serbische Truppen im Juli 1995 etwa 8.000 muslimische Männer ermordet haben sollen. Obwohl es sofort Hinweise etwa der holländischen Blauhelmtruppen vor Ort gab, dass diese Zahl weit überhöht war und auch Gefechtstote sowie Opfer muslimischer Gewalttaten einschloss, nutzte die US-Politik den Vorgang, um den ersten Kriegseinsatz der NATO durchzusetzen: Anfang August bombardierten Flugzeuge des Bündnisses, darunter auch deutsche Tornados, 14 Tage lang die Stellungen der bosnischen Serben und ermöglichten dadurch den muslimischen Bodentruppen den Sieg auf dem Schlachtfeld – eine Luft-Boden-Arbeitsteilung mit den Mudschahedin, die das Pentagon auch im Jugoslawienkrieg 1999 und im Libyenkrieg 2011 innerhalb der NATO durchsetzen sollte.

Das Jahr 1995 bescherte dem grünen Antimilitarismus sein Waterloo. «Seit Srebrenica habe ich meine Position verändert», sagt Fischer im Rückblick. Gegen die Teilnahme deutscher Kampfflugzeuge an dem Augustbombardement gab es keinerlei Friedensdemonstrationen – kein Wunder, da die Grünen als bisherige Hauptpartei der Ökopaxe urplötzlich den Krieg als Ultima Ratio entdeckt hatten. Auf dem grünen Parteitag im Dezember 1995 erhiel-



ten Anträge, die sich in unterschiedlicher Radikalität für ein Eingreifen gegen die Serben aussprachen, erstmals mehr Stimmen als die der Interventionsgegner und Pazifisten.

Doch Fischers Positionswechsel mischte nicht nur seine Partei auf, sondern bedeutete eine Neujustierung des gesamten Parteiensystems: Hatten die Grünen bis dato eine Kriegspolitik am vehementesten abgelehnt, mutierten sie nach 1995 Schritt für Schritt zu deren entschiedensten Befürwortern.

Krieg wegen Auschwitz

Diesen vollständigen Bruch mit den pazifistischen Gründungsprinzipien versüßten die Fischermen ihren Parteifreunden mit einer Zusatzportion Antifaschismus. Es vollzog sich eine ideologische Revolutionierung der Kriegspropaganda: Jahrzehntelang hatten die NATO-Strategen ihre Rüstungsanstrengungen immer mit der roten Gefahr begründet. Doch seit der Auflösung des Warschauer Paktes werden Kriege nicht mehr antikommunistisch legitimiert, sondern antifaschistisch. Zu dieser linken Rhetorik waren die Veteranen des Kalten Krieges wie George H.W. Bush oder Helmut Kohl gar nicht fähig - dafür bedurfte es typischer Achtundsechziger wie Bill Clinton oder Joschka Fischer. In einer diabolischen Volte wurde die härteste Moralkeule der politisch Korrekten neu zentriert: Hatten Rote und Grüne vor 1995 immer davor gewarnt, «trotz Auschwitz» deutsche Soldaten wieder an die Front zu schicken, so verkündeten Fischer und Co. jetzt, gerade «wegen Auschwitz», müsse Deutschland seine militärische Zurückhaltung überwinden.

«Ich habe doch nicht nur "Nie wieder Krieg" gelernt, sondern auch "Nie wieder Auschwitz"», schleuderte Fischer beim nächsten Völkerrechtsbruch, dem

Überfall auf Jugoslawien 1999, seinen Kritikern entgegen. Mittlerweile saßen die Grünen in der Bundesregierung, Fischer war Vizekanzler und Außenminister. Das grüne Wahlversprechen vor dem Urnengang im September 1998, Bundes wehrsoldaten nur unter UN-Mandat einzusetzen, wurde keine vier Wochen später schon in die Tonne getreten: Unter Joschkas Führung stimmte seine Fraktionsmehrheit im Oktober 1998 einem Bundestagsbeschluss zu, der die NATO auch ohne Plazet des Weltsicherheitsrates zum Angriff auf Jugoslawien ermächtigte.

Schröder überließ Fischer die Auschwitz-Keule.

Dieser sogenannte Vorratsbeschluss wurde dann am 24. März 1999 von der Bundesregierung ohne weitere parlamentarische Beratung umgesetzt - «Kriegseintritt per Telefon», spotteten Kritiker. Wieder zog Fischer die antifaschistische Karte, diesmal gegen den jugoslawischen Präsidenten: «Der Nationalismus wird auf brutalste Art und Weise von Herrn [Slobodan] Milosevic betrieben. Man kann fast schon sagen, in einer Art und Weise, wie sie seit den vierziger Jahren, seit den Nazis und seit der Hochzeit des Faschismus in Europa nicht mehr für möglich gehalten wurde.» Und weiter behauptete er, in grotesker Inflationierung der Opferzahlen: «Tausende, Zehntausende, Hunderttausende Tote (...). Das ist keine Theorie, sondern Praxis auf dem Balkan; sie ist als Ergebnis der Politik von Milosevic zu sehen.» Tatsächlich hatte es in dem halben Jahr vor Kriegsbeginn in der umkämpften Provinz Kosovo nur einige hundert Tote gegeben mindestens die Hälfte davon gingen nicht auf das Konto der serbischen Sicherheitskräfte, sondern der albanischen Untergrundarmee UCK.

Fischer und Afghanistan



Nach dem 11. September 2001 erklärte die NATO den Kriegszustand. Die Schröder-Regierung bot Truppen für die Invasion Afghanistans an. in der grünen Bundestagsfraktion rumorte es, doch gegen die von Fischer vehement unterstützte Bundeswehrmission stimmten schließlich nur vier Abgeordnete.

Seither wurden alle Verlängerungen des Truppeneinsatzes am Hindukusch von der grünen Partei mitgetragen. Als 2009 die Angriffe der Taliban eskalierten, meldete sich Fischer wieder einmal mit einem Appell zu Wort: «Dieses Ziel [der Befriedung des Landes] wird ohne ausreichende militärische Präsenz sowie verbesserte und verstärkte Wiederaufbauleistungen nicht erreichbar sein.»

Paul Wolfowitz und Fischer. Foto: DoD, Public Domain

In diesen Schuhen ließ sich Fischer 1985 als erster grüner Minister vereidigen. Seit 1990 stehen sie im Deutschen Schuhmuseum in Offenbach. Foto: Ratopi, CC- BY-SA 4.0, Wikimedia Commons



COMPACT Spezial • Nie wieder Krieg ohne uns



Wer sich nicht erinnern kann: Dieses CDMPACT-Cover kam nie an den Kiosk. Die Ausgabe erschien aus Aktuallitätsgründen mit einer anderen Titelseite. Foto: CDMPACT

Gerhard Schröder, Joschka Fischer und Oskar Lafontaine nach Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung 1998. Der SPD-Linke Lafontaine trat im März 1999 aus bis heute unklaren Umständen als Finanzminister zurück. Foto: picture alliance / AP Photo

Fischers Lügen

Zwar muss dem gesamten rot-grünen Kabinett und vor allem Bundeskanzler Gerhard Schröder im Zusammenhang mit diesem Krieg der Bruch von Grundgesetz und Völkerrecht vorgeworfen werden. Aber der «Genosse der Bosse» unterließ wenigstens die moraltriefenden Auschwitz-Vergleiche, und auch die Lügenpropaganda im Konkreten war fast ausschließlich die Sache von Fischer und SPD-Verteidigungsminister Rudolf Scharping.

An drei neuralgischen Punkten war der grüne Außenminister, der in jenen Monaten auch turnusgemäß Ratsvorsitzender der EU war, entscheidend für die militärische Eskalation:

- Das sogenannte Massaker von Racak Mitte Januar 1999 wurde von der NATO zum Anlass für ihr Kriegsultimatum an Belgrad genommen. Angeblich waren über 40 albanische Zivilisten von den Serben ermordet worden. Doch Augenzeugen berichteten, dass es sich um Gefechtstote der UCK handelte, deren Leichen als Bauern kostümiert worden waren. Beweisen ließ sich das nicht, denn Fischer hatte die Autopsieprotokolle und Dokumente der kriminaltechnischen Untersuchung im Panzerschrank des Auswärtigen Amtes verschwinden lassen.
- Im Februar 1999 wurde ein letztes Mal versucht, den Frieden auf einer Konferenz im französischen Rambouillet zu retten. Auf Fotos sieht man, wie Fischer wütend auf den jugoslawischen Verhandlungsführer einteufelt: Dieser sollte das von der NATO vorgelegte Diktat unterschreiben, das in ei-

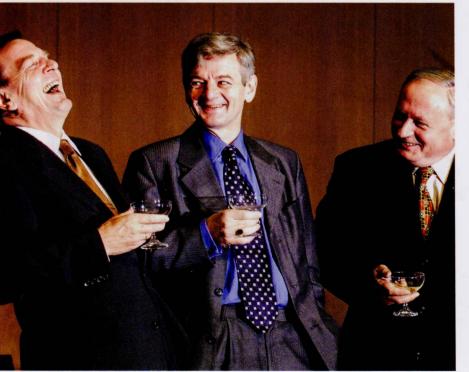
nem Anhang («Annex B») dem Militärbündnis die Stationierung von bis zu 30.000 Soldaten nicht nur im Kosovo, sondern in ganz Serbien erlaubt hätte. «Kein Serbe mit Volksschulbildung» hätte einem solchen Kolonialstatus zustimmen können, urteilte *Spiegel*-Chef Rudolf Augstein. Der Erpressungsversuch wurde erst zwei Monate später bekannt, als schon Krieg war. «Die Rambouillet-Lüge: Was wusste Joschka Fischer?» titelte am 12.April 1999 die grün-nahe *Tageszeitung*.

■ Nach einer Woche Bombardement war die Kriegsstimmung in der westlichen Bevölkerung auf den Nullpunkt gefallen. Jeden Abend sahman in der Tagesschau, dass Hunderttausende auf der Flucht waren — aber nicht vor der jugoslawischen Armee, sondern vor den NATO-Luftangriffen. Flugs erfanden Fischer und Scharping Anfang April 1999 den sogenannten Hufeisen-Plan, wonach die Serben die Vertreibung der Albaner schon lange vor Beginn der NATO-Intervention geplanthatten. Dokumente dazu wurden bis heute nicht gefunden...

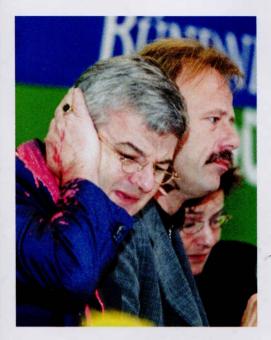
«Wäre ich zu jenem Zeitpunkt noch im Amt gewesen, hätte ich das niemals zugelassen.» Kohl zum Kosovokrieg

Es ist bézeichnend, wie Fischer sein Agieren rechtfertigte. «Warum, so fragte ich mich, musste ausgerechnet die erste Bundesregierung, die von der politischen Linken gebildet worden war, mit Deutschland wieder in den Krieg ziehen? (...) Die Welt kann sehr ungerecht sein. Warum wir?», quälte sich der Außenminister bereits Ende Januar 1999. Gut sechs Wochen vor dem NATO-Angriff war für Fischer demnach schon klar, dass Bomben fallen mussten. «Weil wir gewählt worden waren und weil es im Kosovo um unsere Grundwerte ging, beantwortete ich mir diese Frage selbst.» Damit ist eigentlich alles gesagt: Wenn Leute wie er einmal gewählt worden sind und wenn dann irgendwo auf der Welt eine Situation entsteht, in der es um «unsere Grundwerte» geht, werden sie wieder den Angriffsbefehl geben - gegen UN-Charta und Völkerrecht, gegen das eigene Parteiprogramm und gegen das Grundgesetz.

Hätte die Union noch regiert, wäre es dann überhaupt zu dieser Aggression gekommen? Der Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer (CDU), in den achtziger Jahren Staatssekretär auf der Hardthöhe und mit Kohl an den Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung 1990 beteiligt, vertritt die Mei-



COMPACT Spezial [©]_ Nie wieder Krieg ohne uns



Grünen-Parteitag 1999 – Farbbeutel auf Fischer. Foto: picture alliance / Gero Breloer

nung, mit dem Pfälzer als Kanzler «hätte es 1999 keinen Krieg mit deutscher Beteiligung gegeben». Und der damalige russische Premier Jewgenij Primakow schreibt in seinen Erinnerungen, Kohl habe ihm gegenüber den Krieg gegen Jugoslawien «den größten historischen Fehler» genannt. «Wäre ich zu jenem Zeitpunkt noch im Amt gewesen, hätte ich das niemals zugelassen», habe er ihm gesagt.

Visa für alle

Im Frühjahr 2011 entfesselte ein Ableger der UCK auch im benachbarten Mazedonien einen Bürgerkrieg. Diesmal konnte man Milosevic nicht dafür verantwortlich machen - der regierte dort nicht und war überdies im Oktober des Vorjahres in Serbien gestürzt worden. Trotzdem stellte sich Fischer auch in diesem Fall auf die Seite der muslimischen Aufrührer. «Die albanische Frage ist offen», verkündete er im Frühjahr 2001 und gab damit den extremistischen Träumereien von einer Vereinigung aller Siedlungsgebiete der Skipetaren Nahrung. NATO und EU befriedeten den Konflikt schließlich mit einem gemeingefährlichen Kompromiss: Die slawisch-christliche Mehrheit in Mazedonien musste zustimmen, UCK-Minister in die Regierung aufzunehmen und den albanischen Regionen umfangreiche Autonomierechte zu gewähren.

Die Bundestagswahlen im September 2002 gewann Schröder hauptsächlich durch sein Versprechen, den vom US-Präsidenten George W. Bush angekündigten Krieg gegen den Irak nicht zu unterstützen und stattdessen einen zurückhaltenden «deutschen Weg» einzuschlagen. Fischer ordnete sich unter, lehnte aber diese Formulierung explizit ab und war in der Folge um eine Glättung des transatlantischen Verhältnisses bemüht. Die Freundschaft, die sein Regierungschef mit Wladimir Putin entwickelte, hat er nie verstanden.

In seine zweite Amtszeit fällt auch die sogenannte Visa-Affäre: Das Auswärtige Amt war sehr freizügig mit der Vergabe von Einreisegenehmigungen vor allem für Ukrainer und Albaner und hatte den schwunghaften Handel dortiger Mafiosi mit gefälschten Dokumenten nicht unterbunden. Zehntausende Illegale waren daraufhin nach Deutschland gekommen – ein Vorspiel zu den Flüchtlingsfluten ab 2014. Fischer nahm bei seiner Vernehmung im Untersuchungsausschuss des Bundestages die politische Verantwortung für die Vorgänge auf sich und räumte ein, mindestens zwei Erlasse seines Ministeriums hätten den Missbrauch der Visabestimmungen erleichtert. Einen Rücktrittsgrund sah er darin aber nicht.

Die späten Jahre

Nach der Abwahl von Rot-Grün bei den Bundestagswahlen 2005 und seinem Abschied aus dem Auswärtigen Amt hatte Fischer auf eine internationale Aufgabe gehofft. Ein Posten für die Vereinten Nationen hätte ihm konveniert, auch als EU-Außenminister brachte er sich ins Gespräch. Aber das blieben Träume. Im Sommer 2009 wurde er schließlich vom Energieriesen RWE engagiert, um den Bau der Mega-Pipeline Nabucco voranzubringen, die Gas vom Kaspischen Meer in die EU bringen und den russischen Anbieter Gazprom ausstechen sollte. Doch das Projekt scheiterte trotz jahrelanger Bemühungen.

Fischer lehnte Schröders «deutschen Weg» ab.

Am Hungertuch muss der Wahlhesse dennoch nicht nagen: Seit September 2008 ist er Chefberater (Senior Strategic Counsel) in The Albright Stonebridge Group, der Denkfabrik seiner Busenfreundin und ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright. Auch sonst sind die Verbindungen Fischers zum US-amerikanischen Establishment glänzend: Er ist Gründungsmitglied und Vorstand des European Council on Foreign Relations, die von dem Oberspekulanten George Soros gesponsert wird. In dieser Funktion jettet er von Konferenz zu Konferenz, unterstützt Merkels Politik der Offenen Grenzen und wirbt für die EU inklusive weiterer Neuaufnahmen. In seiner Partei spielt er derzeit zwar keine Rolle mehr - aber ein Comeback als Berater oder Botschafter einer schwarz-grünen Bundesregierung ist nicht auszuschließen.

Fischer und die NSA-Spionage



In einem Interview, das Fischer im Juni 2015 zusammen mit Madeleine Albright der Südwestpresse gab, rechtfertigte er die Massenüberwachung durch den US-Geheimdienst NSA: «Erlauben Sie mir eine letzte Anmerkung zu der Spionage-Problematik. Zuallererst hat Madeleine vollkommen recht, wenn sie sagt: Jeder spioniert jeden aus. Zweitens: Wer kontrolliert. ob irgendwo illegal mit Atomwaffen hantiert wird? Wer? Wer hat die Verantwortung, diese sehr gefährliche Entwicklung im Zusammenhang mit der terroristischen Bedrohung zu überprüfen? Das ist eine sehr, sehr gro-Be Bedrohung für uns alle, auf der ganzen Welt! Wer überprüft das? Die NSA! Niemand sonst! Es gibt andere Geheimdienste. die dabei helfen, aber Amerika als Weltmacht trägt die Hauptverantwortung. Das müssen die Menschen begreifen.»

Kein Windrad -- Aber den Grünen gefällts trotzdem. Foto: White House Photo Office, Public domain, Wikimedia Commons



Nach seinem Ausscheiden aus der Politik wurde Fischer 2009 auch Berater von BMW. Foto: BMW, Screenshot COMPACT



Make Love and War

von Marc Dassen

Raus aus der NATO! Bundeswehr abschaffen! Nie wieder Krieg! So klangen einst die Parolen der Hippie-Partei. Lang, lang ist's her. Der Wandel vom grünen Pazifismus zum olivgrünen Bellizismus vollzog sich rasant – zuletzt in Libyen, der Ukraine und in Syrien.

«...Weg für Waffenlieferungen an die libyschen Rebellen freimachen».

Cohn-Bendit

Gibt es eine Partei in Deutschland, die die eigenen Ideale gründlicher verraten hat als die Grünen? Gestartet als Verein zotteliger Atomkraftgegner und Friedensaktivisten, sind die Funktionäre der Sonnenblumenpartei spätestens seit der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder ins politische Establishment aufgerückt. Die Liebe zur Macht wurde bald größer als die Macht der Liebe. Aus den ehemaligen Revoluzzern der 68er Ära wurden verlässliche Diener des NATO-Imperialismus. Krieg wurde nun nicht mehr kategorisch abgelehnt, sondern mithilfe von immer groteskerem Neusprech zu Akten der «humanitären Verantwortung» umgedichtet. «Wir haben uns in der Auswahl der Instrumente massiv weiterentwickelt», erklärte der außenpolitische Sprecher Omid Nouripour Anfang Juni 2016 kokett.

Die Grünen konnten auch deshalb so schnell in die obersten Machtetagen aufsteigen, weilsie das perfekte Feigenblatt für die neo-imperialistischen Feldzüge der NATO abgaben. Krieg ist für sie nur dann schlecht, wenn andere Parteien ihn beschlieProwestliche Aufständische in Libyen am 11. Oktober 2011 nahe Sirte. Der Stadt mit etwa 135.000 Einwohnern gilt als Geburtsort Muammar al-Gaddafis. Foto: picture alliance / dpa

ßen — bei ihnen selbst bomben Kampfflugzeuge nämlich nur zur Friedenssicherung. Dieser «Doppeldenk», bekannt aus George Orwells Roman 1984, gehört seit 20 Jahren ganz selbstverständlich zum grünen Markenkern.

Tödliche «Schutzverantwortung»

Wir schreiben den 17. Februar 2011. Libyens primus inter pares Muammar al-Gaddafi – gestern noch enger Partner des Westens und oberster Schleusenwärter für Millionen afrikanische Flüchtlinge – steht seit diesem Tag einem offenen Aufstand der Dschihadisten vor allem im Ostteil seines Landes gegenüber. Schon bald wird man ihm das Hitlerbärtchen ankleben. Mit massiver Rückendeckung der Lügenpresse, die dem exzentrischen Herrscher Völkermord an seinen eigenen Landsleuten andichtet, setzt sich im Westen bald das Narrativ durch, man müsse aus einer «Schutzverantwortung für die Bevölkerung» heraus den Angriffskrieg gegen das nordafrikanische Land unterstützen.

Propagandistisches Einfallstor für die Aggression war die Durchsetzung einer Flugverbotszone – die natürlich Waffengewalt gegen die libysche Luftwaffe erforderte. Während selbst amerikanische Militärs in der Frage zunächst zurückhaltend blie-

COMPACT Spezial [⊖]_ Nie wieder Krieg ohne uns



ben, trommelten die Grünen zur Offensive. Selbst der damalige Stabschef im Weißen Haus, Bill Daley, verstand kurz vor Kriegsbeginn Anfang März 2011 die Welt nicht mehr: «Eine Menge Leute reden über eine Flugverbotszone, als wäre das (...) ein Videospiel oder so etwas.» Der damalige Fraktionsvorsitzende der Grünen im EU-Parlament, Daniel Cohn-Bendit, warb hingegen energisch für ein «Flugverbot», leugnete allerdings, dass dies unweigerlich Krieg bedeuten würde. Doch genauso kam es.

«Die Grünen sind die größten Kriegstreiber im Bundestag.» Jan van Aken

Am 19. März detonierten die ersten Marschflugkörper auf libyscher Erde. Die Legitimation lieferten die Vereinten Nationen mit ihrer Resolution 1973. Knapp sieben Monate später – im Oktober 2011 – waren zehntausende Menschen tot, Tripolis, Sirte, Bengasi und andere Städte nur noch Trümmerhaufen. Gaddafi wurde auf offener Straße gelyncht und das Land – ehemals Hoffnungsträger einer afrikanischen Renaissance – versank im Chaos.

Dass der damalige Außenminister Guido Westerwelle (FDP) sich seinerzeit im UN-Sicherheitsrat der Stimme enthielt und damit besonders die kriegswilligen Franzosen, Briten und Amerikaner

düpierte, passte der ehemaligen Friedenspartei überhaupt nicht: Auf ihrem Ländertag Mitte März in Mainz stimmte die Mehrheit einem «militärischen Einsatz» zu, solange dieser «strikt an das humanitäre Völkerrecht» gebunden bliebe. Dabei gab man sich keinerlei Illusionen hin: Die kriegerischen Maßnahmen seien «notwendig», obwohl die «Durchsetzung einer Flugverbotszone zu hohen Verlusten in der Zivilbevölkerung führen könnte». Den Vogel schoss einmal mehr Cohn-Bendit ab, als er die UN sogar noch übertrumpfte und entgegen deren Waffenembargo dazu aufrief, «den Weg für Waffenlieferungen an die libyschen Rebellen freizumachen» — also die Kopfab-Milizen aufzurüsten.

Und nur am Rande: Die Beweise für den behaupteten Massenmord Gaddafis an seinem eigenen Volk konnten nie beigebracht werden. Das musste die Bundesregierung in ihrer Antwort an die linke Abgeordnete Sevim Dagdelen sogar selbst zugeben. Die Replik auf die Parlamentarische Anfrage 17/5666 lautete: «Der Bundesregierung liegen keine detaillierten Informationen über Angriffe der libyschen Luftwaffe auf Zivilisten vor.» Damit basierte auch dieser Krieg und die ihn legitimierende UN-Resolution auf einer Lüge.

Hand in Hand mit Faschisten

Keinen Deut besser war die Haltung der Grünen in puncto Ukraine im Jahr 2014. Hier nämlich kooperierten die Grünen nicht nur mit den Imperialisten der EU und NATO, sondern auch mit bekennenden Faschisten und Rassisten der anti-russischen
Swoboda-Partei, die nach dem Sturz von Viktor Janukowitsch in Kiew einige Ministerposten besetzte. Gregor Gysi nannte die Grünen in diesem Zusammenhang «russenfeindlich». Für den stellver-



Joschka Fischer war nie Grünen-Vorsitzender – dafür unangefochtener Führer der Partei. Foto: gruene.de

Muammar al-Gaddafi wurde am 20. Oktober 2011 bei Sirte misshandelt und ermordet. Foto: picture alliance / dpa



COMPACT Spezial [⊙]_ Nie wieder Krieg ohne uns

Der grüne Bush



Ende September dieses Jahres referierte der außenpolitische Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, Omid Nouripour, im ARD-Interview die Problematik des Syrienkriegs. Er sagte: «Es ist zur Zeit nicht so, dass (...) irgendjemand jetzt mit der großen Eisenstange da reingeht und sagt: Jetzt schlagen wir eine Bresche und bringen Frieden rein. Das wird nicht passieren. Stattdessen müssen wir leider weiterhin darauf setzen. dass die Außenminister sich einigen.» Und? Haben Sie was gemerkt? Die Betonung lag auf «leider». Was die grüne Kriegspartei so gefährlich macht, ist, dass sie ihre Aggressionspolitik zwischen den Zeilen zu verstecken weiß-Wer heute offen Krieg fordert, wird nicht gewählt. Wer aber von humanitärer Hilfe säuselt, hat immer noch Aussicht auf Erfolg

Omid Nouripour. Foto: Gerd Seidel, CC-by-sa-3.0 de, Wikimedia Commons

Kiewer Maidan-Proteste 2013. Foto: vgeny Feldman, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons tretenden Vorsitzenden der Linken, Jan van Aken, war klar: Die Grünen sind «die größten Kriegstreiber im Bundestag».

In den Propagandakrieg schaltete sich auch die den Grünen nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung ein. Eine «Gruppe von Sozial- und Geisteswissenschaftlern» flunkerte Ende Februar 2014 - angefeuert von der grünen Denkfabrik -, dass nicht militante Umsturzaktivisten am Werk seien, sondern eine «freiheitliche Massenbewegung zivilen Ungehorsams». Der «Einfluss ukrainischer Rechtsradikaler in Kiew» werde «überbewertet beziehungsweise fehlinterpretiert». Tatsächlich spiegele «die Bewegung in gewisser Hinsicht die gesamte ukrainische Bevölkerung wieder». Eindringlich warnten die Experten - übrigens genau wie unsere Massenmedien - vor der Überbetonung des faschistischen Einflusses, der «leicht von Moskaus "Polittechnologen" instrumentalisiert werden» könne.

«Deutschland muss bereit sein, sich an einem Einsatz zu beteiligen.» Göring-Eckardt

Grüne Parteifunktionärinnen wie Rebecca Harms und Marieluise Beck reisten — wie der republikanische US-Senator John McCain — nach Kiew und solidarisierten sich mit der prowestlichen Opposition und deren Frontfrau Julia Timoschenko. Die war in einem abgehörten Telefonat ganz wild darauf, «eine Waffe zu nehmen und diesem Bastard [gemeint war Putin] in den Kopf zu schießen». Die Wochenzeitung *Die Zeit* dokumentierte Anfang 2015 den Wunsch der Osteuropa-Expertin Beck,

«die Ukraine auch mit militärischer Ausrüstung zu unterstützen». In Anlehnung an Joschka Fischers Credo «Nie wieder Auschwitz!», formulierte Beck ihre Rechtfertigung Anfang Februar 2015: «Wir [das heißt: wir Deutsche] tragen Schuld daran, dass die Welt lernen musste, sich verteidigen zu können und sich verteidigen zu dürfen.»

Déjà-vu in Damaskus

Knapp zwei Jahre nach dem Beginn des Arabischen Frühlings und dem Libyen-Desaster marschierten die grünen Machtmenschen auch bei der Aggression gegen den legitimen syrischen Präsidenten Baschar al-Assad im Stechschritt neben den anglo-amerikanischen Kriegshetzern. Und ganz vorne mit dabei natürlich wieder Daniel Cohn-Bendit. Der erklärte Ende August 2013: «Ja, die Bundesregierung müsste sich zusammen mit anderen EU-Ländern an der Vorbereitung einer militärischen Aktion beteiligen.»

Katrin Göring-Eckardt – übrigens ehemals Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland – machte Ende August 2014 im Gespräch mit dem MDR kein Geheimnis daraus, dass sie den sogenannten Islamischen Staat «sowohl politisch als auch militärisch» bekämpfen wolle. Sie fand es deshalb auch nur «richtig, dass die USA dort eingegriffen haben». Gleichzeitig forderten die Grünen Waffenlieferungen an die «moderate» syrische Opposition – Neusprech für alle möglichen Terrorgruppen. Der offensichtliche Widerspruch, einerseits Dschihadisten aufzurüsterr und andererseits deren Bekämpfung zu beklatschen, fiel den Führungskadern gar nicht mehr auf. Im Oktober 2014 forderte Göring-Eckardt gar, «sich mit der Bundeswehr an einem Einsatz zu beteiligen». Besonders perfide: Gleichzeitig steht die unbegrenzte Aufnahme syrischer Flüchtlinge, die ihre eigene Kriegspolitik erst aus der Heimat vertrieben hat, auf dem grünen Programmzettel ganz oben.

Die blutige Tragödie Libyens könnte sich in Syrien wiederholen: So forderten der Bundesvorsitzende Cem Özdemir und die Bundestagsabgeordnete Franziska Brantner im Oktober 2016 eine Flugverbotszone für Syrien. Özdemir verkündete dazu: «Nichts tun ist die schlechteste Option.» Sein Lagebild muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: «Assad und Putin bomben Syrien zurück in die Steinzeit und sind keine Alternative zum Islamischen Staat und den Islamisten.» Selbst dem ehemaligen Parteichef Jürgen Trittin wurde bei so viel Kriegsbegeisterung schummrig. Zumindest ein Anflug von Vernunft überkam ihn im Taz-Interview Ende Oktober, als er zu bedenken gab, dass die Forderung der Parteikollegen auf eine «militärische Konfrontation zwischen den USA und Russland» hinauslaufen würde.



Partei der Päderasten Die sexuelle Revolution frisst unsere Kinder



Partei der Päderasten

von Martin Müller-Mertens

Bis zu 1.000 Opfer allein in Berlin? Fast 20 Jahre waren die Grünen Tummelbecken für pädokriminelle Lobbyarbeit. Deren Unterstützer sind bis heute in herausgehobenen Positionen aktiv. Die Aufarbeitung ist unzureichend und heuchlerisch.

Ob das wohl Überwindung gekostet hat: Der grüne Vorzeigeschwule Volker Beck und Claudia Roth auf dem Christopher Street Day 2013. Foto: picture alliance/Sport Moments

«Mein ständiger Flirt mit allen Kindern nahm bald erotische Züge an.» Cohn-Bendit

Einen Moment lang schien es, als wollten die Grünen reinen Tisch machen: Bis zu 1.000 Kinder könnten zwischen 1978 und 1995 durch Pädophile im Sumpf der Alternativen Liste (AL), dem Grünen-Ableger im damaligen West-Berlin, missbraucht worden sein. Diese Zahl nannte Thomas Birk, damals grünes Mitglied im Abgeordnetenhaus, im März 2015. Bereits rund zwei Monate später ruderten die Grünen jedoch wieder zurück. «Die junge Partei war blind gewesen für die Opfer. Ich persönlich bin darüber fassungslos und wütend», erklärte die Berliner Co-Landesvorsitzende der Grünen, Bettina Jarasch, bei der Vorstellung eines 90-seitigen Untersuchungsberichts über die Pädophilie bei der AL. Doch zugleich bestritt Jarasch die Schätzung zur Zahl der Missbrauchten. Auch Birk selbst hielt seine Angaben nun für «rein spekulativ»; ob aufgrund neuer Erkenntnisse oder aus Rücksichtnahme auf zumindest frühere pädophile Netzwerke in der Partei, ist unklar.

Nach wie vor bekleiden in den Reihen der Grünen Politiker herausgehobene Posten, deren Rolle und politische Herkunft mit Blick auf pädokriminelle Verbindungen, vorsichtigt gesagt, zwielichtig er-

scheinen. Allen voran der Bundestagsabgeordnete Volker Beck, der sich regelmäßig als grüner Kampfschwuler in den Ring wirft. In einem Beitrag für den 1988 erschienenen Sammelband Der pädosexuelle Komplex - Handbuch für Betroffene und ihre Gegnerhatte Beck für «Entkriminalisierung» und die Herabsetzung des Schutzalters für sexuelle Handlungen mit Minderjährigen auf zwölf Jahre geworben. Damit nicht genug: Nach Beginn der Pädophiliedebatte 2013 geriet Beck unter Druck und versuchte, seine Schuld abzuwälzen. Dem 1999 verstorbenen Herausgeber des Buches, Joachim Stephan Hohmann, unterstellte er, seinen Text verfälschend redigiert zu haben. Ein Blick auf das inzwischen aufgetauchte Manuskript zeigt jedoch: Hohmann nahm an Becks Elaborat lediglich zwei kosmetische Änderungen vor, die skandalösen Forderungen stammten samt und sonders aus der Feder des Politikers.

Kreuzberger Horrorkeller

Beck war kein Einzelfall – die Allianz von Grünen und Päderasten wurde über Jahre hinweg teilweise unterstützt, noch häufiger geduldet, kaum hinterfragt und prägte das Selbstverständnis der damaligen Protestpartei. 1981 zeichnete der spätere Bundesminister Jürgen Trittin presserechtlich verantwortlich für das Kommunalwahlprogramm der Göttinger Alternativen-Grünen-Initiativen-Liste (AGIL). Darin forderte die örtliche Homosexuelle Aktionsgruppe die Streichung sämtlicher Paragra-

phen, die «Kinder, Jugendliche und Erwachsene in der freien Entfaltung ihrer Sexualität beschränken». Die berüchtigte Nürnberger Indianerkommune, die gleichlautende Positionen vertrat, gewann Einfluss in der Partei. Ein wahrscheinlich von deren Gründer Uli Reschke verfasster Abschnitt wurde am 22. Juni 1980 auf der Bundesversammlung zum Teil des grünen Parteiprogrammes erklärt. Einen Antrag der AG Kinder und Jugendliche an den Landesparteitag Baden-Württemberg über «einvernehmlich sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und jungen Menschen» lehnte Fraktionschef Fritz Kuhn im Jahre 1985 mit einer allerdings äußerst zweideutigen Stellungnahme ab. Die Forderungen seien «im Moment» unvertretbar, hieß es. Kuhn avancierte 15 Jahre später zum grünen Bundesvorsitzenden und ist seit Januar 2013 Oberbürgermeister von Stuttgart.

Es blieb nicht bei Rufen nach Gesetzesinitiativen. Einen wegen Vergewaltigung einer Zweijährigen zu acht Jahren Haft verurteilten Mandatsträger aus Nordrhein-Westfalen wollte die Grünen-Fachgruppe Knast und Justiz 1985 vor dem Gefängnis bewahren. Es herrsche dort ein «Mangel an Möglichkeiten (...), wirklich menschliche Beziehungen herzustellen», so die ungenierte Begründung. Insbesondere West-Berlin wurde zum Eldorado von grünen Pädokriminellen. AL-Mitglieder veröffentlichten 1980 die 68 Seiten umfassende Broschüre Ein Herz für Sittenstrolche. In den 1.500 Exemplaren der Auflage fanden sich Bilder lachender minderjähriger Jungen mit dem Begleittext «Sonne, Mond und Sterne, ich liebe schwule Wärme!» Andere AL-Mitglieder mieteten in Kreuzberg den sogenannten Freizeitladen Falckenstein-Keller, in dem nach Zeugenaussagen zahlreiche an Grundschulen angeworbene Jungen missbraucht wurden. In dem Horrorkeller aktiv war nach Darstellung des Berliner Untersuchungsberichts der mindestens sechs Mal wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern verurteilte Dieter Ullmann, in der Partei Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft SchwuP (Schwule, Transsexuelle und Päderasten). «Ob und wie viele weitere Parteimitalieder daran beteiligt waren, können wir nur mutmaßen», sagte Jarasch 2015 mit Blick auf pädophile Straftaten im Umfeld der AL.

Cohn-Bendit und die Kinder

Ullmann war bei Grünen und AL keine Randfigur, die unter dem Radarschirm der Basis klandestine Pädoarbeit betrieb. Im Gegenteil: Zu seinen Unterstützern gehörte der grüne Vordenker Daniel Cohn-Bendit. 1981 freute sich Dany le Rouge – Cohn-Bendits Spitzname aus den Monaten der 1968er-Revolte – bereits auf erwartete Wahlerfolge der AL: «Dann kommt nämlich Dieter Ullmann, der jetzt noch im Knast sitzt, in das Berliner Abgeordnetenhaus. Den werden wir zum Bundestagskandida-

ten machen.» Ullmann kandidierte im selben Jahr, wenn auch erfolglos, tatsächlich für das Stadtparlament

Ob sich Cohn-Bendit selbst an Kindern vergriffen hat, ist immer wieder Gegenstand von Diskussionen. 1975 erzählte er in seinem Buch Der große Basar über seine Zeit in einem Frankfurter Kinderladen zwischen 1972 bis 1974 ganz offen: «Mein ständiger Flirt mit allen Kindern nahm bald erotische Züge an.» Einige der Kinder haben «meinen Hosenlatz geöffnet und angefangen (...), mich zu streicheln». Drei Jahre später prahlte einer seiner Sponti-Genossen im Frankfurter Stadtmagazin Pflasterstrand, ihn habe «ein 6-jähriges Genossenmädchen verführt». Cohn-Bendit agierte zu diesem Zeitpunkt als Herausgeber der Linkspostille. Von 1994 bis 2014 saß er im EU-Parlament und war Mitglied der Spinelli-Gruppe, die sich für ein «föderales und postnationales Europa» einsetzt. Im Übrigen hat Cohn-Bendit nach eigener Aussage «keinen Bock mehr», sich «wegen dieser alten Sache immer wieder rechtfertigen zu müssen». Diese «Sache» traf nicht nur bei den Grünen auf viel Verständnis. Der FDP-Jugendverband Jungdemokraten verlangte auf seiner Bundesdeligiertenkonferenz 1980 laut Protokoll: «Die Paragrafen 173 (Inzest), 174 (Sexualität mit Schutzbefohlenen), 175 (besonderes "Schutzalter" für männliche Homosexuelle), 176 (Sexualität mit Kindern) sind zu streichen.» Zwei Jahre später erfolgte der - sich allerdings seit 1978 abzeichnende – Bruch mit der Mutterpartei. Später arbeiteten die Jungdemokraten eng mit den Grünen zusammen und brachten unter anderem deren Bundesvorsitzende und heutige Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth hervor



Die Broschüre Ein Herz für Sittenstrolche (Herausgeber Bereich Schwule der West-Berliner Grünen) wird von Päderasten bis heute gelobt. Foto: Alternative Liste

Der Kampfschwule Volker Beck forderte «Entkriminalisierung» von Pädosexualität.

Die von Daniel Cohn-Bendit verantwortete Zeitschrift Pflasterstrand veröffentlichte Ende der 1970er Jahre pädophile Texte. «Ich bin nicht nur ein Papierwichser», begründete er die Veröffentlichungspraxis. Foto: Stephan Röhl, Heinrich-Böll-Stiftung, CC-BY-SA 30, flickr.com



COMPACT Spezial • Partei der Päderasten

Die Schwulenlobby als Motor

Pädophile: Verbrechen ohne Opfer

Ich liebe Jungs

De siminos siab die Leone (rennbelle Sissenablellier und welf ich wat nach patight), we der Gerze zu Seines auf "Le eige patight, ein dierze zu Seines auf "Le sien patight, ein die were zuen auf die "Seine seines auf Angeweng, Davin-

«Der Schwulenbereich der Berliner AL, ab 1993 von Bündnis 90/ Die Grünen, war rund 15 Jahre lang im Landesverband die treibende Kraft für die Forderung, das gesamte Sexualstrafrecht zu streichen - also auch die Paragraphen 174 und 176 StGB. Von Beginn an und insbesondere in den 1980er Jahren wurde der Schwulenbereich von pädosexuellen schwulen Männern dominiert, die in eigener Sache agierten. Er trat somit als "Pädolobbygruppe" auf. (...) Im Windschatten früher programmatischer Erfolge vertrat der Schwulenbereich noch Anfang der 1990er Jahre entgegen längst anderslautender Parteibeschlüsse die These der einvernehmlichen Sexualität zwischen Kindern und Erwachsenen. Als der Bereich 1992 personell so ausgeblutet war, dass ihm die Aberkennung des Bereichsstatus drohte, wurde eine zweigleisige Anwerbung neuer Mitglieder gestartet. (...) Einzelne Mitglieder des Schwulenbereichs verteidigten noch 1994 aggressiv die bisherige Linie der vermeintlich einvernehmlichen Sexualität mit Kindern. Dies gipfelte in der Androhung von körperlicher Gewalt durch Mitglieder der Gruppe Jung und Alt gegenüber der Kreuzberger AL-Frauengruppe und anderen Bereichsmitgliedern, die eine andere Meinung vertraten. (aus dem Untersuchungsbericht des Berliner Landesverbandes von Bündnis 90/Die Grünen, vorgestellt im Mai 2015)

Das oben abgebildete Bekenntnis legte Taz-Mitarbeiter Olaf
Stübben am 16.11.1979 ab. Der
Autor war Mitglied der Hamburger
Päderastengruppe. Das Pädophilie
ein «Verbrechen ohne Opfer» sei,
hatte der Sexualforscher Eberhard
Schorsch bereits 1973 in der
Zeitschrift «befrifft: erziehung»
behauptet. Foto: fakszimile taz
19791116

Zaghafter Widerstand

Tatsächlich gab es innerhalb der Grünen auch Widerstand gegen das Treiben der Kinderschänder, jedoch meist nur auf lokaler Ebene. «Für die AL-Bezirksgruppe Wilmersdorf teilte Bernd Köppl mit, dass sie nicht bereit ist, den Pädophilie-Abschnitt des auf der letzten MVV [Mitgliedervollversammlung] verabschiedeten Schwulenprogramms zu akzeptieren», hieß es in einem Protokoll vom Juni 1980, nachdem sich ein Parteitag für die Streichung der einschlägigen Paragraphen ausgesprochen hatte. «Es wird festgestellt, dass Päderastie mit den grünen Grundsätzen unvereinbar ist. Die Mitglieder werden aufgefordert, die Partei Die Grünen zu verlassen», beschloss der Kreisverband Minden-Lübbecke im Mai 1985. Tatsächlich schwand die Zahl der Päderasten-Versteher zumindest in den Fraktionen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zunehmend - jedoch, «um künftig mehr in die Partei hineinzuagieren», wie es Ullmann begründete und nicht als Folge einer Kurskorrektur durch die Gremien.

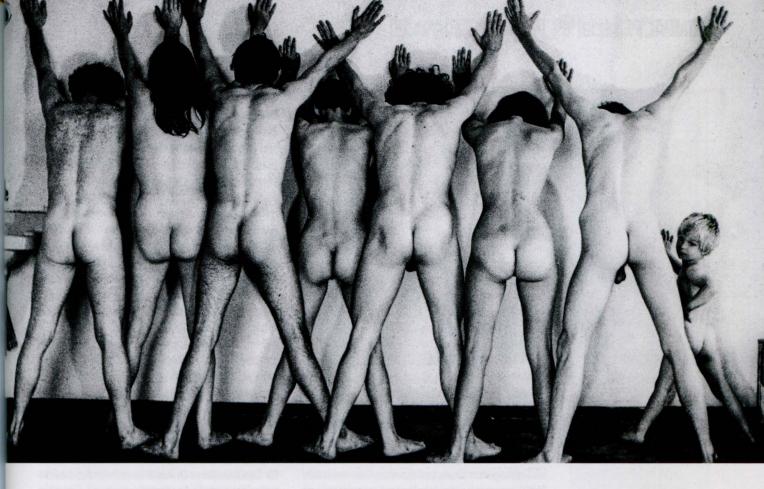
1992 gab es eine neue Eintrittswelle in den Schwulenbereich.

«1992 gab es eine neue Eintrittswelle in den Schwulenbereich. Es gibt Indizien dafür, dass ein Teil dieser Neumitglieder pädosexuell orientiert war (darunter eine Person, die später wegen der Verbreitung von Kinderpornografie vor Gericht stand) und sich in der von September 1992 bis Anfang 1995 existierenden Untergruppe Jung und Alt des Schwulenbereichs traf», heißt es im Untersuchungsbericht der Berliner Grünen. Etwa Mitte der 1990er Jahre endete die offene pädokriminelle Lobbyarbeit innerhalb der Partei, vor allem wegen des wachsenden Widerstandes speziell in der Frauenbewegung.

Bis heute findet sich jedoch hin und wieder eine offene Tür. Mindestens bis 2015 warb der Verein Krumme 13 nachdrücklich für Pädophilie. Der führende Kopf der Krummen 13 und derzeit bekannteste Päderasten-Lobbyist Deutschlands ist Dieter Gieseking. Seine Forderungen breitete er erst 2014 in einem schriftlichen Interview mit der den Grünen nahestehenden Tageszeitung aus. Gieseking und Seinesgleichen haben derzeit Oberwasser. Vor allem der umstrittene Bildungsplan im grün-regierten Baden-Württemberg hat es ihnen angetan. Von einem Aufruf der Krummen 13 zu einer Unterstützungsdemo für den Sexualisierungslehrplan distanzierten sich die Organisatoren der Schwulenparade Christopher Street Day in Stuttgart erst auf öffentlichen Druck hin. Auf Nachfrage des Internetportals Freie Welt machte Gieseking aus seinen Erwartungen keinerlei Hehl. «Von einem Bildungsplan für mehr Akzeptanz der Homosexualität werden langfristig sicherlich auch die Pädophilen profitieren.»

Ein Bild wie aus einem Horrorfilm: Ein sogenanntes Kinder-Goin in einem Bochumer Kinderladen. Foto: picture-alliance / dpa





Im Darkroom der Revoluzzer

von Jürgen Elsässer

Mit der Frühsexualisierung in den Schulen setzen die Grünen heute die Kinderschändung fort. Was seit 1968 als Befreiung der Gesellschaft ausgegeben wird, ist in Wirklichkeit die Zerstörung jeder Form von Gemeinschaft. Die Kleinen und Schwachen leiden darunter am meisten.

Die grüne Schande ist noch lange nicht vorbei. Es geht nicht nur um Geschichten von vor 20, 30 Jahren – es geht auch um die Gegenwart. Ein Beispiel: «Ein Mitarbeiter des Grünen-Bundestagsabgeordneten Tom Koenigs ist unter dem Verdacht des Kindesmissbrauchs verhaftet worden. Der 61 Jahre alte Leiter des Gießener Wahlkreisbüros (...) stehe unter dem dringenden Verdacht, seit 2007 drei Mädchen und einen Jungen im Alter von sechs bis zwölf Jahren mehr als 160 Mal missbraucht zu haben.» Das meldete der *Kölner Stadt-Anzeiger* am 9. Oktober 2013. Koenigs war ein enger Weggefährte von Joschka Fischer gewesen.

Doch wahr ist auch: Kinderschänder gibt es keineswegs nur bei den Grünen. Man findet sie auch unter Sozialarbeitern, in Sportvereinen, in Kirchen, in Moscheen – überall, wo Erwachsene in einer Machtposition gegenüber Minderjährigen sind. Und selbst wenn man zu den bekannt gewordenen Straftätern in der Ökopartei eine hohe Dunkelziffer addiert, wird man nur auf einen Bruchteil der Fälle kommen, die in den letzten Jahren Großbri-

tannien erschütterten. Dort aber entstammen die Verbrecher zumeist nicht dem Milieu der Bionade-Bourgeoisie, sondern den alteingesessenen Eliten und dem konservativen Adel. Auch in Deutschland war der schlimmste Päderastenring, der bisher aufgedeckt wurde, nicht das Lehrerkollegium der Odenwaldschule oder die Falckensteinstraßen-Clique der Alternativen Liste Berlin, sondern der sogenannte Sachsensumpf der CDU. Deren Aufklärungsbereitschaft liegt bis zum heutigen Tag bei unter null, eher werden noch weitere Zeugen und Whistleblower umgebracht. Im Vergleich dazu ist sogar die grüne Aufarbeitung noch lobenswert.

Dany und die Lolita

Die verbrecherische Rolle der Grünen liegt nicht in der Praxis, sondern in der Propaganda. Als Täter gehen sie unter in der Masse der anderen, aber einzigartig sind sie in der Rolle der Schreibtischtäter, der Ideologen. Während die Kinderschänder aus dem alten Establishment wussten, dass der Missbrauch Unschuldiger moralisch eine furchtbare Sün-

Kinder mussten mitmachen: Die «Kommune 1» probte 1967 den Aufstand gegen die «sexuelle Zwangsmoral», Foto: Thomas Hesterberg/ Süddeutsche Zeitung Photo

Einzigartig sind die Grünen nicht als Täter, sondern als Schreibtischtäter.

COMPACT Spezial • Partei der Päderasten



«Kindliche Unschuld ist eine Erfindung». Foto: Zeitung «Rosa Flieder», 1981.

«Die Sexualität eines Kindes ist etwas absolut Fantastisches».

Cohn-Bendit

de und juristisch ein schweres Verbrechen ist, und sie in der Regel gerade aus diesem Wissen perverse Lust sogen, kam erst mit den Achtundsechzigern die Lüge in die Welt, bei Kindersex ginge es um eine Befreiung. Was bigotte Konservative nur im Verborgenen taten, praktizierten die neo-linken Revoluzzer am helllichten Tag und trompeteten es auch noch stolz hinaus.

Ein Jimmy Savile hat zwar seine Opfer - Hunderte! - zu seelischen Krüppeln gemacht, aber außerhalb eingeweihter Kreise verschwieg er seine teuflische Neigung und behauptete sogar, er möge keine Kinder. Man vergleiche damit Daniel Cohn-Bendit, den zwar bisher kein einziger seiner Schutzbefohlenen aus der Kinderladen-Zeit des Missbrauchs bezichtigt hat, der aber aus seinen schmutzigen Phantasien keinen Hehl machte und sie sogar in einer Talkshow vor einem Millionenpublikum ausbreitete. So sagte der «rote Dany» am 23. April 1982 im französischen Fernsehsender Antenne-2: «Wissen Sie, die Sexualität eines Kindes ist etwas absolut Fantastisches. (...) Wissen Sie, wenn ein kleines fünfjähriges Mädchen beginnt, Sie auszuziehen, ist das großartig. Es ist großartig, weil es ein Spiel ist, ein wahnsinnig erotisches Spiel.» Ein Pfarrer, der so etwas öffentlich von sich gegeben hätte, wäre exkommuniziert worden. Aber Cohn-Bendit schadeten solche Äußerungen nicht – ganz im Gegenteil: Er hatte da seine Karriere erst noch vor sich!

Experimente mit Kindern

Was die Achtundsechziger in ihrer Parallelgesellschaft aus Wohngemeinschaften, Kinderläden und Clubs trieben, musste die große Mehrheit des Volkes nicht interessieren. Seit die cleversten der Revoluzzer aber über die grüne Partei in die Institutionen des Staates einsickerten, vor allem seit sie selbst an Regierungen beteiligt sind und Ministerien führen, können sie Verordnungen und Gesetze beeinflussen und sogar verfassen, an die sich alle halten müssen. Auf diese Weise wurden Praktiken, die in den 1970er Jahren nur in linksradikalen Kitas und Jugendzentren ausprobiert wurden, Bestandteile von Lehrplänen und Unterrichtsmaterialien. Ein Beispiel aus jenem Bundesland, wo die Grüne Sylvia Löhrmann seit 2010 Bildungsministerin ist: «Jungen dürfen in Nordrhein-Westfalen von der achten Klasse an den Führerschein machen. Nicht den für das Kraftfahrzeug, sondern einen anderen: Wer Theorie- und Praxistest besteht, bekommt den Kondomführerschein. Dazu gibt es ein Paket mit Silikon-Penis, Augenbinde, Stiften, Übungs- und Prüfungsbögen, Lösungsbogen und Kondomen.» (Frankfurter Allgemeine, 12.10.2014)

Die Gesellschaft für Sexualpädagogik in Kassel gibt die Stichworte für derartige Lehrpläne vor, auch in anderen rot-grünen Bundesländern. Eines ihrer bekanntesten Mitglieder, Elisabeth Tuider, hat mit Kollegen das Standardwerk Sexualpädagogik der Vielfalt verfasst. Jan Fleischauer schrieb im Oktober 2014 auf Spiegel-Online über ihren Ansatz: «Oralsex für Siebtklässler - In ihrem Bemühen, das traditionelle Familienbild zu ersetzen, greift die Sexualpädagogik zu ungewöhnlichen Methoden: Die Fachleute empfehlen für den Unterricht die Beschäftigung mit Vibrator, Handschellen und Lederpeitsche.» Ursula Enders von der Antimissbrauchs-Initiative Zartbitter kritisierte: «Dies ist eine neue Form sexualisierter Gewalt, die zudem sexuelle Übergriffe durch Jugendliche fördert.» In den 1980er Jahren hätten Päderasten Missbrauch und die Missachtung der Grenzen zwischen den Generationen als fortschrittliche Sexualpädagogik verkauft. Heute würden einige Autoren und Erziehungswissenschaftler ver-



Bild rechts: Der «pädophile Look» wurde 1967/68 durch das Model Twiggy populär. Foto: picture-alliance/dpa

suchen, «älteren Kindern und Jugendlichen eine Auseinandersetzung mit Formen der Sexualität aufzudrücken, die persönliche Grenzen verletzen», so Enders. Es entspreche keineswegs den Fragen von 14 Jahre alten Mädchen und Jungen, wenn sie zum Beispiel für eine Gruppenübung Sexartikel wie einen Dildo, Potenzmittel, Handschellen, Aktfotos und Lederkleidung erwerben sollen. Enders fragt: «Wie mag eine Jugendliche, die im Rahmen von Kinderprostitution verkauft wird, sich wohl fühlen, wenn sie im Sexualkundeunterricht einen "neuen Puff für alle" planen soll?» (FAS, 12.10.2014)

Partei der Minderheiten

Ein Widerspruch sticht ins Auge: Während die Grünen auf einigen Gebieten der Sexualität als selbsternannte Tabubrecher und Befreier auftreten, mutieren sie auf anderen zu einer spießigen Verbotspartei. Einerseits begrüßen sie, dass Grundschüler in die Techniken des Oral- und Analsex eingeführt werden, andererseits lassen sie in Kreuzberg Werbeplakate mit knapp bekleideten Frauen als «sexistisch» verbieten. Einerseits laufen ihre schwulen Protagonisten wie der Bundestagsabgeordnete Volker Beck gerne bei Frischfleischparaden der Szene mit, ja selbst ihr verklemmter Stuttgarter Oberbürgermeister Fritz Kuhn firmiert beim Christopher Street Day (CSD) als Schirmherr, andererseits verteufeln sie harmlose Fensterln-Gaudis auf bayrischen Volksfesten, weil dadurch Frauen zu Lustobjekten degradiert würden. Wie passt das zusammen?

Gefördert wird alles, was den Minderheiten gefällt. Verboten sind die Wünsche der Mehrheit.

Ganz einfach: Alles wird gefördert, was den Minderheiten gefällt. Alles wird unterdrückt, was die Mehrheit will. Die schrillen Warnungen vor der eingebildeten Homophobie sollen über ihre ganz reale Heterophobie hinwegtäuschen. Ihr Programm heißt nicht Befreiung der Gesellschaft, sondern Zersetzung. An diesem Punkt unterscheiden sich auch die achtundsechziger Linken und ihre grünen Erbverwalter fundamental von der alten Linken, egal ob Sozialdemokraten oder Kommunisten: Deren Parole war immer «Alle Macht dem Volke» gewesen, das bedeutete für sie die Enteignung oder zumindest Zurückdrängung des Kapitals. Das

hat Revoluzzer vom Schlage Cohn-Bendits nie interessiert: Nicht den Unternehmer, sondern den sogenannten Spießer sahen sie als Gegner, und folgerichtig waren Familie und Sexualität für sie die entscheidenden Schlachtfelder der Veränderung – und nicht Wirtschaft und Sozialpolitik.

Mit dieser Einstellung aber wurden die Achtundsechziger, allem Oppositionskrakeel zum Trotz. vom Gegner zur Avantgarde des Kapitalismus - eines neuen, der grausamer war als der alte. Nachdem mit ihrer Hilfe die Erwerbsarbeit der Frau als Emanzipation und die Pornographisierung der Kinder als Aufklärung populär geworden waren, entfremdeten sich die Geschlechter und Generationen. Die Familien zerfielen. Das Kapital begrüßte diese Entwicklung, denn aus Singles lässt sich viel mehr Geld ziehen als aus Gemeinschaftsmenschen: Jeder braucht zum Beispiel eine eigene Wohnung. Durch Frühsexualisierung kann man den Konsum noch weiter stimulieren: Junge Mädchen, die sich als Barbienüttchen herausputzen, waren schon immer gute Kunden. Aber wenn sie dank der neuen Lehrpläne auch noch entdecken, dass sie jedes Jahr ihr Geschlecht wechseln können, werden sie ihre Budgets für Mode und Schminken sogar noch erhöhen. Wen kümmert's, dass die Kinder sich von diesen Gender-Experimenten nie mehr erholen werden und seelische Krüppel bleiben? Als Ersatz für fehlende menschliche Wärme werden sie noch mehr konsumieren! Die sexuelle Revolution «vernichtete das letzte, was zwischen dem Individuum und dem totalen Markt stand: die Liebe und die Familie», schreibt der französische Romancier Michel Houellebecg.

«Wir waren geschockt»



«Zum zweiten Mal hat unsere Sekundarschule Binningen einen Pubertätstag mit verschiedenen Workshops veranstaltet. Der Schulnachmittag war für das Thema Aids reserviert. Die Frau, die uns angeleitet und uns alles erklärt hat, ist uns eher negativ in Erinnerung geblieben. Wir hatten sie schon mal das Jahr zuvor bei uns gehabt. Damals erklärte sie uns das Thema Selbstbefriedigung und sagte uns, dass dies ein tolles Erlebnis wäre und wir das tun sollten Dies fanden wir doch recht speziell, weil das Thema Selbstbefriedigung für uns als teilweise Zwölfjährige schlicht kein Thema war. Wir waren vielmehr sehr geschockt, dass uns jemand zu so etwas aufforderte. Was uns ebenfalls damals sehr speziell vorkam, war, als sie uns erklärte, dass sie Gleitgel als Handcreme benutzen würde » (Erfahrungsbericht von Schülern, Basler Zeitung, 13.2.2014)

Abbildung aus dem vergriffenen Auflkärungsbuch-Buch «Lisa und Jan» (1991). Foto: Beltz Verlag



Die Schweigespirale

Interview mit Stephan Klecha

Pädophile Positionen waren in den achtziger Jahren bei den Grünen hoffähig. Später verdrängten sie dieses Thema. Stephan Klecha erläutert im COMPACT-Gespräch, was er und Franz Walter vom Göttinger Institut für Demokratieforschung dazu in den Archiven gefunden haben.

«Es ist schon spannend, dass man sich nicht erinnert, warum man das gemacht hat.»

Auf dem grünen Parteitag in Dortmund am 21. und 22.6.1980 besetzte die Indianerkommune mit Pädo-Forderungen das Präsidium. Foto: picture-alliance/Sven Simon Ab 2013 tobte eine Diskussion über pädophile Positionen bei den frühen Grünen. Zuletzt stand vor allem Spitzenkandidat Jürgen Trittin im Fokus, der 1981 das Kommunalwahlprogramm der Göttinger AGIL mit entsprechenden Forderungen der Homosexuellen Aktion Göttingen presserechtlich verantwortet hatte. Bei den Bundestagswahlen 2013 haben die Grünen, nachdem sie zeitweise über 20 Prozent gehandelt wurden, deutliche Verluste eingefahren. Welchen Anteil hatte diese Debatte an der Wählerflucht?

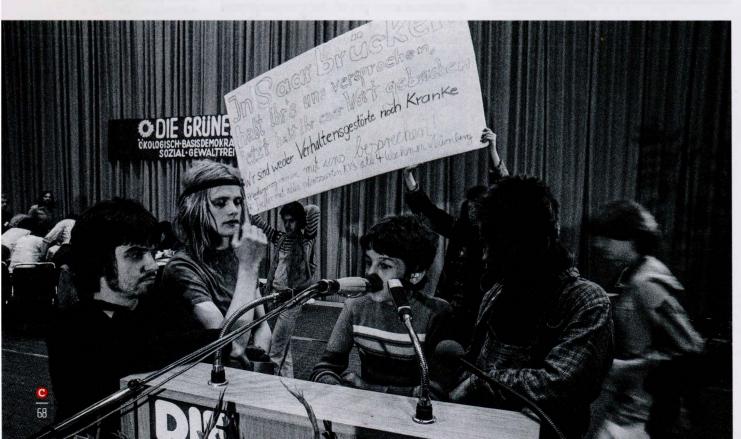
Das lässt sich nicht kausal bestimmen. Die Grünen sind eine Partei, die im Prinzip gefühlt für 25 Prozent wählbar ist. In anderen Teilen der Bevölkerung hegt man zwar Sympathie, ist aber skeptisch eingestellt gegenüber einer Art Lebenstotalität, die die Grünen zum Teil vermitteln. Das scheint mir eher das Problem zu sein. Wenn Sie es an Symbolen festmachen wollen, ist es der Veggieday. Die Pädophilie-Debatte spielt insofern mit rein, weil sie den Mythos der Grünen unterminiert, die Guten zu sein und auf der Seite des moralisch Überlegenen zu stehen.

Auffällig ist, wie hilflos die grüne Führung auf die Pädophilie-Debatte reagierte. Vor allem gab es keinerlei Versuche, die damaligen Diskussionen zeitlich und gesellschaftlich einzuordnen. Franz Walter und Sie sprechen von einer regelrechten Schweigespirale.

Wir hatten diese Debatten ja nicht nur bei den Grünen. Wir hatten sie bei den Jungdemokraten, in Teilen auch in der FDP. Wir hatten sie im *Spiegel*, in der *Zeit*. Man hat in verschiedenen Bereichen über die Frage sexueller Befreiung und in diesem Zusammenhang auch über Pädophilie debattiert, entsprechende Forderungen akzeptiert oder zumindest hingenommen. Teile der Schwulenbewegung haben sich so verhalten. Heute will sich keiner daran erinnern oder allenfalls sagen: Wir haben schwere Fehler begangen. Das ist insofern interessant, weil dieser Diskurs damals ja wesentlich vielschichtiger war. Es war ja nicht so, dass einfach eine verwirtte Position übernommen wurde.

Mir erscheinen pädophile Forderungen durchaus verwirrt.

Dahinter steckten aber auch bestimmte rationale Argumente. Diese waren nicht immer unbedingt klug, und natürlich hat man auch bestimmten Leuten Foren geboten. Aber nicht, um Pädophilie zu akzeptieren – das war dann eher ein Resultat. Dahinter steckten Grautöne, die heute etwas untergehen.



Es gibt zwei, drei Fragestellungen, die damals interessant waren, aus denen man damals vielleicht auch die falschen Schlüsse gezogen hat, die aber zum Teil unsere heutige Debatte durchaus beeinflusst haben. Etwa die Frage der Sekundärschädigungen. Es gab damals Wissenschaftler, die hielten nicht den Sexualakt, sondern die anschließende Aufklärung für das eigentliche Problem. Das hat sogar Eingang in die Strafprozessordnung gefunden. Ein Opfer von Pädophilie muss sich nicht mehr einem Verhörverfahren stellen, sondern wird umfänglich geschützt. Daraus hat man damals den Schluss gezogen: Der Sekundärschaden ist viel schlimmer als der Primärschaden, also ist der Primärschaden gar nicht vorhanden. Das war natürlich ein Fehlschluss. Oder denken Sie an die Frage der Geschlechtsreife. Wir wissen heute, dass sich die Pubertät vorverlagert. Was ist dann das geeignete Schutzalter? Eine wirklich schwierige Frage, die man aber entscheiden muss. Das taucht Ende der 1980er Jahre, etwa in einem Aufsatz von Volker Beck, als Fragestellung sogar auf. Er wollte nicht das Schutzalter abschaffen, aber er stellte diese Frage. Darauf will heute keiner mehr eingehen, denn man kommt dadurch ins falsche Licht.

Pädophile Positionen galten als vertretbar

Das wirkt alles ein wenig, als seien pädophile Positionen in den 1970er und 1980er Jahren fast ein Teil des Zeitgeistes gewesen.

Wenn Sie überlegen, dass der Chef des Feuilletons der Zeit, Rudolf Walter Leonhardt, entsprechende Thesen veröffentlichte... Das las man als engagierter Gymnasiallehrer oder junger Universitätsdozent, und darauf nahm man dann auch durchaus Bezug. Wir haben diese Debatten ja auch beim Kinderschutzbund gefunden. Es gab durchaus eine relativ breite Strömung, die solche Positionen für zumindest vertretbar hielt. Wenn man die Position selbst auch nicht teilte, hat man sie zumindest als bedenkenswert eingestuft. Entscheidend ist aber: Es gab auch Gegenstimmen, es war nicht alternativlos. Es gab insbesondere den Sexualwissenschaftler Günter Amendt, der auch eine hohe Popularität genoss. Er hat massiv davor gewarnt, zusammen mit Alice Schwarzer. Damit gab es gerade auch im linksalternativen Milieu sehr wohl mahnende Stimmen.

Die Jungdemokraten forderten auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz 1981 unter der Überschrift «Keine Bestrafung der freiwilligen und einvernehmlichen Sexualität» die Abschaffung mehrerer einschlägiger Strafrechtsparagraphen – immerhin war das die Jugendorganisation der Regierungspartei FDP.

Es gibt diese Beschlüsse der Jungdemokraten. Aber bei der FDP haben wir keine Beschlüsse in der Partei. Wir haben einzelne Akteure identifizieren können,



die – übrigens aus gutem liberalen Rechtsstaatsverständnis – sagten: Wenn Pädophilie eine Neigung ist, dann ist das Strafrecht vielleicht nicht unbedingt das adäquate Mittel, dem zu begegnen. Es steht einer Rechtsstaatspartei durchaus an, darüber nachzudenken. Die FDP sagt heute, die Jungdemokraten haben gar nicht mehr zur Partei gehört. Aber das stimmt nicht, die Jungdemokraten haben bis 1982 sehr wohl noch zur FDP gehört, auch wenn es spätestens ab 1978 einen Ablösungsprozess gab und die FDP damit begann, die Jungen Liberalen zu gründen.

Haben frühere Mitglieder der Jungdemokraten heute ein besseres Gedächtnis als führende Grüne?

Wenn etwas beschlossen wurde, sagen sie immer, wir haben keine Unterlagen, oder können uns nicht erinnern. Einen Tag später rufen sie an und meinen: Aber diese These drei haben wir nicht beschlossen. Das ist schon interessant: Keine Unterlagen, sich an nichts erinnern, aber ganz genau wissen, was die These drei war.

Man fand das vielleicht auch ganz «schick»

Vielleicht erinnern sie sich nicht, weil diese Vorgänge für sie damals gar nicht sonderlich merkenswert waren?

Als wir das von Jürgen Trittin presserechtlich verantwortete Göttinger Kommunalwahlprogramm von 1981 thematisiert haben, meldeten sich diverse Leute, die bei diesen Kommunalwahlprogrammen beteiligt waren. Die sagten, wir haben das da einfach so reinkopiert und uns gar keine Gedanken dazu gemacht. Da ist dann wieder die Schweigespirale. WaDie Pädophilie-Debatte brachte den Grünen im Wahlkampf 2013 ungewollte Schlagzeilen und öffentliche Entrüstung. Foto: Pro NRW



Auch die Satire-Organisation Die Partei ließ sich das Thema nicht nehmen. Foto: Die Partei

Es gab durchaus eine relativ breite Strömung, die solche Positionen für zumindest vertretbar hielt.

COMPACT Spezial — Partei der Päderasten

Daniel Cohn-Bendit



Der langjährige grüne Europaabgeordnete gehörte zu den prominentesten Autoren pädophiler Phantasien. Im Buch Der große Basar (1975) bekannte Cohn-Bendit über seine Tätigkeit in einem Frankfurter Kinderladen: «Mein ständiger Flirt mit allen Kindern nahm bald erotische Züge an.» Im Stadtmagazin Pflasterstrand fabulierte er 1978 über die Verführung durch ein «6-jähriges Gossenmädchen»: «Es war eines der schönsten Erlebnisse, die ich ie hatte.» Zwei Jahre später verkündet er, dass in seinem Kinderladen die «Abschussquoten von Kindern (...) um zwei Jahre auf 14 Jahre gesenkt» wurden. Cohn-Bendit bestreitet, dass es zu den beschriebenen pädosexuellen Handlungen tatsächlich gekommen ist.

Daniel Cohn-Bendit, hier 2010 im französischen Regionalwahlkampf. Foto: Marie-Lan Nguyen, CC 3.0

Stephan Klecha (*1978) ist seit Anfano 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung in Göttingen. Gemeinsam mit dem Leiter des Instituts, Professor Franz Walter. erforscht er im Auftrag der Grünen die pädophilen Diskussionen und Tendenzen der Partei, vor allem in den 1980er Jahren. Klecha promovierte zum Thema der Jugendarbeit in der IG Metall. In den letzten Jahren veröffentlichte er unter anderem zu Veränderungen im Parteiensystem, Minderheitsregierungen und Wahlrecht. --Interview: Martin Müller-Mertens

rum haben die sich nicht in den letzten Wochen und Monaten dazu geäußert? Offensichtlich wussten sie ja, wie Teile ihres Programms zustande gekommen sind. Man hat ja fast den Eindruck, da war irgendwo eine kleine klandestine Gruppe, die alles unterwandert hat. Aber in Wirklichkeit hat man Positionen einfach übernommen, fand das vielleicht auch ganz schick und hat sich keine Gedanken gemacht.

Aber spätestens bei Parteitagen, quasi in der Öffentlichkeit, können solche Positionen doch nicht einfach rüberkopiert worden sein, ohne Diskussionen auszulösen?

Diese Beschlüsse erfolgen meist ohne große Diskussionen. Wenn es Diskussionen gab, in Berlin und Nordrhein-Westfalen, fanden solche Positionen letztlich keine Mehrheit. Aber zumeist wurden sie durchgewunken. Es kam ja aus der Schwulenbewegung, und wer kannte schon das Strafgesetzbuch? Auf dem Programmparteitag 1980 in Saarbrücken spielte das eine Rolle, aber im Windschatten. Man diskutierte sehr stark um den Abtreibungsparagraphen 218, man hatte eine Personalkontroverse. Die Grünen hatten dann verabredet, die Debatte zu führen. Aber dazu kam es nicht. Als die Grünen in den Bundestag einzogen und darüber sinnierten, ob man jetzt gesetzesinitiativ werden soll, wurden solche Positionen nicht mehr mehrheitsfähig. Sie blieben aber im Spektrum der Grünen Partei vertretbar.

Negativer Teil der Geschichte verdrängt

Das änderte sich erst Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre. Die Grünen betonen ja, dass seit etwa dieser Zeit pädophile Positionen bei ihnen keinen Platz mehr haben.

Es gab dann entsprechende Beschlüsse. Bis Mitte der 1990er Jahre konnte man immer wieder mal ein

Aufflackern feststellen, bei dem Leute meinten, solche Debattenbeiträge reinzugeben. Folge war aber eigentlich eher die gegenläufige Bewegung. Insbesondere die Frauen bei den Grünen und indirekt damit auch die Frauenbewegung haben sehr maßgeblich den gesellschaftspolitischen Diskurs geprägt. Sie sind gegen diese Positionen aufgestanden. Insofern hat es ein Stück weit zur Immunisierung der Partei beigetragen. Es hat aber auch dazu geführt, dass die Grünen das Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre als Schlussstrich begriffen haben.

«Als die Grünen in den Bundestag einzogen, wurden solche Positionen nicht mehr mehrheitsfähig. Sie blieben aber im Spektrum der Grünen Partei vertretbar.»

Erklärt dieser Schlussstrich, wieso die Grünen das Thema derart umfassend verdrängen konnten?

Das kollektive Gedächtnis der Grünen ist eine einzige Erfolgsgeschichte. Die Grünen sind stolz darauf, dass eine Frau Bundeskanzler ist, dass ein Schwuler Außenminister werdenkonnte. Das ist auch teilweise ihr Verdienst. Aber an den durch Übersteigerung entstandenen negativen Teil haben sich die Grünen immer ungerne erinnert, obwohl die Akteure ja dieselben sind. All die Trittins, Künasts, Roths, Wielands, Ströbeles sind ja seit 30 Jahren dabei und kennen sehr wohl die Schattenseiten der Diskurse, die man geführt hatte.





Kretschmann und der Sex-Lehrplan

von Rudolf Gehria

Seit die Grünen in Baden-Württemberg den Ministerpräsidenten stellen, geben sie vor allem in der Schulpolitik den Ton an. Was den Kindern mittlerweile als Rüstzeug für die Pubertät mitgegeben wird, ist keine Aufklärung mehr – sondern Propaganda gegen die Heterosexualität.

Irgendwie dreht sich alles nur um Sex. In den Gesprächen in der U-Bahn, im Kino, in der Werbung, in den Medien. Selbst im Sport schien sich die Berichterstattung zu Jahresanfang 2014 vor allem auf das Coming-out eines ehemaligen Fußballers und die angebliche Diskriminierung von Homosexuellen bei den Olympischen Winterspielen in Sotschi zu konzentrieren.

In Deutschland sitzt zeitgleich die eine Hälfte im Dschungelcamp, die andere führt einen Kulturkampf um Homosexualität. Nachdem die Medien nach dem Outing Thomas Hitzlspergers vor Begeisterung nur so überschäumten, war es ein Pädagoge aus Baden-Württemberg, der sie zum Schäumen bringt. Als «homophob», «intolerant» und «rechtspopulistisch» brandmarken sie den Realschullehrer Gabriel Stängle, all seinen Beteuerungen zum Trotz, in denen er sich ausdrücklich «von jeglichen rechtsradikalen und sonstigen diskriminierenden Kommentaren und Stellungnahmen» distanziert.

Der neue Gender-Mensch

Doch was hat Stängle eigentlich verbrochen? Er hat eine Petition im Internet initiiert, die sich gegen den damals in Planung befindlichen Bildungsplan der grün-roten Landesregierung für 2015 wendet. Dieser sieht vor, die «Akzeptanz sexueller Vielfalt» in den Lehrzielen der Schulen fächer- und jahrgangsstufenübergreifend zu verankern. Dabei war die Toleranz gegenüber allen möglichen sexuellen Lebensformen schon im Bildungsplan des Jahres 2004 in Baden-Württemberg festgeschrieben, aber das genügt der grün-roten Landesregierung nicht mehr. Künftig sollen nämlich nicht nur Homosexualität, sondern auch Bisexualität, Transsexualität und Intersexualität in der Schule eine Rolle spielen. Gabriel Stängle und die bis Anfang Februar 2014 knapp 200.000 Unterzeichner dieser Online-Unterschriftensammlung («Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens») fürchten «eine pädagogische, moralische und ideologische Umerziehung an

Demonstration gegen den grünroten Bildungsplan in Baden-Württemberg 2014. Mittlerweile haben auch Bremen, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Hessen ihre Rahmenpläne entsprechend überarbeitet. Foto: Screenshot YouTube

«Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens».

Titel einer Petition

COMPACT Spezial • Partei der Päderasten

Keine Entwarnung



Im April 2016 wurde der neue Bildungsplan für Baden-Württemberg vorgestellt. Da die SPD mittlerweile aus der Regierung ausgeschieden und die CDU neuer Koalitionspartner der Grünen geworden war, gab es Hoffnungen auf eine Entschärfung bei der sexuellen Umerziehung der Kinder. Das Internetportal Die Freie Welt trat diesen Hoffnungen entgegen:

«Die Leitperspektive wird deut-

lich in einem Absatz in welchem die Gender-Ideologie zu einem Kerninhalt des neuen Bildungsplanes erhoben wird: "Schule als Ort von Toleranz und Weltoffenheit soll es jungen Menschen ermöglichen, die eigene Identität zu finden und sich frei und ohne Angst vor Diskriminierung zu artikulieren." (...) Dieser Satz behauptet nichts anderes, als dass man die eigene Identität, die eigene Persönlichkeit nicht unmittelbar erkennen kann. Man ist sozusagen auf der Suche nach der eigenen Identität, auch nach der sogenannten sexuellen Identität. Hier wird also impliziert, dass das biologische Geschlecht keine Rolle bei der sexuellen Identität oder Orientierung spielt. Man kann zwar biologisch Mann oder Frau sein, doch dadurch ist die "sexuelle Identität" oder die "sexuelle Orientierung" (beide werden im Bildungsplan

Der umstrittene Bildungsplan trat in überarbeiteter Fassung im August 2016 in Kraft. Foto: Victor Bezrukov, Port-42, CC BY 2.0, Wikimedia Commons

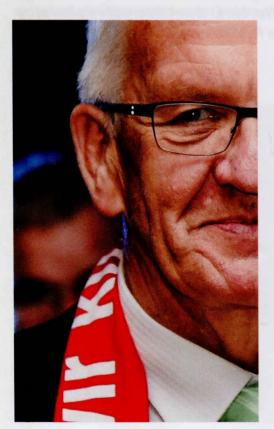
nicht näher definiert) nicht fest-

gelegt.»

den allgemeinbildenden Schulen». Sie bekräftigen die Wichtigkeit der Toleranz gegenüber anderen Lebensentwürfen, lehnen es jedoch ab, dass Lehrer im Unterricht diese der traditionellen Ehe gleichstellen sollen.

Das politische Establishment ist empört ob dieser Unbotmäßigkeit der Untertanen. Die Grünen wollen in vielen Kommentaren auf der Petitionsseite «ein erschütterndes Maß an Homo- und Transphobie» erkannt haben. Ins gleiche Horn stößt auch Stefan Fulst-Blei, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: «Die jetzige Online-Petition birgt den Geist massiver Intoleranz und ist pädagogisch wie politisch unterste Schublade.» Christian Stärk, damals Vorsitzender des Landesschülerbeirates Baden-Württemberg und Vorstand der Bundesschülerkonferenz, hielt die Argumente der Petitionsunterzeichner für «realitätsfern» und warf ihnen vor: «Solche Ablehnung fördert Homophobie.» Und der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann beschreibt diese Petition als «religiös imprägniert» und stellt klar, dass man sich bei der Erstellung des Bildungsplanes nicht auf «fundamentalistische Grundlagen» stützen werde.

Pikant: Kretschmann ist auch Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). Und es blieb nicht bei verbaler Aburteilung: Der Sprecher des Kultusministeriums gab bekannt, dass eine Strafanzeige sowie eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Petenten Stängle vorliege, die später fallengelassen wird.



Unterstützt wird die Initiative dagegen von christlichen Organisationen. Beispielsweise erklärten die beiden evangelischen Landeskirchen, dass sie selbstverständlich um die Wichtigkeit von «Toleranz auf dem Schulhof, Initiativen gegen Ausgrenzung und Abwehr von Vorurteilen» wüssten. Jedoch sähen sie sich auch in der Pflicht, «die notwendige innere Diskussion über Leitfragen im Zusammenleben einer Gesellschaft, über Fragen der Sexualethik und Lebensbeziehungen, über biblische Aussagen und gegenwärtige Herausforderungen» wachzuhalten.

Lesben- und Schwulenverbänden machten erfolgreich Druck im Kultusministerium.

Sie erinnerten außerdem an den Artikel 12 der Landesverfassung, in dem von einem zu erfüllenden «christlichen Sittengesetz» die Rede ist und davon, die «Jugend in Ehrfurcht vor Gott» zu erziehen. Gleicher Meinung ist auch der Fraktionsvorsitzende der FDP, Hans-Ulrich Rülke, der die Lebensentwürfe von Minderheiten zwar für «tolerabel» hält, jedoch nicht für «gleichwertig». Dafür erntete er Kritik auch aus den eigenen Reihen. Der Landesvorsitzende der Jungliberalen, Sebastian Graz, erklärte, dass er sich für Rülkes Aussagen schäme.

Die Macht der Lobbies

Insgesamt wirkt der neue baden-württembergische Bildungsplan wie ein «in den Lehrplan umgewandeltes Parteiprogramm», resümierte Heike Schmoll Ende Januar 2014 in der FAZ. Es zeuge «nicht von allzu großer Klugheit in Stuttgart, nahezu wörtlich die Ziele einschlägiger Interessengruppen (...) zu übernehmen». So berichten Kirchenvertreter von einem Gespräch mit dem Kultusministerium am 18. November 2013. Sie hätten dabei deutliche Kritik geäußert, die aufgrund des hohen Drucks von Lesben- und Schwulenverbänden jedoch ignoriert worden sei. Heike Schmoll schlussfolgert: «Der gesamte Entwurf für den Bildungsplan atmet den Geist eines affirmativen Erziehungsverständnisses, das zum Glück als längst überholt gilt.

Er entwirft das Bild eines neuen Menschen nach dem Bild der grün-roten Landesregierung in Stuttgart und deren Landesinstitut für Schulentwicklung. Das ist deshalb so gefährlich, weil Bildungsprozesse auf diese Weise zu einer einzigen Indoktrination werden können, weil die Beschreibung von Einstellungen und Haltungen schlimmstenfalls in schulische Gesinnungsprüfungen ausarten könnte, die es in beiden deutschen Diktaturen schon einmal gab.»



Es war einmal

Die vergessenen Anfänge der Grünen



Für ein neutrales, souveränes Deutschland

von Rolf Stolz

Die Grünen waren in ihren Anfangsjahren für den Abzug der Besatzungstruppen und die Überwindung der deutschen Spaltung. Doch die Vertreter dieses Kurses wurden Zug um Zug ausgeschaltet. Ein Erfahrungsbericht.

Deutschland wurde geteilt, um es leichter beherrschen zu können.

Die Maxime «divide et impera», von Goethe als «Entzweie und gebiete!» übersetzt, galt schon im alten China und im alten Rom. Aber erst der moderne Imperialismus hat diese Strategie verallgemeinert und vervollkommnet. Auch die imperialistischen Besieger Hitler-Deutschlands handelten vor und nach 1945 nach dieser Leitlinie. Deutschland wurde geteilt, um es leichter beherrschen und benutzen zu können. Hohle Einheitsphrasen der einheimischen Politiker waren da zwar nicht immer erwünscht, wurden aber geduldet, solange die Spaltung unabänderlich schien. Als aber in den 1980er Jahren die deutsche Einheit durch den wirtschaftlichen, moralischen und machtpolitischen Niedergang des sowjetischen Blocks und den schrittweisen Rückzug der UdSSR aus den «Bruderstaaten»

erneut auf die weltpolitische Tagesordnung rückte, reagierten die westlichen Vormächte und deren Geheimdienstzentralen alarmiert.

Projekt von Konservativen und Nationalneutralisten

Zumal zum ersten Mal nach 1945 im Bonner Teilstaat mit den Grünen eine neue, die Links-Rechts-Separatismen überbrückende, gefährlich unabhängige und unberechenbare Partei auf den Plan trat. Zwar war mit Rudi Dutschke der wichtigste Vordenker einer neuen Politik internationaler Solidarität und patriotischer Selbstbefreiung am Weihnachtstag 1979, kurz vor Gründung der Partei, gestorben.

Aber dennoch entstanden die Grünen als Projekt der Antimilitaristin Petra Kelly, des Nationalneutralisten August Haußleiter, unbestechlicher Köpfe wie Herbert Gruhl und Baldur Springmann auf dem konservativen oder Heinz Brandt und Jan Kuhnert auf



Der erste Bundesvorstand der Grünen in Bonn, März 1980 (von links): Rolf Stolz (Schriftführer), die drei Sprecher August Haußleiter, Petra Kelly und Norbert Mann. Die Schatzmeisterin Grete Thomas war nicht anwesend. Foto: picture-alliance/dpa

dem linken Flügel. Als ich 1980 mit Kelly, Haußleiter, Norbert Mann und Grete Thomas in den ersten Geschäftsführenden Bundesvorstand der Grünen gewählt wurde, hatte ich über ein Jahrzehnt lang in der unabhängigen Linken meine Erfahrungen mit Polizei, Schlapphüten, V-Leuten und Provokateuren gesammelt. Aber mit dem, was in den nächsten Jahren geschah, rechnete ich nicht im mindesten. Gewohnt. als Linksextremer verbellt zu werden, musste ich mich Mitte der achtziger Jahre auf einmal mit Pseudolinken herumschlagen, die den Neutralismus und selbst die Idee einer deutschen Konföderation (also im Grunde auch die KPD-Politik der 1950er Jahre!) als faschistisch denunzierten. Nicht im damaligen Kampfgetümmel, sondern erst im Rückblick wurde mir klar, wie planmäßig die Grünen von ihrem ursprünglichen Weg ab- und auf Linie gebracht, wie sie geradezu kastriert und ausgeschaltet wurden.

Was war nach 1980 bedrohlich für die Statusquo-Betonpolitiker? Erstens vereinigten die Grünen ein Oppositionspotential, das man vorher bequem auseinanderdividiert hatte. Zweitens hatten die Grünen 1980 in ihrem Saarbrücker Programm die «Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung», den «Abzug aller fremden Truppen von fremden Territorien» und die Überwindung der Spaltung Europas und Deutschlands zu ihrem Ziel erklärt: «Der Ausbau einer am Leitwert Frieden orientierten Zivilmacht muss mit der sofort beginnenden Auflösung der Militärblöcke, vor allem der NATO und des Warschauer Pakts, einhergehen. Damit wird die Grundlage geschaffen, um die Teilung Europas und damit auch die Spaltung Deutschlands zu überwinden.»

Grüne Westextremisten

Damals wurde das vertreten, was Joschka Fischer & Co. in den späten achtziger und den neunziger Jahren politisch-praktisch annullierten, ehe die neue Linie 2002 mit dem neuen Programm auch auf dem Papier angekommen war: pro NATO, pro USA, als Büttel an der Seite des Weltpolizisten. Dieser Umbruch, der aus den Grünen eine Hilfsformation der Eliten und ihrer Vormacht werden ließ, vollzog sich in der Deutschlandpolitik schon 1984/85 — einige Jahre, bevor die Fischer-Gang nach dem linksfundamentalistischen Zwischenspiel unter dem Trio Reiner Trampert, Thomas Ebermann und Jutta Ditfurth auch in der Bundespartei die Zügel übernahm.

Schon 1985 hatte Fischer in Bad Godesberg vor Tausenden Zuhörern erklärt, wer Deutschland wiedervereinigen wolle, der wolle so tun, als habe es Auschwitz nie gegeben. Der Missbrauch von Auschwitz zu schweinischen persönlichen Zielen – da war der US-affine Metzgersohn Joseph Fischer wieder einmal bei einem anderen US-affinen Metzgersohn in die Lehre gegangen, bei seinem heimlichen Vorbild in Sachen Demagogie und Schnell-Reich-Wer-



Ihre Gründungsgedanken nahmen die Grünen später selber nicht mehr ernst. Foto: Bundesarchiv, Plak 104-PM0353-004, Grüngraph/Daniel Wenk & Co., 1990

«Abzug aller fremden Truppen von fremden Territorien»

_ Rolf Stolz (*1949) war ab 1967 im SOS und später in der KPD/ML aktiv, bevor er 1980 an der Gründung der Grünen teilnahm, denen er bis heute angehört. Er lebt als Publizist, Schriftsteller und Fotograf in Köln. (www.rolfstolz.de)

Gründungsparteitag der Grünen 1980. Foto: picture-alliance/ dpa



COMPACT Spezial Es war einmal

Die frühen Grünen



10.6.1979: Der Partei-Vorläufer SPV Die Grünen erhält bei den Europawahlen 3,2 Prozent.

12./13.1.1980: Die Partei Die Grünenwird auf einer Versammlung in Karlsruhe formell gegründet. Die Doppelmitgliedschaft in kommunistischen Gruppen wird verboten.

22./23.3.1980: Der Parteitag («Bundesversammlung») in Saarbrücken wählt den Nationalneutralisten August Haußleiter zu einem der drei gleichberechtigten Bundessprecher.

21./22.6.1980: Haußleiter muss nach einer Spiegel-Kampagne mit Nazi-Vorwürfen sein Amt abgeben. Sein Mitstreiter Herbert Gruhl, davor in der CDU, und andere Konservative treten in der Folge aus den Grünen aus.

5.10.1980: Bei den Bundestagswahlen erreichen die Grünen 1,5 Prozent.

1984 zogen die ersten Grünen ins EG-Parlament ein. Foto: Bundesarchiv, Plak 104-PM0254-009, Grafik Werkstatt Bielefeld, 1979 den, Franz Josef Strauß. Bei der Bundestagswahl im Dezember 1990 blamierte sich die Realitätstüchtigkeit der einheitsfeindlichen Realo-Politiker, die sich noch später als die PDS, nämlich erst am 1. April 1990, mit der unaufhaltsamen Wiedervereinigung abfinden mochten. Mit dem Slogan «Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter» erreichten die grünen Westextremisten nur noch 4,8 Prozent und flogen verdientermaßen aus dem Bundestag.

Hetze und Klüngelkoalition

Geradezu nach Drehbuch wurden Schritt für Schritt die Verfechter einer auf Friedenspolitik. Blockfreiheit und Souveränität abzielenden Politik abgeschossen oder kaltgestellt. Herbert Gruhl, Baldur Springmann, Heinz Brandt und andere wurden 1980/81 aus der Partei gedrängt und verließen die Grünen. Im Juni 1980 wurde August Haußleiter durch eine Spiegel-Hetzkampagne mit Nazi-Vorwürfen zum Rücktritt aus seinem Amt als einer der drei Sprecher der Bundespartei gezwungen, obwohl der Linkssozialist Jan Kuhnert, später einer der Mitbegründer der Grünen-Abspaltung Ökologische Linke, damals in einer genauen Untersuchung diese Anwürfe widerlegte. Im Oktober 1981 gelang es auf der Offenbacher Bundesversammlung einer Klüngelkoalition, den Berliner Ernst Hoplitschek (später FDP) an meiner Stelle als Schriftführer durchzusetzen und Petra Kelly im Vorstand an den Rand zu drängen.

Trotz allem hatte ich noch im November 1983 die Unterstützung der Bundespartei und der Fraktion, in Köln eine erste bundesweite Konferenz un-

ter dem Titel «Grünalternative Bewegung und deutsche Frage» durchzuführen. Dirk Schneider, Bundestagsabgeordneter aus Westberlin und – wie später herauskam – seit 1975 Stasi-IM «Ludwig», präsentierte sich dort – ausgesprochen isoliert – als Repräsentant einer «neuen grünen Deutschlandpolitik» nach altbewährtem Muster: strikt an der kurzen Leine Ostberlins, kompatibel mit den SPD-Machenschaften und somit koalitionsgeeignet. Später wurde im übrigen Antje Vollmer, die spätere grüne Bundestagsvizepräsidentin, seine einflussreichste Verbündete in Sachen Deutschlandpolitik.

«Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter.»

Wahlwerbung 1990

Wichtigstes Ergebnis der Kölner Konferenz war es, klar und offen die Ziele einer alternativen Deutschlandpolitik zu umreißen: Atomwaffenfreiheit, Truppenabzug, Entmilitarisierung, Abschluss eines Friedensvertrags, Blockfreiheit, Staats- und Volkssouveränität. Im Auftrag der Konferenz erschien in 15 Nummern die von Gotthard Krupp, einem Ex-Trotzkisten, und mir herausgegebene Zeitschrift Materialbrief Deutsche Probleme, Probleme mit Deutschland.

Eine legendäre Tagung

Im Frühjahr 1984 sandte mich die grüne Parteiführung nach Bad Tutzing, um dort in ihrem Auftrag in der Evangelischen Akademie über Deutschlands Zukunft zu diskutieren. Meine Gesprächspartner waren Manfred Stolpe, Günter Gaus (damals Leiter der bundesdeutschen Ständigen Vertretung in der DDR) und Peter Bender (der «publizistische Wegbereiter» von Willy Brandts Ostpolitik, wie der Spiegel einmal schrieb).

Als ich in meinem Vortrag «Ein deutscher Sonderweg außerhalb der Blöcke» von der deutschdeutschen Gefahrengemeinschaft und der Wiederkehr der deutschen Frage sprach, für Abkoppelung und Konföderation als Schritte zur Wiedervereinigung plädierte, sangen natürlich die SPD-Heroen das alte Lied «Üb' immer Bündnistreu' und Folgsamkeit» — ganz so, wie der SPD-Verteidigungsminister und Schmidt-Kronprinz Hans Apel sie 1980 eingestimmt hatte: «Neutralität für unser Land wäre (...) eine Medizin, die uns ausschaltet aus der Gestaltung der Politik und die Kriegsgefahr erhöht.»



Otto Schily, hier auf einem Parteitag in Dortmund, verließ 1989 die Grünen. Foto: picture alliance / Klaus Rose Manfred Stolpe dagegen, der ja sehr eng mit der neuen Deutschland-Politik der UdSSR unter dem frischgebackenen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow verbunden und alles andere als ein Honecker-Mann war, signalisierte unter vier Augen Sympathie für einen grünen Blockfreiheitskurs — eines der vielen Signale, die nun mehrere Jahre lang aus dem Osten kamen und von den Bonner Kretins bewusst ignoriert wurden.

Andererseits war es damals noch möglich, dass die heute politisch korrekt auf den Hund gekommene Süddeutsche Zeitung sachlich meine Positionen darstellte und ihr Chefredakteur mir schrieb: «Ihre Stimme hätte in Tutzing nicht fehlen dürfen.» Nun ja, manch anderer – auch innerhalb der Grünen – wollte schon damals solche Stimmen zum Schweigen bringen. Schließlich hatte 1981 eine Umfrage die für die NATO-Fanatiker alarmierende Tatsache ermittelt, dass 34 Prozent der Befragten mit einem neutralen Deutschland sympathisierten.

Für ein Deutschland der Volkssouveränität

Im Oktober 1984 gründeten Grüne, SPDIer und Parteiunabhängige den Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion (LDD), dessen Sprecher ich wurde. Die Grundsatzerklärung «Anstoß für eine deutschdeutsche Alternative» wurde veröffentlicht und in der Folge von über siebzig Einzelpersonen unterzeichnet, darunter Ossip K. Flechtheim, der Berliner Germanist Gerhard Bauer und das grüne Bundesvorstandsmitglied Brigitte Berthold.

Die Transatlantiker in der Grünen Partei konnten die linken Deutschland-Diskussionen marginalisieren. Aber sie werden die alten Ideen nicht auf Dauer eliminieren.

Als Ziele wurden unter anderem genannt: die Überwindung der Teilung Deutschlands, Selbstbestimmung und Blockfreiheit, Abzug aller fremden Truppen und Friedensvertrag, Völkerfreundschaft und internationale Solidarität, Widerstand gegen Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus, ein Deutschland der Volkssouveränität und der sozialistischen Demokratie in einem Regenbogen-Europa.

Man braucht schon eine reichliche Gehirnerweichung, eine maximale Bedenkenfreiheit, viel Dummdreistigkeit und Fälschertalent, um angesichts dieser Positionen die LDD zu meinem «Quer-



front-Lebenswerk» und mich zum «rechtsextremen Nationalrevolutionär» zu ernennen. Genau das erklärt aber — in wessen Auftrag auch immer — seit damals Peter Kratz, Sohn eines CDU-Politikers, zeitweise Mitarbeiter von SPD-Bundestagsabgeordneten und Leiter eines Ein-Mann-Antifa-Instituts mit der lautmalerisch entlarvenden Abkürzung BIFF.

Zu einem großen Teil ist den Transatlantikern in der Grünen Partei die Marginalisierung der linken Deutschland-Diskussion in der Folge gelungen, aber weder sind die alten Protagonisten der Selbstbestimmung alle verschwunden, noch sind ihre Ideen auf die Dauer zu eliminieren. Neue, junge Leute haben längst die Stafette übernommen – und zwar vor allem außerhalb der traditionellen Parteiund Lagergrenzen. Keine der Altlastparteien, weder NSA noch NSU werden auf Dauer verhindern können, dass das Volk sich die Demokratie politisch korrekt übersetzt: als Volksherrschaft.

Nach ihrem Überraschungserfolg von 6,3 Prozent bei den Frankfurter Kommunalwahlen 1981 stürmt Daniel Cohn-Bendit – damals noch parteilos – in das Rathaus der Mainmetropole. Acht Jahre später wurde er erster Dezernent für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt. Foto: picture alliance / Roland Witschel

Zwischen Joschka und Jutta

von Jürgen Elsässer

Die Frühgeschichte der Grünen birgt reichhaltiges Anschauungsmaterial, in welchen Fallstricken sich eine oppositionelle Kraft verheddern kann. Einige kreative Ansätze, die von den Apparatschiks abgebügelt wurden, verdienen nähere Betrachtung.



Joschka Fischer und Jutta Ditfurth 1986 in Frankfurt am Main. Foto: picture-alliance/dpa

«Nicht links, nicht rechts, sondern vorn». Grüner Slogan 1980

Man macht einen großen Fehler, wenn man die Grünen allein nach ihrem heutigen Profil beurteilt. Sie waren nicht immer die selbsternannte Avantgarde, die das Volk durch Verbote züchtigen und durch Masseneinwanderung austauschen wollte. Vielmehr ging es, zumindest bis Mitte der 1980er Jahre, bei ihnen fast genauso wild zu wie heute bei der AfD. Die neue Partei verstand sich explizit als «basisdemokratisch», befürwortete Plebiszite auf allen Ebenen und warb mit dem Slogan «nicht links, nicht rechts, sondern vorn». Das entsprach auch der Zusammensetzung ihrer Basis: Ihre Entstehung verdanken die Grünen der Anti-Atomkraft-Bewegung, die 1975 mit der Bauplatzbesetzung im südbadischen Whyl entstanden war. Dort, im Kernland der CDU, dominierten zunächst konservative Bauern und Winzer den Protest. Kommunistische Gruppen, die mit Mao «Dem Volke dienen» wollten, kamen erst später hinzu. Bei den zum Teil gewaltsamen Demonstrationen am geplanten AKW Brokdorf an der Unterelbe (1976/77) wurde ihr Einfluss spürbar stärker.

Auf dem Gründungsparteitag 1980 wurde ein Unvereinbarkeitsbeschluss gegen Mitglieder von kommunistischen Gruppen beschlossen. Den Grünen beitreten durfte nur, wer zuvor seine alte Organisation verlassen hatte. Das taten viele, darunter auch heute noch bekannte Köpfe wie Winfried Kretschmann (vorher KBW), Marieluise Beck (dito) oder Jürgen Trittin (vorher KB). Aber auch prominente Konservative standen in der ersten Reihe, etwa der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl oder der Ökobauer Baldur Springmann, der später von Jutta Ditfurth als Faschist verleumdet wurde.

Brandts List, Fischers Gier

Weitgehender Konsens bestand bei den frühen Grünen darin, dass man eine «Anti-Parteien-Partei» sein wolle – so eine Formulierung von Petra Kelly, Frontfrau der ersten Stunde. Nicht die Arbeit im Parlament, sondern die Unterstützung außerparlamentarischer Bewegungen sei entscheidend. Dieses Selbstverständnis geriet nach der Bundestagswahl im März 1983 ins Wanken. Die neue Kraft war von 1,5 Prozent drei Jahre zuvor auf 5,6 Prozent geklettert. Daraus entwickelte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt eine Taktik, wie man den gerade ins Bundeskanzleramt eingezogenen Helmut Kohl wieder loswerden könne: Es gebe nämlich eine Mehrheit «diesseits der Union». Tatsächlich verfügten SPD. Grüne und FDP im Hohen Haus über mehr Mandate als CDU und CSU. Der Pfälzer konnte sich nur halten, weil er auch von den Liberalen unterstützt wurde - und solange Rot und Grün nicht zusammenkamen. Brandts Formulierung provozierte einen Linienkampf bei den Grünen. Vor allem zwei Lager standen sich in der Folge gegenüber:

Die Realos: Sie wurden angeführt von Joschka Fischer, der mit 200 ehemaligen Linksradikalen den hessischen Landesverband unterwandert hatte. Der arbeitsscheue Nichtstuer, der «außer strategischem Bücherklau nichts gelernt hatte» (so sein Biograph Christian Schmidt), sah in den Grünen vor allem ein Vehikel für seine Karriere und war deswegen bereit, für eine Machtbeteiligung alle Prinzipien aufzugeben. So geschah es auch in der ersten rot-grünen Landesregierung ab 1985 in Hessen: Politisch setzte die Fischer-Gang nichts durch, aber alle kamen zu gutdotierten Jobs. Dass die Äppelwoi-Grünen beim nächsten Urnengang 1987 ihr Ergebnis sogar noch steigern konnten (von 5,9 auf 9,4), nutzten die Glücksritter als Argument für ihre Linie. Tatsächlich dürfte eher die Tschernobyl-Katastrophe 1986 den Anstieg verursacht haben.

■ Die Fundis: An ihrer Spitze stand mit Jutta Ditfurth eine abgehalfterte Adlige, die als Tochter eines berühmten Wissenschaftlers günstige Startbedingungen hatte. Die von ihr vertretene Fundamentalopposition bedeutete die prinzipielle Ablehnung jeder Regierungsbeteiligung und war damit nur ein Spiegelbild der Realo-Option. Mit dem Abebben der außerparlamentarischen Bewegungen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre verloren die Radikalinskis rapide an Bedeutung.

Alternative Ansätze

Zwischen den beiden großen Blöcken wurden andere Strategien leider schnell zerrieben. Interessant ist etwa die sogenannte Hamburger Linie, die von den Ökosozialisten um Thomas Ebermann (zeitweilig Fraktionschef im Bundestag) und Rainer Trampert (einige Jahre Co-Bundesvorsitzender) entwickelt worden war. Sie lehnten zwar die Teilnahme an Koalitionen ab, nicht aber die Tolerierung einer Minderheitsregierung. Dies sollte davon abhängig gemacht werden, dass die SPD die Umsetzung bestimmter Forderungen zusicherte. Als solche «Knackpunkte» sollten idealtypisch Ziele fixiert werden, die in großen Teilen der SPD-Wählerschaft populär waren, aber bei deren Führung auf taube Ohren stießen. Das Kalkül: Entweder erzeugt die sozialdemokratische Basis den notwendigen Druck. damit die Obersozis Richtung Grüne umsteuern oder diese Basis, enttäuscht von der Starrköpfigkeit der Funktionäre, läuft beim nächsten Urnengang zur Sonnenblumen-Partei über.

Der Praxistest für das Tolerierungskonzept kam im Juni 1982. Die SPD stürzte bei den Landtagswahlen in Hamburg erstmals auf den zweiten Platz hinter der CDU ab und brauchte zum Weiterregieren einen Partner. Die Grünen (damals noch unter dem Kürzel GAL), die auf 7,7 Prozent gekommen waren, boten Unterstützung ohne Regierungsbeteiligung an und formu-

lierten Mindestbedingungen. Die Verhandlungen darüber dauerten zehn Wochen, dann zog die SPD die Reißleine. Trotz großem öffentlichen Interesse war es Ebermann und Co. nicht gelungen, die SPD-Basis zu bezirzen, wie das Ergebnis der fälligen Neuwahlen bewies: Die Sozialdemokraten erhielten wieder die absolute Mehrheit, die GAL ging auf 6,8 Prozent zurück. Das braucht nicht unbedingt zu bedeuten, dass eine Tolerierungsstrategie auch in Zukunft aussichtslos sein muss, etwa wenn sie von der AfD gegenüber der CDU ausprobiert würde. Vermutlich war das, was die weit links stehende GAL als «Knackpunkte» formuliert hatte, für die sozialdemokratische Arbeiterschaft einfach zu weltfremd gewesen.

Fischer hatte mit 200 ehemaligen Linksradikalen die hessischen Grünen unterwandert.

Weit jenseits aller parteipolitischen Spielchen war der Ansatz von Rudolf Bahro angesiedelt. Der 1979 aus der DDR abgeschobene Ökokommunist ging zwar in der Strategiedebatte ein zeitweiliges Bündnis mit Ditfurth ein. Aber im Unterschied zu den linksradikalen Fundis plädierte er für die Einbeziehung wertkonservativer, vulgo rechter, Strömungen in die Partei. Er liebte das Volk und wollte es im positiven Rückgriff auf die deutsche Geschichte, etwa die Bauernkriege, in seiner gesamten Breite mobilisieren. Bahros Ziel war weder Reform noch Revolution, sondern Reformation - eine zunächst geistig-spirituelle Bewusstmachung, wie sie nach seiner Auffassung Thomas Müntzer versucht und Adolf Hitler pervertiert hatte. Das ging freilich über den Horizont der Ökopaxe hinaus. Bahro trat 1985 enttäuscht aus den Grünen aus und wandte sich in der Folge fragwürdigen Sekten und Lebensreformern zu.

Bahros Abschied von den Grünen



«Er sympathisiert mit den Grünen, gehört 1982 bis 1984 dem Bundesvorstand der Partei an und verlässt sie auf dem Hagener Parteitag 1985, weil ihm ihr politischer Kurs zuwider ist: "Die Grünen sind fast noch schlimmer als nutzlos. Sie sind so durch und durch Teil des Systems geworden, dass der Kapitalismus sie erfinden müsste, wenn es sie nicht schon gäbe", sagt er später. Er wird Gastdozent an der Freien Universität in Westberlin, kämpft für Tierschutz und besucht Sektenguru Bhagwan in Oregon, fördert Landkommunen und gründet 1990 an der Humboldt-Universität das Institut für Sozialökologie. Seine Vorlesungen erfreuen sich zunächst gro-Ren Zuspruchs bis zum Schluss besuchen an die 200 Hörer regelmäßig die Veranstaltungen im Auditorium Maximum der Universität Unter den Linden. Was sie zu hören bekommen, ist ein Konzent von Buddhismus Pazifismus und Esoterik, das in einem "spirituellen Kommunismus" gipfelt.» (Arnold Schölzel, Utopie kreativ 88/1998)

Diese Wahlwerbung von 1983 geht auf einen Ausspruch des Indianerhäuptlings Sitting Bull zurück. Foto: Bundesarchiv, Plak 104-PM0254-002, Grafik Werkstatt Bielefeld, 1979



Grünen-Frontmann Ebermann hatte gewettet, dass die SPD bei den Hamburger Neuwahlen im Dezember 1982 keine absolute Mehrheit bekäme. Andernfalls werde er ein Bad in der eiskalten Elbe nehmen – was er dann im Januar 1983 tatsächlich musste. Foto: picture alliance / Werner Baum



«Nur durch eine Volkserhebung aufzuhalten»

_von Rudolf Bahro

Rudolf Bahro skizzierte für die Grünen einen Weg zum gesellschaftlichen Neuanfang, der weder den linksradikalen Revoluzzern noch den liberalen Reformern gefiel. Er sprach von «Reformation» in der Tradition von Thomas Müntzer, sah explizit das Volk und nicht die Partei als politisches Subjekt und zog sogar den Aufstieg der NSDAP, rein strukturell verstanden, als Beispiel heran.

Der Bauernkrieg auf einem Gemälde von Fritz Neuhaus. Die von ihm vertretene Düsseldorfer Schule der Malerei war vom Vormärz geprägt. Foto: The Athenaeum

«Ihr seid dabei, dem Drachen den Panzer etwas zu erleichtern, ihm die Zähne zu putzen, den schlechten Atem zu desodorieren.» Die Menschen im Lande bewegen sich noch immer zu langsam, aber ziemlich sicher geistig auf den Ausgang zu. Deshalb ist es ja so wichtig für die Macht, uns, Die Grünen, die bisher als Anti-Parteien-Partei ambivalent, halb dabei waren — als Partei, die sich auf Parlament und Staat bezieht, sind wir (die Grünen) generell halb dabei, es kommt dann aufs Gefälle an —, im Gegenzuge schnell an sich heranzuziehen, damit das Volk politisch ins Leere läuft, wenn's zum Schwur kommt. Es [das Volk] soll vorsorglich der embryonalen politischen Struktur, die es sich in uns gegeben hat, beraubt, enteignet werden. (...)

Ich werde Euch sagen, was Realpolitik auf dieser Ebene bedeutet: Ihr seid dabei, dem Drachen den Panzer etwas zu erleichtern — ein Drittel im Militärhaushalt [kürzen], das kommt sowieso nicht, aber man kann's ja sagen —, ihm die Zähne zu putzen, den schlechten Atem zu desodorieren und die Exkremente zu sortieren. Da seid Ihr dabei! [Beifall]

Ihr Reformisten, das könnt Ihr doch selbst nicht ernstlich glauben, dass die große Maschine, die uns immer niehr an die Wand drückt, durch irgendetwas anderes aufzuhalten ist als durch eine Volkserhebung, für die unsere Brokdorf- und Startbahn-Demonstration bloß ein Prolog gewesen sein kann!

Vorbild Bauernkrieg

Das ist nicht Reformistenzeit jetzt. Das ist eine Reformationszeit, die jetzt angehoben hat. Und es gibt da einen kleinen Unterschied zur Reformation: dass nämlich die Reformation etwas einschließt, was Friedrich Engels die radikalste Tatsache der deutschen Geschichte genannt hat – den Großen Deutschen Bauernkrieg. Ich sage das als Analogie. Es gab nicht nur Luther, an den heranzureichen sich schon lohnen würde. Es gab damals nämlich auch noch Thomas Müntzer. Der hat sie unter der Regenbogenfahne – ich hoffe, wir erkennen das wieder –, voran einen unsichtbaren Bauern-Christus, in den Kampf geführt, als ihnen die Herren keine andere Wahl gelassen hatten als den Aufstand.

Die Bauern sind besiegt worden, ja. Und es steht geschrieben: Wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen. Das kann für uns nur heißen: diesmal anders, besser. Also eine gewaltfreie Volkserhebung. Aber wir müssen Müntzersche sein, wenn wir da durchkommen wollen — von unserem Geiste her. Ich denke mir, wir können nicht sein, was Müntzer genannt hat «dieses sanftlebige Fleisch zu Wittenberg» — so hat er den Luther später tituliert. Wir können nicht sein: diese ökoliberale Paulskirchenpartei, die manche aus uns machen wollen, die von vornherein so vor dem Idealtypus der repräsentativen Demokratie scharwenzelt wie die späten Bismarck-Liberalen schon 1848/49 vor der verfassten Monarchie. [Paulskirchenpartei — die Gemäßigten in der Revolution von 1848/49]

Ich will Euch sagen, was diesen damaligen Liberalen das Wichtigste war: Denen war es halt das Wichtigste, dass sich das Volk, der «wilde Lümmel», nur wohldosiert zu Worte melden konnte — Heine hat es damals gesagt. Jetzt haben die moderaten Leute noch einen viel schöneren Hammer parat: Das Volk — und mit ihm als einer autonomen Kraft umgehen zu wollen —, das ist nämlich «totalitär». Sie haben es nötig, dem Hitler diesen letzten Sieg zuzuschanzen, dass man nun endgültig in Deutschland das Volk nicht mehr rufen dürfe. Das ist eine schöne Politik!

Wir hatten zuerst Bundschuhverschwörungen in diesen Jahren [vor dem Bauernkrieg 1525] – Treffen wie die Aufläufe um den Behaim Hans in Niklashausen 20 oder 30 Jahre davor. Die hatten damals allerdings noch eines mehr als wir, nämlich eine naive Visionvom Reiche Gottes, das mit dem Reich der Freiheit verdammt verwandt ist. Wie gesagt, das waren erst Windstöße. Der Sturm kommt noch! (...)

Der Aufstieg der NSDAP

Zunächst würde ich eine weitere halbe Stunde über das Verhältnis zwischen Ökopax-Bewegung und Faschismus sprechen, aber anders, als Ihr es riskiert. Formell, strukturell gesehen, stehen sich nämlich Bewegung, Staat und Gesellschaft heute ganz ähnlich gegenüber wie in der Republik von Weimar, und Die Grünen steigen formell – ich sage formell! – nach einem ganz ähnlichen Muster auf wie die Nazipartei. [Pfiffe, Buh-Rufe, anhaltende Unruhe im Saal, während Bahro weiterspricht.]

Um diesmal gut herauszukommen, nämlich damit die Volkserhebung gewaltfrei wird, dürfen Die Grünen nicht verloren gehen. Lassen sich Die Grünen kooptieren oder werden sie kooptiert, sind sie nachher, wenn der Sturm seine größte Stärke, die Welle ihre volle Höhe erreicht, schon eine Systempartei mehr. Besser könnt Ihr den Bürgerkrieg und die nachfolgende Diktatur nicht vorbereiten. [weitere Zurufe] Aber dazu wäre viel mehr zu sagen, vor allem darüber, dass die Bewegung für einen friedlichen Übergang noch eine andere von innen arbeitende Struktur als nur die politische Partei braucht,

die Partei gerade nicht als Avantgarde – sie wäre der Bock als Gärtner für eine neue Kultur; sie darf nur politischer Arm sein, der im entscheidenden Augenblick den politischen Arm der Gegenseite, die CDU/CSU und so weiter, mit Fingerhakeln beschäftigt, sodass die Staatsmaschinerie paralysiert ist, [Beifall] durch die Bewegung natürlich, die nichts aus den Kasernen lässt, nachdem sie die Soldaten schon bis hinauf ins Offizierskorps gespalten hat. Ich erinnere mich: Novotny hat Ende 1967 Armee und Sicherheitskräfte gerufen - sie kamen nicht, weil sie gespalten waren. [Antonyn Novotny war der starke Mann der tschechoslowakischen KP, die sich ab Ende 1967 einer wachsenden Volksbewegung, dem sogenannten Prager Frühling, gegenübersah; zu dessen Niederschlagung brauchte es am Ende sowjetische Truppen, da die eigene Armee in Teilen mit den Aufständischen sympathisierte.] (...)

«Die Grünen steigen formell – ich sage formell! – nach einem ganz ähnlichen Muster auf wie die Nazipartei.»

Die Fundamentalisten wurzeln alle — auch die es leugnen, beweisen's durch den Widerstand oder gar durch den Sprung — auch noch in einer anderen Wirklichkeit, die wir alle in uns haben, die aber unter unserer eigenen Mitwirkung alltäglich zugeschüttet wird. Der Wettlauf mit der Apokalypse kann nur gewonnen werden, wenn dies eine große Glaubenszeit wird, eine Pfingstzeit mit dem lebendigen Geist, möglichst gleichermaßen ausgegossen über uns alle! [Zurufe: «Amen, Amen!»] Erinnert Euch an Thomas Müntzer! Das war seine Predigt! (...)



«Der grüne Adolf»



«Kein Gedanke verwerflicher als ein neues, anderes 1933? Gerade der aber kann uns retten. Die Ökopax-Bewegung ist die erste deutsche Volksbewegung seit der Nazibewegung. Sie muss Hitler miterlösen.» Die Grünen waren für Bahro «eine Enttäuschung, weil sie dieses nationale (...) völkische Moment nicht bedient [haben]. Eigentlich ruft es in der Volkstiefe nach einem grünen Adolf. Und die Linke hat davor nur Angst, anstatt zu begreifen, dass ein grüner Adolf ein völlig anderer Adolf wäre als der bekannte.»

(Rudolf Bahro, 1987)

Rudolf Bahro (1935–1997) auf dem Sonderparteitag der SED im Dezember 1989. Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1216-014, CC-BY-SA 30, Wikimedia Commons

Der Kupferstich von Christoph van Sichem ist die älteste, allerdings nicht verbürgte Darstellung Thomas Müntzers aus dem Jahr 1608. Foto: Wikimedia / Public Domain

_ Rudolf Bahro, damals Beisitzer im Bundesvorstand der Grünen, hielt diese Rede auf dem Bundesparteitag im Dezember 1984 in Hamburg. Die hier abgedruckte Fassung entspricht dem gesprochenen Wort beziehungsweise Bahros Manuskript und wurde behutsam von Sprechfehlern bereinigt. Bemerkungen in eckigen Klammern und Zwischenüberschriften sind von der Redaktion eingefügt.

Der grüne Baum der Freiheit

O-Ton

Eigentlich gar nicht so schlecht: Das auf dem Gründungsparteitag der Grünen zu Jahresanfang 1980 beschlossene Bundesprogramm war eine wilde Mischung aus links und konservativ, revolutionär und pragmatisch. Es folgt die Präambel im Wortlaut.



Am 12. und 13. Januar wurde die Partei Die Grünen offiziell aus der Taufe gehoben. Landesverbände und Wählervereinigungen gab es ab 1978. Foto: picture-alliance / dpa

Wir sind die Alternative zu den herkömmlichen Parteien. Hervorgegangen sind wir aus einem Zusammenschluss von grünen, bunten und alternativen Listen und Parteien. Wir fühlen uns verbunden mit all denen, die in der neuen demokratischen Bewegung mitarbeiten: den Lebens-, Natur- und Umweltschutzverbänden, den Bürgerinitiativen, der Arbeiterbewegung, christlichen Initiativen, der Friedens- und Menschenrechts-, der Frauen- und Dritte-Welt-Bewegung. Wir verstehen uns als Teil der grünen Bewegung in aller Welt.

Die in Bonn [damalige Hauptstadt der Bundesrepublikl etablierten Parteien verhalten sich, als sei auf dem endlichen Planeten Erde eine unendliche industrielle Produktionssteigerung möglich. Dadurch führen sie uns nach eigener Aussage vor die ausweglose Entscheidung zwischen Atomstaat oder Atomkrieg, zwischen Harrisburg oder Hiroshima. Die ökologische Weltkrise verschärft sich von Tag zu Tag: Die Rohstoffe verknappen sich, Giftskandal reiht sich an Giftskandal, Tiergattungen werden ausgerottet, Pflanzenarten sterben aus, Flüsse und Weltmeere verwandeln sich in Kloaken, der Mensch droht inmitten einer späten Industrie- und Konsumgesellschaft geistig und seelisch zu verkümmern, wir bürden den nachfolgenden Generationen eine unheimliche Erbschaft auf.

Die Zerstörung der Lebens- und Arbeitsgrundlagen und der Abbau demokratischer Rechte haben ein so bedrohliches Ausmaß erreicht, dass es einer grundlegenden Alternative für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bedarf. Deshalb erhob sich spontan eine demokratische Bürgerbewegung. Es bildeten sich Tausende von Bürgerinitiativen, die in machtvollen Demonstrationen gegen den Bau von Atomkraftwerken antreten, weil deren Risiken nicht zu bewältigen sind und weil deren strahlende Abfälle nirgends deponiert werden können; sie stehen auf gegen die Verwüstung der Natur, gegen die Betonierung unserer Landschaft, gegen die Folgen und Ursachen einer Wegwerfgesellschaft, die lebensfeindlich geworden ist. Ein völliger Umbruch unseres kurzfristig orientierten wirtschaftlichen Zweckdenkens ist notwendig.

Partei plus APO

Wir halten es für einen Irrtum, dass die jetzige Verschwendungswirtschaft noch das Glück und die Lebenserfüllung fördere; im Gegenteil, die Menschen werden immer gehetzter und unfreier. Erst in dem Maße, wie wir uns von der Überschätzung des materiellen Lebensstandards freimachen, wie wir wieder die Selbstverwirklichung ermöglichen und uns wieder auf die Grenzen unserer Natur besinnen, werden auch die schöpferischen Kräfte frei werden für die Neugestaltung eines Lebens auf ökologischer Basis. Wir halten es für notwendig, die Aktivitäten außerhalb des Parlaments durch die Arbeit in den Kommunal- und Landesparlamenten sowie im Bundestag zu ergänzen. Wir wollen dort unseren politischen Alternativen Öffentlichkeit und Geltung verschaffen. Wir werden damit den Bürger- und Basisinitiativen eine weitere Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer Anliegen und Ideen eröffnen.

Grüne, bunte und alternative Listen hatten ihre ersten Wahlerfolge. Die Fünf-Prozent-Klausel und andere Erschwernisse können sie nicht mehr aufhalten. Wir werden uns nicht an einer Regierung beteiligen, die den zerstörerischen Kurs fortführt. Wir werden aber versuchen, in der Verfolgung unserer Ziele auch bei etablierten Parteien Unterstützung zu erhalten und Vorschlägen anderer Parteien, die unseren Zielen entsprechen, zustimmen.

Gegenüber der eindimensionalen Produktionssteigerungspolitik vertreten wir ein Gesamtkonzept. Unsere Politik wird von langfristigen Zukunftsaspekten geleitet und orientiert sich an vier Grundsätzen: sie ist ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei.

Das grüne Archiv



Alle Programmtexte der Grünen von der Vorphase 1979 bis heute finden sich im Online-Archiv der Heinrich-Böll-Stiftung

boell.de/de/navigation/archiv-4289.html

Foto: Isis Martins, CC BY-SA 2.0. Heinrich-Böll-Stiftung

Das kleine Schwarze von COMPACT

Die neue Edition im handlichen Format



Im Wortlaut: Mutti Multikulti | Kalte Kriegerin | Amerikanische Kanzlerin Erdogans Haremsfrau | Deutschland-Abschafferin | Machtmaschine

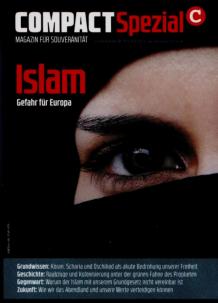
Bestellung unter Tel: 03327-569 86 11 · Fax: 03327-569 86 17 abo@compact-mail.de · compact-shop.de

Wer COMPACT-Magazin jetzt abonniert, kann eine Sonderausgabe und ein T-Shirt als Gratisprämie dazubekommen.

Hintergrundwissen für Wahrheitshungrige

COMPACT-Spezial füttert Sie viermal im Jahr mit Insiderinfos, die andere unter den Teppich kehren. Lesen Sie die wahren Berichte zum Weltgeschehen und abonnieren Sie COMPACT-Spezial zusätzlich zum monatlichen COMPACT-Magazin!







COMPACT-Spezial Nr. 11

COMPACT-Spezial Nr. 10

COMPACT-Spezial Nr. 9



COMPACT-Spezial Nr. 8



COMPACT-Spezial Nr. 7



COMPACT-Spezial Nr. 6



COMPACT-Spezial Nr. 5



Einzelheft oder SPEZIAL-Abo unter Tel: 03327-569 86 11 · Fax: 03327-569 86 17 abo@compact-mail.de · compact-shop.de